Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (6.3.2006)

Sand im Getriebe 49

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de



5 Jahre Weltsozialforum - Aufrufe von Caracas und Bamako:

18.März: Gegen Krieg und Besatzungen

In Caracas und Bamako hat sich zu Beginn dieses Jahres die „Bewegung der Bewegungen" getroffen und beratschlagt, was in den vergangenen 5 Jahren erreicht wurde und was die Perspektive und die Strategie dieser Internationale Neuen Typs sein könnte. Im „**Caracas Aufruf"** wurde festgestellt: *"In den letzten Jahren haben die Massenbewegungen gegen den **Neoliberalismus** und den **Imperialismus** auf dem amerikanischen Kontinent und anderen Teilen der Welt eine Legitimitätskrise des neoliberalen Systems und seiner Institutionen hervorgerufen. Die jüngsten Beispiele dafür sind das Scheitern der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) in Mar del Plata und des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden*". Die *„Regierungsübernahme durch politischen Alternativen, die mit den Massenbewegungen verknüpft sind,"* wurde vehement begrüßt, gleichzeitig wurde betont, *„wir müssen als soziale Bewegungen unsere politische und programmatische Eigenständigkeit beibehalten und die soziale Mobilisierung voran treiben, um in der Verfolgung unserer Ziele voranzukommen und Druck auszuüben gegen jegliche Anpassung dieser Regierungen an das neoliberale Modell.*"
Die Erklärung der sozialen Bewegungen definiert für 2006 **4 Aktionsfelder** und proklamiert den **18. März** als "Tag der Mobilisierung gegen die Besatzung des Irak und die Kriegsdrohungen gegen den Iran."

Im „**Aufruf von Bamako**" wurde festgestellt, dass sich in den letzten 5 Jahren im Kampf gegen Neoliberalismus und Imperialismus ein neues kollektives Bewusstsein herausbilden konnte und ein **neues historisches Subjekt** im Entstehen ist. In 8 Grundsätzen und 10 Vorschlägen wird mit diesem Aufruf der Versuch gemacht, die weltweiten Diskussionen um die Strategie der globalisierungskritischen Kämpfe zusammenzufassen. *„Ob man diese Alternativen billigt oder nicht - sie liefern für künftige Debatten ausgiebiges Material. Alle Attac-Gruppen sollten sich an der Debatte beteiligen" (***Jacques Nikonoff, Attac-Frankreich**)

Angesichts der Drohungen gegen den Iran setzte sich **Walden Bello** auf einem Kongress des IPPNW mit erzwungenen Regimewechseln aus „humanitären

Inhalt

Gründen" auseinander und betonte: Ein repressives Regime oder einen Diktator abzusetzen ist Sache der Bürger eines Landes. *„Nun mag für einige Leute im Norden, die zu Staaten gehören, die den Rest der Welt beherrschen,* ***nationale Souveränität*** *ein Kuriosum sein. Für uns im Süden dagegen ist die Verteidigung dieses Prinzips* ***eine Angelegenheit von Leben und Tod****, eine zwingenden Bedingung für die Realisierung unserer kollektiven Bestimmung als Nationalstaat in einer Welt, in der die Mitgliedschaft in einem Nationalstaat eine grundlegende Bedingung für den ungehinderten Zugang zu den Menschenrechten, politischen Rechten und wirtschaftlichen Rechten ist. Ohne einen souveränen Staat als Rahmen sind unser Zugang und unsere Nutznießung dieser Rechte gefährdet."*

Das schreibt er angesichts der **Gefahr des nächsten Krieges diesmal gegen den Iran**. Denn es ist die erklärte Strategie der US-Regierung, den gesamten Nahen Osten im Interesse des US-Imperiums umzugestalten. *(S. SiG 48)*

Ein **Wortführer der Neokons** in den USA, Michael Leeden, sagt offen und frech, worum es geht: *„Unser Name heißt kreative Zerstörung, sowohl in unserer eigenen Gesellschaft als auch im Ausland. Wir reißen jeden Tag die alte Ordnung nieder…Unsere Feinde haben schon immer diesen Wirbelwind an Energie und Kreativität gehasst, der ihre Tradition bedroht (was auch immer diese sein mögen). Wegen ihrer Unfähigkeit, Schritt zu halten, sind sie beschämt. Wenn sie sehen,* ***wie Amerika traditionelle Gesellschaften auseinander nimmt****, fürchten sie sich, denn sie möchten selbst nicht auseinander genommen werden. Sie können sich aber nicht sicher fühlen, solange wir da sind, weil bereits unsere bloße Existenz – nicht unsere Politik – ihre Legitimität bedroht. Sie müssen uns angreifen, wenn sie überleben wollen, genau wie* ***wir sie vernichten müssen, um unsere historische Mission zu erfüllen****."*

In Deutschland findet die Position dieser **Kriegstreiber** besonders in der Springer-Presse sein Echo. So schrieb am 25.1.06 ein Lord Weidenfels in der „Welt", das iranische Atomprogramm sei nur eine erste Haltestelle auf dem Weg zu einem islamistischen Weltreich. *„Was wären die Alternativen zu einer Politik der Konzessionen? Gibt es eine Lösung ohne* ***den Willen, bis zum äußersten zu gehen,*** *bevor Kernwaffen von der iranischen Führung bestenfalls als Erpressungsmittel, aber sehr wahrscheinlich auch für einen militärischen Einsatz genutzt werden? Das Risiko einer militärischen Intervention könnte zwar* ***Opfer in Größenordnungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs*** *mit sich bringen, doch der Triumph des islamistischen Terrors würde an Gräßlichkeit alles überbieten, was uns die Weltgeschichte vermittelte."*

Ist es nur die Angst, die Kontrolle über die **Ölquellen** zu verlieren, die zu einer derart schrankenlosen Aggressivität führt? Oder ist es auch die Angst, die Kontrolle über die Weltwirtschaft und das **Dollar-Privileg** zu verlieren?

Der texanische Abgeordnete **Ron Paul** trug im US-amerikanischen Repräsentantenhauses eine beißende Kritik der Rolle des Dollars im globalen Wirtschaftssystem vor: *„Die künstliche Nachfrage nach unserem Dollar, verknüpft mit unserer militärischen Macht, hat uns in die einzigartige Position versetzt,* ***die Welt beherrschen zu können, ohne selbst produktiv zu arbeiten****, zu sparen und unseren Konsum oder unsere Verschuldung zu begrenzen. Das Problem ist, so kann das nicht weitergehen."* Er sieht hier auch einen Zusammenhang zu den gegenwärtigen Drohungen gegen den Iran. *„Und wieder einmal ertönt der dringende Ruf nach Sanktionen und Gewaltmaßnahmen gegen den Iran genau zu dem Zeitpunkt, in dem dieses Land eine neue Ölbörse errichten will, auf der Öl in Euro gehandelt werden soll"*.

Wer Frieden im Nahen Osten will darf nicht Öl ins Feuer gießen! Das ist allerdings der EU vorzuwerfen: **Alain Gresh** von Attac-Frankreich kritisiert die *„Umkehr der Betrachtungsweise"* in der EU-Politik und den führenden Medien, also die Übernahme des Standpunktes der israelischen Regierung. Er erwartet umgekehrt von der EU, dass sie angesichts der fortwährenden völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung der Westbank und der Strangulierung der von Gaza Druck auf die israelische Regierung ausübt. Auch **israelische Kriegsdienstverweigerer** fordern das *„Ende der Unterdrückung der palästinensischen Menschen"*.

Uri Avnery, der israelische Friedensaktivist, fordert die israelische Regierung auf: *„Mit Hamas an einen Tisch!*

Alexis Passadakis sieht das Ergebnis der WTO-Verhandlungen in Hongkong als Weichenstellung für Verarmung.

Christian Felber erinnert daran, dass die EU ursprünglich aus dem Traum entstanden ist, aggressive Nationalismen in Europa zu überwinden. Aus dem Friedensprojekt wurde jedoch mehr und mehr eine aggressive Freihandelszone. Er erinnert an den „Europen Dream", der auf Gemeinwohl und Kooperation beruht. *„Mit der Lissabon-Strategie hat die EU die globale Wettbewerbsfähigkeit zum höchsten Ziel erhoben. Konkurrenz zwischen Staaten oder Wirtschaftsräumen ist aber in jedem Fall fatal: Ist man selbst im Hintertreffen, machen sich Resignation und Depression breit wie derzeit in der EU. Gewänne man den Lissabon-Krieg, zwänge man alle anderen in diese Position: keine kluge Strategie für ein „Friedensprojekt"*.

Die globalen Widersprüche in der Welt scheinen sich gefährlich zuzuspitzen. Der Neoliberalismus spielt verrückt; der Imperialismus zeigt erneut seine kriegerische Fratze. Zeit, gegen diesen Strom zu schwimmen!

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben.
Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen.
Die Redaktion dieser Nummer:
Peter Strotmann, Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)

In der Nr. 50: Berichte und Analysen über die Weltsozialforen; Lateinamerika; u.a.m.

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis - Bezugsbedingungen:
– Bestellen per Mail an sig@attac.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:. 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €,
3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Nach fünf Jahren Weltsozialforum

Aufruf von Bamako

Acht Grundsätze und zehn Vorschläge

Vorbemerkung von Jacques Nikonoff, Attac Frankreich

In Bamako wurde am 18. Januar, dem Vortag der Eröffnung des Weltsozialforums, eine Tagung zum 50. Jahrestag von Bandung organisiert. Daraus ist der„Aufruf von Bamako“ hervorgegangen, der interessierten Organisationen zur Unterzeichnung weitergeleitet wird.

Dieser Text könnte zur Weiterführung von Debatten unter den Attac-Mitgliedern und -Gruppen beitragen. 27.1.2006

Rückblick auf Bandung

Im Jahre 1954 schlug der indische Ministerpräsident J. Nehru eine internationale Konferenz zur Errichtung eines dritten Pols neben den sowjetischen und den amerikanischen Blöcken vor, mit dem Ziel, die Entkolonisierungsprozesse in Afrika zu unterstützen, den Kampf gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neuen Länder aufzunehmen und die Folgen des zweiten Weltkrieges zu überwinden.

Die Konferenz wurde im April 1955 in der indonesischen Stadt Bandung abgehalten. An der Konferenz nahmen 29 Länder teil: 23 aus Asien, 2 aus dem Mittleren Osten und 4 aus Afrika (Lateinamerika war nicht vertreten). Vertreter aus den französischen Kolonien in Nord-afrika (Marokko, Algerien, Tunesien) wurden eingeladen. Hier traf sich die „Internationale der Armen“ (Nasser). Hier konstituierte sich die Dritte Welt als politische Kraft.

Es wurde unter anderem beschlossen:
- Den Kolonialismus aber auch jede Form von Imperialismus zu verurteilen;
- Den Imperialismus als unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen zu verurteilen;
- Die noch kolonisierten Völker zum Kampf für ihre Unabhängigkeit aufzurufen;
- Die Apartheid in Südafrika und ganz allgemein den Rassismus im Namen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (UNO, 1948) zu verurteilen;
- Die von Israel in Palästina geführte Politik implizit zu verurteilen;
- Den Algerienkrieg und die französische Präsenz in Nordafrika zu verurteilen;
- Bei der Entkolonisierung vorrangig nach einem friedlichen Weg und nach Verhandlungslösungen zu suchen;
- Die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates als Prinzip zu betonen;
- Die Blockfreiheit gegenüber jedem der beiden Blöcke durchzusetzen (Ablehnung, sich auf Moskau oder auf die Vereinigten Staaten zu stützen). Es ist das Prinzip der Neutralität im Namen der friedlichen Koexistenz.

Im Rahmen der Bandung-Konferenz formierte sich die „Dritte Welt“ (ursprünglich ein Ausdruck von Alfred Sauvy) und es bildete sich auch ein „Dritter Block“ neben der sowjetischen und der prowestlichen Welt. Sie unterstützte die Entkolonisierung in Afrika.

Allerdings gelang es der Konferenz nicht, die anwesenden Nationen um ein gemeinsames Ziel zusammenzuschließen. Denn die Dritte Welt war geteilt in:
- Befürworter einer Blockfreiheit: nur Ägypten mit Nasser und Indien mit Nehru bekennen sich zu einer unabhängigen Position.
- Anhänger des Westens (Pakistan, Türkei).
- Anhänger der Sowjetunion (Nordvietnam und China).

Der „Aufruf von Bamako“

Mehrere Mitglieder von Attac-Frankreich haben auf dieser Tagung in Bamako Workshops geleitet, an Gesprächsrunden teilgenommen oder Berichte verfasst: Bernard Cassen, Gus Massiah, Jacques Nikonoff, Ignacio Ramonet. Susan George war ebenfalls anwesend.

Auch wenn der verwendete Wortschatz in dem untenstehenden Text an einigen Stellen durch eine etwas veraltete Wortwahl überraschen mag, so enthält er dennoch hinsichtlich von Alternativen weittragende Fortschritte. Ob man diese Alternativen billigt oder nicht - sie liefern für künftige Debatten ausgiebiges Material. Alle Attac-Gruppen sollten sich an der Debatte beteiligen: jedes Mitglied als Einzelperson; die Ortsgruppen; der Verwaltungsrat, der dazu Stellung nehmen muss; der wissenschaftliche Rat; Arbeitsgruppen und Ausschüsse des Verwaltungsrats (Freihandel; Manifest, Europa-Kommission; Ausrichtungen ...).

Für die Unterzeichnung ist keine Frist festgelegt. So steht uns für Auseinandersetzungen ausreichend Zeit zur Verfügung.

I. EINFÜHRUNG

Durch die Erfahrungen eines sich seit mehr als 5 Jahren weltweit formierenden gemeinsamen Widerstands gegen den Neoliberalismus hat ein neues kollektives Bewusstsein entstehen können. Die treibenden Kräfte sind vor allem die Weltsozialforen, die thematischen, kontinentalen und nationalen Sozialforen sowie die Versammlung der Sozialen Bewegungen gewesen. Die am 18.1.2006 - am Vortag der Eröffnung des dezentralen Weltsozialforums in Bamako. - versammelten Teilnehmer am Treffen zum 50. Jahrestag der Bandung-Konferenz setzen sich für die Festlegung **anderer Entwicklungsziele** ein, für die Errichtung eines **Gleichgewichts** innerhalb der Gesellschaften **durch die Abschaffung jeder Ausbeutung** – ganz gleich ob aufgrund von Klasse, Geschlecht, Rasse und Kaste – und für den Aufbau eines **neuen Kräfteverhältnisses** zwischen Süd und Nord.

Der Aufruf von Bamako versteht sich als ein Beitrag zum Entstehen eines neuen **historischen Subjekts** und zur Konsolidierung der vereinbarten Grundsätze dieser früheren Begegnungen. Damit sind g emeint:
- der Grundsatz des Rechts auf Leben für alle;
- die Leitlinien eines Zusammenlebens in Frieden, Gerechtigkeit und Vielfalt;
- die Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele auf lokaler und globaler Ebene.

Damit ein **historisches Subjekt** entsteht – von den Volksmassen getragen, vielfältig, multipolar – müssen Alternativen erarbeitet und gefördert werden, die im Stande sind, soziale und politische Kräfte zu mobilisieren. Ihr Ziel ist eine radikale Umgestaltung des kapitalistischen Systems. Die von ihm ausgehende Zerstörung der Erde und des Lebens von Millionen Menschen, die es begleitende und nährende individualistische Konsumkultur sowie seine Durchsetzung mittels imperialistischer Kräfte sind nicht mehr zu dulden, da es um das Überleben der Menschheit geht. Solche Alternativen müssen sich auf die lange Tradition der von den Volksmassen getragenen Widerstandsformen stützen und gleichzeitig die kleinen, zum Alltagsleben der Leidtragenden unentbehrlichen Schritte berücksichtigen.

Der Aufruf von Bamako enthält die in Ausschüssen besprochenen Leitthemen.
Er bekräftigt den Willen, folgendes aufzubauen:
- den Internationalismus der Völker des Südens und des Nordens gegenüber den verheerenden Schäden, die durch die Diktatur der Finanzmärkte und die unkontrollierte, globalisierte Ausdehnung multinationaler Konzerne angerichtet werden;
- die Solidarität der Völker von Asien, Afrika, Europa und von beiden Teilen Amerikas angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts;
- einen alternativen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsens, um sich gegen die neoliberale und militarisierte Globalisierung und gegen das Vormachtsstreben der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu stellen.

II. DIE GRUNDSÄTZE

1. Eine auf der Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern beruhende Welt aufbauen

Unsere Epoche wird von der Durchsetzung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern, Nationen und Völkern beherrscht.
Jedoch hat das Solidaritätsprinzip historisch gesehen für eine wirksame Organisierung der Produktion von materiellen und geistigen Gütern eine viel konstruktivere Rolle gespielt. Wir möchten diesem Prinzip den ihm gebührenden Platz einräumen und das Prinzip der Konkurrenz relativieren.

2. Eine auf der umfassenden Macht der Bürger und der Gleichheit der Geschlechter beruhende Welt aufbauen

Dem Bürger muss bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Hauptverantwortung eingeräumt werden. Dies ist die Voraussetzung für eine echte Demokratisierung. Ohne sie wird der Mensch zu einem Besitzer von Arbeitskraft, einem gegenüber den behördlichen Entscheidungen ohnmächtigen Zuschauer, einem zu den schlimmsten Verschwendungen ermutigten Verbraucher reduziert.
Die in Wort und Tat zu erfolgende Durchsetzung der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter ist integrativer Bestandteil einer echten Demokratie. Eine der Voraussetzungen dafür ist die Überwindung aller offenen oder versteckten patriarchalen Verhältnisse.

3. Eine universelle Zivilisation aufbauen, die der Vielfalt in allen Bereichen die Möglichkeit gibt, sich schöpferisch zu entfalten.

Für den Neoliberalismus würde die Machtentfaltung des Individuums - nicht des Staatsbürgers - die Verwirklichung der besten menschlichen Eigenschaften bedeuten. Die unerträgliche Isolierung des Individuums, das im kapitalistischen System gezwungenermaßen auf sich allein gestellt ist, schafft sein illusorisches Gegengift: der Rückzug in die Ghettos vorgeblich gemeinschaftlicher Identitäten von zumeist ethnischem und/oder religiösem Zuschnitt.

Wir wollen eine universelle Zivilisation aufbauen, die ohne rührselige Vergangenheitsbeschwörung die Zukunft ins Auge fasst. Bei einem solchen Aufbau werden die politische Vielfalt der Bürger und die kulturellen und politischen Unterschiede der Nationen und Völker zum Mittel, die Fähigkeiten der Individuen zur Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte zu verstärken.

4. Die Gesellschaft mittels Demokratie aufbauen

Die neoliberale Politik möchte durchsetzen, dass die Gesellschaftsform einzig durch den Markt geprägt wird, dessen zerstörerische Wirkung für die Mehrheit der Menschen jedoch mehr als erwiesen ist.

Die Welt, so wie wir sie wollen, begreift den Gesellschaftsaufbau als Hauptergebnis einer unbegrenzten Demokratisierung. In diesem Rahmen, wo der Markt seinen Platz, aber nicht den ganzen Platz hat, müssen Wirtschaft und Finanzen in den Dienst eines Gesellschaftsentwurfs gestellt werden und nicht einseitig den Forderungen einer unkontrollierten Entfaltung von Initiativen des herrschenden Kapitals unterworfen werden, das die Einzelinteressen einer winzigen Minderheit begünstigt.

Diese radikale Demokratie, die wir fördern möchten, setzt den Erfindergeist politischer Neuerungen wieder in seine vollen Rechte ein. Sie gründet das gesellschaftliche Leben auf eine ständig wieder und wieder erzeugte Vielfalt und nicht auf einen manipulierten Konsens, der Grundsatzdebatten vom Tisch wischt und Andersdenkende in Ghettos einschließt.

5. Eine Welt aufbauen, in der die Natur, die Ressourcen des Planeten und die landwirtschaftlich benutzen Böden keine Ware sind.

Das neoliberale kapitalistische Modell setzt sich zum Ziel, fast alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Zustand einer

Ware zu versetzen. Die maßlose Privatisierung und Umwandlung in eine Ware haben noch nie da gewesene verheerende Wirkungen zur Folge: Zerstörung der Artenvielfalt, ökologische Bedrohungen, Verschwendung der Ressourcen, ob erneuerbar oder nicht (insbesondere Rohöl und Wasser), Vernichtung bäuerlicher Gesellschaften, denen eine massive Vertreibung von ihrem Boden droht.

Alle diese Bereiche müssen als kollektive Güter der Menschheit gestaltet werden. Die Entscheidungen in diesen Bereichen sollten im Wesentlichen nicht dem Markt zufallen, sondern der politischen Gestaltungsmacht der Nationen und der Völker unterstellt werden.

6. Eine Welt aufbauen, in der die kulturellen Erzeugnisse, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Bildung und das Gesundheitswesen keine Ware sind.

Die neoliberale Politik führt zur Umwandlung kultureller Erzeugnisse in Waren und zur Privatisierung der wichtigsten Sozialen Dienste, insbesondere des Bildungs- und des Gesundheitswesens. Eine solche grundlegende Orientierung führt zur massenweisen Herstellung angeblich kultureller Produkte niedriger Qualität, unterwirft die Forschung ausschließlich den Prioritäten der kurzfristigen Rentabilität, und erschwert – oder gar versperrt - den Zugang der Volksmassen zur Bildung und Gesundheit.

Die Erneuerung und der Ausbau der Öffentlichen Dienste müssen vom Ziel der Befriedigung der Bedürfnisse und der Verstärkung der Grundrechte auf Bildung, Gesundheit und Ernährung geleitet sein.

7. Eine Politik fördern, die eine radikale Demokratisierung, gesellschaftlichen Fortschritt und Selbstbestimmung von Nationen und Völkern verbindet.

Die neoliberale Politik verneint die spezifischen Anforderungen des gesellschaftlichen Fortschritts, der angeblich spontan durch Ausweitung der Märkte zustande kommen soll. Er verneint auch die Selbstbestimmung der Nationen und der Völker, die u. a. zur Korrektur der Ungleichheiten notwendig ist. Unter solchen Bedingungen wird die Demokratie ihres eigentlichen Gehalts völlig entleert, äußerst geschwächt und dadurch angreifbar gemacht.

Sich das Ziel einer echten Demokratie auf die Fahnen schreiben heißt, dem sozialen Fortschritt seinen entscheidenden Platz bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzuräumen. Die im Laufe der Geschichte entstandene Vielfalt der Nationen und Völker - mit all ihren positiven Aspekten sowie den damit einhergehenden Ungleichheiten - erfordert die Bejahung ihrer Selbstbestimmung. Es gibt im politischen und im wirtschaftlichen Bereich kein allgemeingültiges Rezept, so dass man auf diese Selbstbestimmung verzichten könnte. Zur Erreichung der Gleichheit ist eine Vielfalt von Mitteln erforderlich.

8. Die Solidarität der Völker des Nordens und des Südens festigen, um einen anti-imperialistischen Internationalismus aufzubauen

Die Solidarität sämtlicher Völker - des Nordens wie des Südens – bei dem Aufbau einer universellen Zivilisation kann weder auf dem karitativen Beistand noch auf der Behauptung gründen, dass wir alle als Bewohner ein- und desselben Planeten über die Konflikte hinweg schauen könnten, die in der realen Welt zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen und Nationen existieren.
Der Weg zur Solidarität erfordert die Überwindung der Gesetze und Werte des Kapitalismus und des ihm innewohnenden Imperialismus. Die regionalen Organisationen der alternativen Globalisierung müssen sich die Förderung der Selbstbestimmung und Solidarität der Nationen und Völker auf allen Kontinenten zum Ziel setzen. Diese Haltung steht im Gegensatz zu den heutzutage dominierenden Regionalisierungs-Modellen, von denen jedes als Bestandteil der neoliberalen Globalisierung aufgefasst wird.
Fünfzig Jahre nach der Bandung-Konferenz drückt der Aufruf von Bamako die Notwendigkeit einer neuen Bandung-Konferenz der Völker des Südens aus, die Opfer der globalen Verbreitung des real existierenden Kapitalismus sind, und die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus einer Front des Südens, die im Stande ist, den Imperialismus der herrschenden ökonomischen Mächte und die militärische Hegemonie der Vereinigten Staaten zum Scheitern zu bringen.
Diese antiimperialistische Front stellt nicht die Volker des Südens gegen die des Nordens. Im Gegenteil ist sie die Grundlage für die Bildung eines globalen Internationalismus, der alle am Aufbau einer gemeinsamen, vielfältigen Zivilisation beteiligt.

III.- LANGFRISTIGE ZIELE UND VORSCHLÄGE FÜR SOFORTIGE AKTIONEN

Vorbemerkung

Um vom kollektiven Bewusstsein zur Herausbildung von kollektiven Akteuren (von den Volksmassen getragen, vielfältig ausgerichtet, multipolar) überzugehen, war es immer notwendig, genaue Themen festzulegen, um von ihnen ausgehend konkrete Strategien und Vorschläge zu formulieren.

Die Themenbereiche des Appells von Bamako werden im Einzelnen hier unten ausgeführt, sie überschneiden sich inhaltlich, allerdings nicht vollständig, und die gegenseitigen Verweise sind vielfältig. Sie decken die folgenden zehn Bereiche ab, die in langfristige Ziele und in Vorschläge für sofortige Aktionen aufgegliedert sind:

1. Politische Organisierung der Globalisierung;
2. Organisierung der Weltwirtschaft;
3. Zukunft der bäuerlichen Gesellschaften;
4. Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen;
5. Regionalisierung entsprechend den Bedürfnissen der Völker;
6. Demokratische Gestaltung der Gesellschaften;
7. Gleichberechtigung der Geschlechter;
8. Bewirtschaftung der Naturschätze der Erde;
9. Demokratische Gestaltung der Medien und der kulturellen Vielfalt;
10 Demokratisierung der internationalen Organisationen.

Der Aufruf von Bamako ist eine Einladung an alle engagierten Organisationen, die die große Mehrheit vertreten, also die werktätigen Klassen und die vom neoliberalen kapitalistischen System Ausgeschlossenen, sowie an alle Personen und politischen Kräfte, die diesen Grundsätzen zustimmen, gemeinsam an der Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten.

Die Schaffung von Synergien und gegenseitiger Solidarität über geographische- und Bereichsgrenzen hinweg ist die einzig mögliche Art, in einer globalisierten Welt zu handeln und Alternativen zu entwickeln. Arbeitsgruppen werden im Laufe dieses Jahres die hier unten angesprochenen Themen weiter vertiefen und konkretisieren, um dann auf einem weiteren Treffen Bilanz zu ziehen und strategisch vordringliche Aktionen vorzuschlagen.

1. Für ein multipolares Weltsystem, gegründet auf Frieden, Recht und Verhandlungen

Die Entwicklung zu einem wirklich multipolaren Weltsystem, das die Kontrolle der Erde durch die Vereinigten Staaten von Amerika zurückweist und das Grundrecht der Bürger und Völker garantiert, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, erfordert **folgende Schritte**:

1) Verstärkung der **Protestbewegung gegen Krieg und militärische Besatzung** und Vertiefung der Solidarität mit den kämpfenden Völkern in den Konfliktherden der Erde. In diesem Zusammenhang wäre es sehr wichtig, dass die für den 18. und 19. März 2006 vorgesehenen weltweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg und gegen die Militärpräsenz in Afghanistan auch folgende Forderungen erheben:
- Verbot der Anwendung und Herstellung von Atomwaffen sowie Zerstörung aller vorhandener Waffenarsenale;
- Demontage aller Militärbasen außerhalb des nationalen Territoriums, insbesondere der von Guantanamo;
- unverzügliche Schließung aller CIA-Gefängnisse.

2) Ablehnung der Interventionen der NATO außerhalb Europas, Forderung einer Distanzierung der europäischen Partner von Präventivkriegen wie die der Vereinigten Staaten und gleichzeitig Starten einer Kampagne zur **Auflösung der NATO**.

3) Bekräftigung der **Solidarität mit dem palästinensischen Volk**. Der Kampf dieses Volkes symbolisiert den Widerstand gegen die weltweite Apartheid, die in der Mauer materialisiert wird, gegen eine Apartheid, die den Bruch zwischen « Zivilisation » und « Barbarei » verkündet. Vordringlich sind dafür die Stärkung der Kampagnen für das Niederreißen der Schandmauer und für den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten.

4) Ausweitung der Solidaritätskampagnen mit **Venezuela und Bolivien,** die beide Alternativen zum Neoliberalismus entwickeln und die lateinamerikanische Integration vorantreiben.

5) Über diese Kampagnen hinaus könnten noch folgende **Projekte** in Betracht gezogen werden:

- Aufbau eines Netzwerks von Forschern, die in engem Kontakt mit den lokalen Zusammenschlüssen von Aktivisten vollständige und immer wieder aktualisierte Datenbanken über **Militärbasen** der Vereinigten Staaten und der NATO aufbauen. Eine genaue Information über diese militärischen und strategischen Fragen würde die Kampagnen für deren Demontage effektiver machen können;

- Schaffung einer Initiative « **Imperialism Watch** », die nicht nur Kriege und ihre Propaganda anprangern würde, sondern auch alle wirtschaftlichen und sonstigen Machenschaften und Druckmittel, denen die Völker ausgesetzt sind;

- Schaffung eines **weltweiten anti-imperialistischen Netzwerks**, das weltweit alle Mobilisierungen koordinieren würde.

2. Für eine Reorganisation des Weltwirtschaftssystems

Eine Handlungsstrategie zur Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems beinhaltet folgende Schritte:

1) Verstärkung der Protestkampagnen gegen die derzeitige Funktionsweise der **Welthandelsorganisation (WTO)** und des Kampfes für alternative Regelungen. Die WTO darf für die Landwirtschaft, für die öffentlichen Grundversorgungsdienste, für das geistige Eigentum usw. nicht mehr zuständig sein.

2) Gründung von Arbeitsgruppen**,** die Verbindungen mit den schon seit langem tätigen sozialen Vereinigungen und Bewegungen aufbauen, um eine äußerst zuverlässige und umfassende **Übersicht über die Vorschläge alternativer Maßnahmen** in den wesentlichsten Bereichen der Wirtschaft zu erstellen:
- Organisierung des **Transfers** von Kapital und Technologien;
- Vorschlag von **Regelwerken** (zum Beispiel «Investitionscodex»), die die Rechte der Nationen und der Werktätigen genau festlegen;
- Organisation des **Währungssystems:** Kontrolle der Kapitalströme, vor allem des spekulativen Kapitals; Abschaffung der Steuerparadiese; Aufbau regionaler Wechselkurssysteme mit Stimmrecht in einem erneuertem Weltwährungssystem, also u. a. Überprüfung der Rolle von IWF und Weltbank;
- Rückkehr zum Prinzip, nach dem es das unanfechtbare Recht der Nationen ist, ihr **Wirtschaftssystem selbst zu wählen.** Abschaffung aller Hindernisse, die durch Entscheidungen internationaler Organisationen ohne Verhandlungen aufgezwungen wurden;
- Entwurf geeigneter Gesetzesvorschriften zu den **Auslandsschulden**: Die Staaten werden zur Durchführung von Untersuchungen über die sittenwidrigen Schulden aufgefordert. Unmittelbare Verstärkung der Mobilisierung zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt;
- Reform der **sozialen Dienste** und ihrer Finanzierung: Bildungswesen, Gesundheitswesen, Forschung, Renten usw.

3) Gründung von Gruppen spezialisierter Forscher, die die Entwicklung der Kapitalbewegungen verfolgen und die Abhängigkeitsmechanismen des nationalen Finanzkapitals vom internationalen Finanzkapital studieren.

4) Gründung von nach Ländern und Regionen gegliederten Arbeitsgruppen, ausgestattet mit Internetpräsenz und Diskussionsgruppen, um in jedem Land die Eigentumsverhältnisse des Kapitals zu studieren, ebenso wie die Mechanismen, nach denen der Kapitalismus funktioniert und wie sich seine Beziehungen zum internationalen Finanzsystem gestalten.

5) Gründung von Fortbildungsstätten für Journalisten, um sie über die komplizierten Mechanismen der neoliberalen Globalisierung zu informieren.

6) Aufbau von Kontakten mittels vernetzter Internetseiten zwischen den verschiedenen Vereinigungen progressiver Wirtschaftswissenschaftler und Aktivisten, die in jeder Region der Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika, Ozeanien, Europa, Nordamerika) Alternativen zur neoliberalen Globalisierung ausarbeiten**.**

3. Für eine Regionalisierung im Dienste der Völker, die den Süden bei globalen Verhandlungen stärkt

Da der Freihandel, der den Stärkeren begünstigt, der Feind regionaler Integration ist und letztere nicht nach den Freihandelsregeln verwirklicht werden kann, müssen Bedingungen einer **alternativen Zusammenarbeit innerhalb jeder Großregion**, wie auch Regeln für eine Erneuerung der "Trikontbewegung" geschaffen werden und dies in enger Verbindung mit den Aktivitäten der sozialen Bewegungen.

In **Lateinamerika** haben die mit den Aggressionen multinationaler Konzerne konfrontierten Werktätigen die Frage der regionalen Integration in eine neue Perspektive eingeschrieben. Sie soll auf kooperativen Vorteilen und nicht mehr auf Konkurrenz begründet sein. Dies ist z.B. im Süden der Fall bei den Versuchen einer alternativen Zusammenarbeit im Bereich von Erdöl (Petrocarib), bei der Schuldenreduzierung (Aufkauf der Schulden zwischen den Ländern des Südens) oder des Bildungs- und Gesundheitswesens (Kubas Ärzte). Diese Zusammenarbeit zur Förderung des Wachstums und der Solidarität in allen Ländern muss auf politischen Grundsätzen basieren und nicht auf den aufgezwungenen WTO-Handelsregeln.

In **Afrika** gibt es eine starke Bestrebung nach Einheit und das klare Bewusstsein, dass isolierter Widerstand und Entwicklung angesichts des neoliberalen Drucks unmöglich sind. Es gibt zahlreiche, allerdings ineffiziente Einrichtungen zur Integration und die aktivsten stammen aus der Zeit der Kolonisation und der Apartheid. Bei der Afrikanischen Union und ihrem wirtschaftlichen und sozialen Programm (NEPAD) ist keine Spur von einem kollektiven Widerstand zu finden.

Gerade vor diesem Hintergrund müssen die Bewegungen der Zivilgesellschaft einsehen, wie dringend notwendig eine Überwindung ihrer Konflikte ist. In den nordafrikanischen Staaten am Mittelmeer liefern die Europa-Mittelmeer-Abkommen ein weiteres Beispiel einer auf Kosten des Südens umgesetzten Regionalisierung.

Um sich gegen die neoliberale Globalisierung zu schützen, sind in **Asien** ungeachtet aller Schwierigkeiten in den meisten Ländern Initiativen von unten entstanden, an die sich viele Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen usw. angeschlossen haben, und es gelang ihnen, eine Volkscharta zu erarbeiten, die auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den Handelsbeziehungen hinzielt.

Über die Intensivierung der Kampagnen gegen Kriege und Kriegsdrohungen hinaus wären also folgende Vorschläge zu empfehlen:

1) Für Lateinamerika:
- Stärkung der Kampagnen zur Unterstützung von ALBA, um die US-amerikanische Strategie der ALCA endgültig zum Scheitern zu bringen;
- Förderung der Unabhängigkeit und der Entwicklung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Ausgleiches zwischen den Völkern;
- Aufbau einer auf Zusammenarbeit und Solidarität begründeten Integration, welche den spezifischen Charakter jedes Volkes berücksichtigt;
- Mobilisierung der sozialen Bewegungen zum Ausbau und zur Vertiefung des alternativen Integrationsprozesses - wie z.B. Petrocaribe oder Telesur;
- Förderung der Handelsbeziehungen, die einer kooperativen Logik entsprechen;
- Verstärkung der Vernetzung von Aktionen sozialer und politischer Organisationen zur Umsetzung dieser Vorhaben.

2) Für Afrika:
Die Bewegungen der Zivilgesellschaft sollten für die Notwendigkeit der Formulierung von alternativen Vorschlägen innerhalb der afrikanischen Initiativen sensibilisiert werden.
Sie sollten das dringend nötige Zusammenspiel zwischen regionalen und nationalen Aktionen in Betracht ziehen.
Sie sollten Friedenskampagnen zur Lösung schon vorhandener und Vorbeugung künftiger Konflikte starten und jedes auf Rasse oder Kultur gründende Konzept der Integration aufgeben.

3) Für Asien:
Die Expansion und die Konkurrenz des Kapitals zwischen Ländern sollte verhindert und die Solidarität der arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder verstärket werden; Die lokale Vernetzung zwischen Produktion und Verbrauch und die Wissenschaft für den ländlichen Wiederaufbau sollten gefördert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens wird nur dann effizient, wenn sie die Solidarität zwischen Völkern und solchen Regierungen tatsächlich zum Ausdruck bringt, die sich gegen den Neoliberalismus stellen und nach Alternativen zur Schaffung eines multipolaren Weltsystems suchen.

4. Für eine demokratische Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten

Das Konzept der "natürlichen Ressourcen" muss dem des Lebendigen und daher dem **Recht auf Leben** untergeordnet werden, damit die Zerstörung und Plünderung des Planeten aufhört. Es handelt sich also um ein lebenswichtiges Prinzip und nicht nur um eine bloße Verwaltung natürlicher Ressourcen. Letztere können nicht über ihre Erneuerungskapazitäten hinaus benutzt werden, die für die jeweiligen Länder definiert werden müssen. Benutzungskriterien müssen definiert werden, um Entwicklung zu gewährleisten und die Biodiversität und die Ökosysteme zu erhalten. Man muss also die Entwicklung von Ersatzmitteln für nichterneuerbare Ressourcen unterstützen. Die Vermarktung von Leben (commodification of life) führt zu Kriegen um Erdöl, Wasser usw. Die agrochemischen Multis geben der gewinnorientierten Landwirtschaft den Vorzug über die nahrungsmittelorientierte Landwirtschaft. Dabei erzwingen sie Anbautechniken, die die Landwirte in Abhängigkeit der Firmen versetzen und Umweltzerstörung herbeiführen (Bewirtschaftungsverträge, die die Landwirte zum Gebrauch von Maschinen, Düngemitteln und Saatgut -wie z.B. GMOs- zwingen).

Konkret müssen zwei Handlungsebenen für die Umwelt kombiniert werden:
Mikro- und Makroebene.

Auf der Makroebene – Staatsebene – sollte eine zwischenstaatliche Instanz zur multilateralen Zusammenarbeit geschaffen werden, die mit Hilfe von Handlungs- und Druckmitteln die Staaten zu globalen Maßnahmen zwingen.

Auf der Mikroebene - lokale und regionale Aktivitäten - hat die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu spielen, vor allem bei der Verbreitung von Informationen und der Förderung von neuen Verfahren, die zur Schonung der Ressourcen und zum Umweltschutz beitragen. Die Lokalebene muss verstärkt werden, da die Entscheidungen allzu häufig ausschließlich auf der Makroebene ausgedacht werden.

Folgende Aktionen könnten daraus hervorgehen:

1) Ein **internationales Gericht für Umweltkriminalität** ins Leben rufen: die Staaten des Nordens und ihre Lokalvertretungen könnten dann zu Reparaturzahlungen für Länder des Südens verurteilt werden (ökologische Schulden);

2) **Verträge als illegal** erklären, die die Bauern abhängig von Saatgutserzeugern machen, zu Sklaverei unter der Technologie führen und die Biodiversität zerstören;

3) Das **„Recht auf Verschmutzung"** (pollution rights) und ihren Markt **abschaffen** und die reichen Länder verpflichten, ihre Kohlendioxyd- Produktionsraten (5,6 Tonnen C pro Kopf und Jahr für die USA) zu reduzieren, damit die armen Länder (0,7 Tonnen C pro Kopf und Jahr in den Ländern außerhalb der G8) sich auch industrialisieren können;

4) Verbieten, dass **Riesenstaudämme**, sofern sie wirklich notwendig sind, ohne Schadenersatzleistungen für die vertriebene Bevölkerung gebaut werden können (wirtschaftliche Flüchtlinge);

5) Biologische und genetische Ressourcen vor **Patenten** des Nordens schützen, die die Länder des Südens ärmer machen und einen kolonialartigen Raub darstellen;

6) Die **Privatisierung des Wassers** bekämpfen, wie sie von der Weltbank gefördert wird - auch in Form einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen (PPP privat-public partnership) – und das Recht jedes Menschen auf eine Mindestwassermenge mit Rücksicht auf die Erneuerung des Grundwassers garantieren;

7) Schaffung eines **Überwachungsgremiums für die Umwelt** (ecologic Watch), dessen Aufgabe es wäre, handfeste Aggressionen gegen die Umwelt aufzudecken und darauf zu reagieren.

5. Für eine bessere Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

Im Bereich der bäuerlichen Landwirtschaft gibt es zunächst mittel- und langfristige Ziele, die an die **Nahrungssouveränität** geknüpft sind, und die sich auf nationaler und internationaler Ebene, multilateraler (Ziele der WTO) und bilateraler Ebene (Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union) befinden. Auf nationaler Ebene betrifft dies sowohl die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik als auch die Strukturpolitik, den Zugang der Landwirte zu Produktionsmitteln und in erster Linie zu Boden.
Auf sehr kurzer Sicht, 2006, geht es darum, den Verhandlungsabschluss der **Doha-Runde zum Scheitern zu bringen**, was es erleichtern würde, die Abschlüsse der Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft abzulehnen.

Die Vorschläge werden dementsprechend entlang von zwei Achsen entwickelt: zum einen Vorschläge über die Mittel, um mittelfristig Nahrungssouveränität zu erlangen und zum anderen als erster Schritt Vorschläge, um die Doha-Runde und die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zum Scheitern zu bringen.

1) Vorschläge zur Erlangung der **Nahrungssouveränität:**

Die Nahrungssouveränität ist das Recht, das jedem Staat (oder jeder Staatengruppe) zuerkannt werden muss, die eigene Landwirtschaftspolitik und die Form seiner Eingliederung in den Weltmarkt zu definieren, es ist auch das Recht, sich wirksam vor Importen zu schützen und die landeseigenen Landwirte zu subventionieren, unter der Bedingung, dass alle Exporte von landwirtschaftlichen Produkten verboten sind, deren Preis unter den durchschnittlichen Gesamtproduktionskosten ohne direkte oder indirekte (vorgelagerte oder nachgelagerte) Subventionen steht,. Sie ist der Hebelarm für alle Länder, ihre nationale Souveränität in allen Bereichen wieder zu erlangen. Auch fördert sie die Demokratie, da sie zur Definition ihrer Mittel und Ziele eine starke Einbindung der verschiedenen Akteure der Nahrungsmittelbranche nötig macht, angefangen bei den landwirtschaftlichen Familienunternehmen. Sie setzt daher Regulierungsverfahren auf nationaler, subregionaler und internationaler Ebene voraus.

Auf nationaler Ebene:

Die Staaten müssen den bäuerlichen Betrieben den **Zugang zu Produktionsfaktoren**, in erster Linie zu Boden, garantieren. Die Förderung der Landwirtschaft als Agrobusiness mit dem Aufkauf von Boden durch die nationale Bourgeoisie (darunter Beamte) und transnationale Unternehmen, zum Nachteil der bäuerlichen Betriebe, muss beendet werden. Dies schließt ein, dass Investitionen von Familienbetrieben erleichtert und lokale Produkte weiter verarbeitet werden, was sie für die Verbraucher attraktiver macht. Das **Recht auf Bodennutzung** für alle Bauern der Welt muss als Grundrecht anerkannt werden. Seine Umsetzung erfordert adäquate Reformen des Bodenrechts und in manchen Fällen Agrarreformen.

Damit auch **die städtischen Verbraucher** das Ziel der Nahrungssouveränität teilen – unablässige Bedingung, damit sich die Regierungen dafür engagieren -, müssen drei Maßnahmen durchgeführt werden:

- Einschränkung der Tätigkeiten des Handels, welche die Landwirte und Verbraucher benachteiligen;

- Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Verbraucher über das immense Unrecht an der Landwirtschaft und der ganzen Wirtschaft des jeweiligen Landes überhaupt durch die Abhängigkeit von Importprodukten, denn es werden zum Beispiel in den Supermärkten in Westafrika fast ausschließlich solche zum Verkauf angeboten;

- Schrittweise Anhebung der Agrarpreise durch die Erhöhung der Einfuhrabgaben, um die Verbraucher mit sehr eingeschränkter Kaufkraft nicht zu benachteiligen. Dies muss mit dem Austeilen von Gutscheinen zum Einkauf der lokalen Nahrungsmittel zu den alten Preisen einhergehen, wie es in den Vereinigten Staaten, Indien und Brasilien praktiziert wird, bis die Produktivitätssteigerung der Landwirte die Stückkosten sinken lässt und es ihnen ermöglicht, den Verkaufspreis für die Verbraucher zu senken.

Auf subregionaler Ebene:

Damit die Staaten ihre volle Souveränität, zunächst die Nahrungssouveränität, zurückerlangen können, erweist sich die **regionale politische Integration für die kleinen Länder** des Südens als unumgänglich. Hierfür müssen die gegenwärtigen regionalen Institutionen reformiert werden, vor allem in Afrika die UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) und die CEDEAO (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), die zu abhängig von diversen Supermächten sind.

Auf internationaler Ebene:

Es muss auf die Vereinten Nationen Druck ausgeübt werden, damit sie die **Nahrungssouveränität als Grundrecht der Staaten anerkennen**, welches unerlässlich ist, um das Recht auf Nahrung umzusetzen, so wie es in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1996 steht. Auf dieser Ebene müssen vier Instrumente zur Regulierung des internationalen Agrarhandels eingerichtet werden, damit die Nahrungssouveränität verwirklicht wird:

- Ein wirksamer **Schutz vor Importen** durch variable Abschöpfungsbeträge, die einen festen Einfuhrpreis garantieren, so dass im Inland landwirtschaftliche Mindestpreise gewährleistet werden, welche die Investitionen der Bauern und die Kredite der Banken sichern. Die Einfuhrzölle haben bisher unzureichend geschützt, angesichts stark schwankender Weltmarktpreise, deren Fluktuation durch Wechselkursschwankungen noch verstärkt wurde;

- **Beseitigung jeder Form von Dumping**, indem alle Exporte unterhalb der durchschnittlichen gesamten Produktionskosten des Landes ohne direkte oder indirekte Subventionen verboten werden;

- **Internationale Koordinierungsmechanismen zur Beherrschung des Angebots**, um strukturelle Überproduktion zu vermeiden und konjunkturelle Überproduktion zu minimieren, welche die Agrarpreise in den Keller treiben;

- Es ist nötig**, die Landwirtschaft aus der WTO auszugliedern** und die internationale Regulierung des Agrarhandels einer Organisation der Vereinten Nationen, zum Beispiel die FAO, anzuvertrauen. Insbesondere wäre eine Reform ihrer Organisation nach dem dreiteiligen Modell der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) nötig, wonach die Vertreter der landwirtschaftlichen Gewerkschaften (FIPA und Via Campesina), die Vertreter der Nahrungsmittelindustrie, die bereits im Schatten Lobbying bei den Regierungen machen und die Vertreter der Staaten gemeinsam tagen würden, um Regulierungsrichtlinien zu erarbeiten.

2) Vorschläge auf kurzer Sicht, um die **Doha-Runde** und die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zum Scheitern zu bringen:

Eine Hauptlehre aus der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong ist, dass Brasilien und Indien, und mit ihnen die G-20, sich von den Interessen der Bevölkerungen der Dritten Welt entfernt haben und sich als entschlossene Antriebskraft der neoliberalen Globalisierung gezeigt haben. Da die Doha-Runde ein „globales Verhandlungspaket“ (single undertaking) ist, gibt es Mittel, sie zum Scheitern zu bringen. Die internationale Zivilbevölkerung - in erster Linie die Bauernorganisationen des Nordens und des Südens - können in einer Medienkampagne zeigen, dass diese Subventionen (besonders die der „grünen Box“) ein weitaus bedeutenderes Dumpinginstrument sind als die expliziten Exportsubventionen, und noch bedeutender werden sollen, wenn jene (ab 2014) abgeschafft werden.

6. Für den Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen

Zwei der Hauptwaffen in den Händen der Werktätigen sind das **Stimmrecht** und das Recht auf Gründung von **Gewerkschaften**. Demokratie und Gewerkschaften wurden bis heute hauptsächlich auf nationaler Ebene aufgebaut. Die neoliberale Globalisierung ist jedoch eine Herausforderung für die Werktätigen der ganzen Welt, und man kann sich dem globalisierten Kapitalismus nicht nur auf nationaler Ebene entgegensetzen. Heute gibt es eine doppelte Aufgabe: zum einen muss die nationale Ebene gestärkt werden und gleichzeitig muss die Demokratie globalisiert und eine weltweite Arbeiterklasse reorganisiert werden.

Die massive **Arbeitslosigkeit** und die **Zunahme informeller Arbeit** sind ein anderer Hauptgrund, um die bestehenden Organisationen der werktätigen Klassen zu überdenken. Eine weltweite Strategie der Arbeit darf nicht nur die Situation der Arbeiter, die in einem stabilen Arbeitsverhältnis stehen, berücksichtigen. Selbst in den Industrieländern sind immer mehr Werktätigen außerhalb des formellen Sektors beschäftigt. In der Mehrzahl der Länder des Südens bilden die Werktätigen im informellen Sektor die Mehrheit: Werktätige in temporärer Beschäftigung und in den informellen Sektoren; Selbständige; Arbeitslose; Straßenverkäufer; diejenigen, die ihre eigenen Dienstleistungen verkaufen. Diese Gruppen nehmen in den meisten Ländern des Südens zu, einerseits aufgrund erhöhter Arbeitslosigkeit, andererseits auf Grund der Verknappung und Informalisierung der garantierten Arbeitsplätze und der anhaltenden Landflucht. Die wichtigste Aufgabe für die Werktätigen außerhalb des formellen Sektors wird es sein, sich zu organisieren. Für die traditionellen Gewerkschaften heißt es, sich zu öffnen, um gemeinsam handeln zu können.

Die traditionellen Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Organisationen der Werktätigen außerhalb der formellen Sektoren werden nicht alle notwendigerweise Gewerkschaften oder ähnliche Organisationen sein und die traditionellen Gewerkschaften werden sich ebenfalls verändern müssen. Neue Perspektiven gemeinsamen Handelns, basierend auf horizontalen Verbindungen und gegenseitigem Respekt, müssen sich zwischen den traditionellen Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen entwickeln. Zu diesem Zweck sind folgende **Vorschläge** in Erwägung zu ziehen:

1) Öffnung der Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen, ohne zu versuchen, diese der traditionellen gewerkschaftlichen Struktur oder einer bestimmten politischen Partei unterzuordnen.

2) Aufbau von tatsächlichen **transnationalen gewerkschaftlichen Strukturen**, die sich den transnationalen Arbeitgebern widersetzen können. Diese gewerkschaftlichen Strukturen müssen gleichzeitig über eine Verhandlungskapazität und ein Mandat verfügen, um gemeinsame Aktionen über nationale Grenzen hinaus organisieren zu können. Zu diesem Zweck wäre es ein wichtiger Schritt, starke gewerkschaftliche Strukturen innerhalb von einigen multinationalen Konzernen zu organisieren. Letztere besitzen ein komplexes Produktionsnetzwerk und reagieren häufig sehr empfindlich auf jede Unterbrechung in der Produktions- und Vertriebskette und sind dadurch verwundbar. Erfolge in den Kämpfen gegen multinationale Konzerne könnten einen reellen Einfluss auf das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit haben.

3) Technologische Entwicklung und Strukturwandel sind notwendig, um die Lebensbedingungen zu verbessern und die Armut auszumerzen, aber die **Verlagerung von Produktionsstandorten** wird heute nicht im Interesse der Arbeiter durchgeführt, sondern ausschließlich entsprechend einer Profitlogik. Als Alternativen zu Profitlogik und Freihandel ist es nötig, sich für eine graduelle Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einzusetzen, für eine lokale Produktion, die mit der lokalen Nachfrage steigt und für ein Verhandlungssystem gegenüber den Standortwechseln. Diese Standortwechsel sollten Bestandteil transnationaler Verhandlungen werden, um zu vermeiden, dass die Arbeiter verschiedener Länder zu einer Konkurrenz untereinander gezwungen werden und in einen unerbittlichen Kampf gegeneinander geraten.

4) Die Rechte der **Wanderarbeiter** sollten von den Gewerkschaften als grundlegendes Thema gesehen werden, um zu gewährleisten, dass die Solidarität zwischen Arbeitern nicht an ihre nationale Herkunft geknüpft ist. In der Tat sind Ausgrenzung und Diskriminierung, gleich ob auf ethnischer oder anderer Basis, eine Bedrohung für die Solidarität der werktätigen Klasse.

5) Es muss darauf geachtet werden, dass die zukünftige transnationale Organisation der werktätigen Klasse **nicht** wie eine einzige, **hierarchische** und pyramidenförmige Struktur aufgebaut ist, sondern aus verschiedenartigen Organisationen besteht, in einer **Netzwerkstruktur** mit zahlreichen horizontalen Verbindungen.

6) Eine **neue Arbeiterbewegung** soll gefördert werden, die in ihren Strukturen auch die Arbeiter außerhalb des formellen Sektors in der ganzen Welt einschließt, und die in der Lage ist, durch koordiniertes Handeln dem globalisierten Kapitalismus auf wirksame Weise die Stirn zu bieten.

Nur eine solche globale und weiterentwickelte Bewegung der Werktätigen, die gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen handelt, wird die gegenwärtige Welt verändern und eine Weltordnung schaffen können, die auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz begründet ist.

7. Für eine Demokratisierung der Gesellschaften im Dienste einer umfassenden Entwicklung der Menschheit

Die fortschrittlichen Kräfte müssen sich das Konzept der Demokratie wieder aneignen, da eine alternative, sozialistische Gesellschaft von Grund auf demokratisch sein muss. Demokratie lässt sich nicht von oben herab verordnen. Sie ist ein Prozess kultureller Wandlung, denn die Menschen verändern sich durch ihr eigenes Handeln. Es ist daher unerlässlich, dass die Akteure der Massenbewegungen und der linken bzw. fortschrittlichen Regierungen verstehen, dass Räume für eine wirkliche Partizipation geschaffen werden müssen, sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort. Die Menschen müssen zu Protagonisten ihrer eigenen Geschichte werden, wenn man die Probleme der Völker lösen will: Gesundheit, Ernährung, Bildung, Wohnung… Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder Osteuropas hat viel zu tun mit fehlender Partizipation. Die Bürger dieser Länder waren kaum mehr motiviert, die Regimes zu verteidigen, in denen sie nur Zuschauer und keine Akteure waren.

Der Kampf für Demokratie muss auch mit dem Kampf gegen Armut und jede Form von Ausgrenzung einhergehen. Wenn man diese Probleme lösen will, muss das Volk die Macht haben. Dies beinhaltet den Kampf gegen die Profitlogik des Kapitals und die Einführung einer anderen, humanistischen und solidarischen Logik in den Bereichen, die man erobern kann. Denn nur die Behauptung der Notwendigkeit einer alternativen Gesellschaft reicht nicht mehr aus. Es ist es notwendig, Basisinitiativen vorzuschlagen, die Alternativen zum Kapitalismus darstellen, und die mit der Handelslogik und den von dieser Dynamik aufgezwungenen Verhältnissen brechen.

Aber es geht auch darum, Kämpfe zu organisieren, die sich nicht auf rein wirtschaftliche Forderungen begrenzen, auch wenn diese natürlich notwendig sind. Es geht auch um ein alternatives, soziales Projekt, das echte Strukturen von Macht und Demokratie beinhaltet, und zwar über die derzeitigen Formen der repräsentativen, parlamentarischen, auf Wahlen reduzierten Demokratie hinaus. Es ist also nötig, für eine neue Form der Demokratie zu kämpfen, die von unten kommt, für diejenigen, die unten sind, mittels lokaler Regierungen, ländlicher Gemeinden, Arbeitervereinigungen, Bürgerinitiativen usw. Eine solche demokratische, solidarische Praxis ist die beste Möglichkeit, um neue soziale Gruppen für den Kampf für eine alternative, gänzlich demokratische Gesellschaft zu gewinnen.

Um die genannten Grundsätze zu verwirklichen, werden folgende **Leitlinien** vorgeschlagen:

- Die Demokratie in die Gesamtheit der Bedingungen integrieren, welche die Emanzipations- und Befreiungsbewegungen in ihrer individuellen und kollektiven Dimension charakterisieren.

- Es muss anerkannt werden, dass das **Scheitern des Sowjetsystems** und der Regimes, die aus der Entkolonialisierung hervorgegangen sind, zum Großteil aus ihrer Verweigerung von Freiheiten und ihrer Unterschätzung der Demokratie resultiert. Bei der Ausarbeitung von Alternativen muss diese Erkenntnis beachtet werden. Dem Aufbau demokratischer Strukturen muss Vorrang eingeräumt werden.

- Es muss den **doppelzüngigen Reden** der dominierenden Mächte, die immer wieder neue Lektionen über Demokratie erteilen wollen, widersprochen werden. Der Zynismus des amerikanischen Imperialismus, der sich als Anstifter von Kriegen, Folter und Freiheitsverletzungen offenbart, ist besonders unerträglich. Jedoch kann dies nicht als Vorwand dienen, die Freiheiten und die Ausübung von Demokratie einzuschränken.

- Die **vorherrschende Konzeption von Demokratie**, die durch die Vereinigten Staaten und die westlichen Mächte vorgetragen wird, muss abgelehnt werden. Die Demokratie darf nicht mit der Hinnahme der Regeln des Marktes definiert werden, auch nicht mit der Unterordnung unter den Weltmarkt, mit von Außen kontrollierten pluralistischen Wahlen und mit einer völlig eingeschränkten Ideologie der Menschenrechte. Diese Form der Demokratie besteht darin, eine Ausweitung der Vermarktung zu erzwingen, die willkürlich mit der unbestritten großen Bedeutung von freien Wahlen und mit der Anerkennung der Grundrechte gleichgestellt wird. Dadurch wird die Demokratie nicht nur eingeschränkt, sondern auch in ihrem eigentlichen Sinn pervertiert.

- Es muss erkannt werden, dass eine starke Wechselwirkung zwischen politischer und sozialer Demokratie besteht, da eine politische Demokratie unvollständig ist und nicht von Dauer sein kann, wenn Ungleichheiten, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit fortbestehen. Eine **soziale Demokratie** kann sich nicht entwickeln ohne Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung, wenngleich auch daran erinnert werden muss, dass eine soziale Politik das Fehlen von Freiheiten und die Nichtbeachtung der Grundrechte nicht rechtfertigen kann.

- Es muss betont werden, dass die Demokratie eine effektive und wachsende **Beteiligung der Menschen** als Produzenten und Einwohner braucht. Dies beinhaltet die Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Verantwortungsbereiche und setzt nicht die Bedeutung der repräsentativen Demokratie außer Kraft. Im Gegenteil, sie ergänzt und vertieft diese.

- Da die Demokratie den Kampf gegen Armut, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen erleichtern soll, muss sie **den Armen und Unterdrückten** für ihren Kampf und ihre Bewegungen **einen strategischen Platz** einräumen. In diesem Sinne tragen demokratische Strukturen im internen Leben dieser Bewegungen zu ihrem Fortbestand und ihrem Erfolg bei.

- Die **Demokratie innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung** weist darauf hin, welche hohe Bedeutung sie für die Zielsetzungen der Bewegung hat. Sie schließt eine Erneuerung der politischen Kultur und Organisation und eine ganz besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Frage von Autorität und der Hierarchie ein. Zu diesem Zweck schlagen wir eine Kampagne vor, die zum Ziel hat, dass die Erziehung zum Bürger und zur Demokratie einen bedeutenden Platz in den Volksbildungsbewegungen einnimmt und in das Schul- und Bildungswesen integriert wird.
Erinnern wir uns, dass die globalisierungskritische Bewegung Träger eines durch und

durch demokratischen Projekts ist. Sie fordert den Zugang zu Grundrechten für alle. Dabei geht es um zivile und politische Rechte, vor allem um das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, beide Grundlage der demokratischen Freiheiten. Die globalisierungskritische Bewegung fordert außerdem wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte, die Grundlagen der sozialen Demokratie sind. Schließlich fordert sie das Recht für die Gemeinschaften und die Völker, gegen die erlittene Unterdrückung und Gewaltakte zu kämpfen. Es geht also um das Erarbeiten eines Programms zur Umsetzung der Demokratie.

Die globalisierungskritische Bewegung erkennt auch die Bedeutung der **öffentlichen Dienste** als eines der Hauptmittel an, allen den Zugang zu Rechten und Gleichberechtigung zu garantieren. Sie verteidigt die Kämpfe der Beschäftigten ebenso wie der Nutzer der öffentlichen Dienste. Sie unterstützt die Initiativen, die die öffentlichen Dienste verteidigen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Im Bereich der Gesundheit wären es z.B. der freie Zugang zu kostenlosen Medikamenten und die Ablehnung von Monopolen, von der Diktatur der Patente und des Anspruchs auf Patentierung vom Leben.

- Der Kampf für die Demokratie muss den **unterschiedlichen Handlungsebenen** Rechnung tragen. Wir greifen fünf Ebenen auf: die Unternehmen, die lokale Demokratie, die nationale Demokratie, die großen Regionen, die weltweite Demokratie. Für jede Ebene wird eine Aktion als Beispiel angeführt. Die Prioritätensetzung wird aus der strategischen Debatte resultieren.

1) Die Demokratie im **Unternehmen** ist eine wichtige Forderung. Sie schließt die Anerkennung der Macht der Werktätigen, der Verbraucher und der öffentlichen Gremien auf lokaler und nationaler Ebene ein, zum anderen die Ablehnung der Diktatur durch die Aktionäre und ebenfalls die Ablehnung der zerstörerischen Logik des Finanzkapitals. Ihr Ziel ist die Kontrolle von Entscheidungen, vor allem bei Verlagerungen. Die Förderung von innovativen Formen der Selbstorganisation und von Austausch ist ein Mittel, vielfältige Produktionsformen zu fordern und die behauptete Effizienz kapitalistischer Privatunternehmen zurückzuweisen. Die Bewegung für eine soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen ist trotz der Gefahren der Vereinahmung von großem Interesse, wenn sie zu öffentlichen, vom internationalen Recht anerkannten Normen führt.

2) Die **lokale Demokratie** entspricht dem Bedürfnis nach Nähe und Beteiligung. Sie beruht auf lokalen Institutionen, die die öffentlichen Dienste garantieren müssen und Ansätze einer Alternative zum Neoliberalismus darstellen. Statt der Anpassung der gesamten Gesellschaft an den Weltmarkt wird der lokalen Ebene und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse der Vorzug gegeben. Sie erlaubt eine Neudefinition der Staatsbürgerschaft, d. h. insbesondere einer auf dem Wohnort bezogenen Staatsbürgerschaft mit entsprechenden Folgen für das Wahlrecht.

3) Die **nationale Demokratie** bleibt die strategische Ebene: Fragen nach Identität, Grenzen, Respekt der Rechte von Minderheiten, Legitimität der Institutionen sind Bestandteil der Grundlagen einer Volkssouveränität. Die öffentliche Politik kann der Konfrontation mit dem Neoliberalismus einen Raum eröffnen. Die Umverteilung der Reichtümer durch das Steuersystem muss verteidigt und ausgeweitet werden. Maßnahmen wie Mindestlohn und soziale Absicherung, basierend auf der Solidarität zwischen den Generationen, sind nicht nur den reichen Staaten vorbehalten, sondern hängen von den jeweiligen spezifischen Bedingungen der Verteilung zwischen Entlohnung der Arbeit und Profit ab.

4) Die **großen Regionen** können sowohl Akteure der neoliberalen Globalisierung sein, wie die Europäische Union, als auch Gegentendenzen und Orte des Widerstands, wie es die Entwicklungen des Mercosur oder das Scheitern der ALCA zeigen. Aus dieser Sicht spielen die kontinentalen Sozialforen eine bedeutende Rolle.

5) Die **weltweite Demokratie** bietet eine alternative Antwort zur neoliberalen Globalisierung. In der gegenwärtigen Situation sind folgende Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegung vorrangig: Annullierung der Schulden, grundlegende Infragestellung der WTO, Abschaffung der Steuerparadiese, internationale Besteuerung, insbesondere des Finanzkapitals (Kapitaltransfer, Gewinne der multinationalen Konzerne, Ökosteuern...), radikale Reform der internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere unter Anwendung des Prinzips: ein Land, eine Stimme), und Reform der Vereinten Nationen unter Beachtung des Völkerrechts und bei Ablehnung von Präventivkriegen.

Es wäre also Folgendes notwendig:
- ein Überwachungsgremium für die Demokratie einzurichten, das sich der Hegemonie der dominierenden Länder, also in erster Linie der Vereinigten Staaten, und ihrem fadenscheinigen Diskurs zur Demokratie widersetzen könnte;
- die Kontrolle durch die Bürger zu fördern;
- die von den sozialen und Bürgerbewegungen entwickelten und umgesetzten neuen Formen von Demokratie zu fördern.

8. Für die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung der Frauen

Die Formen des **Patriarchats** sind vielseitig, wie auch seine Beziehung mit dem Imperialismus und Neoliberalismus. Es ist wichtig und notwendig, seinen Einfluss auf die Frauen zu analysieren. Das Konzept des Patriarchats bezieht sich auf die Herrschaft des Vaters/Patriarchen und hat dazu gedient, ein Familienmodell, in dem die Männer über die anderen Familienmitglieder Autorität haben, zu beschreiben.
Das Modell ist zwar nicht universell: Viele afrikanische Gesellschaften sind matrilinear oder haben ein dualistisches System mit väterlichen und mütterlichen Linien, die beide für eine Person ihre Bedeutung haben.

Das patriarchalische System hat sich mit dem Aufschwung der abrahamschen Religionen und den kolonialistischen Ideologien und Gesetzgebungen verbreitet. Heute meint man mit Patriarchat hauptsächlich die männliche Beherrschung, welche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Frauen und verschiedene Formen von Abhängigkeit mit sich bringt.
Die Familie, wo ein Kind das soziale Zusammenleben lernt, ist der erste Ort der „Zähmung“ der Mädchen und Frauen.

Die Geschlechterhierarchie ist umso stärker, als sie durch kulturelle Normen und religiöse Werte, die sich die (re)produktiven Kräfte der Frauen aneignen, gefestigt wird. Der Staat verstärkt mit seiner Politik und seinen Familiengesetzen diese patriarchalische Macht.
Diskriminierung existiert weiterhin in der Familiensphäre, im Bildungswesen, im Zugang zu den Ressourcen der Natur, zu finanziellen und materiellen Mitteln, in der Arbeitswelt, in der Beteiligung an der politischen Macht, usw.
Trotz des spürbaren Fortschritts der Frauenrechte ist die männliche Herrschaft wegen der „Maskulinisierung“ der Institutionen der neoliberalen Organisationen noch fest verankert.

Aus der Analyse der Beziehungen zwischen Patriarchat und Imperialismus und der eher schwachen Bilanz der Frauenkämpfe erge-

ben sich **mehrere Vorschläge**:

1) Aufhören, Frauenfragen nur am Rande zu behandeln, was zu einer politischen und wissenschaftlichen Apartheid führt. Die **Genderfrage** durchzieht alle Bereiche und muss daher **in allen Bereichen** behandelt werden.

2) Das Lobbying innerhalb der Organisationen der Zivilgesellschaft und der politischen Klasse weiterführen, zur Verstärkung des **Bündnisses** zwischen feministischen Organisationen und fortschrittlichen Kräften, damit Letztere die Frauenfrage in ihrer Agenda aufnehmen.

Darunter fallen:

- Bekämpfung des Diskurses der globalisierten Gesellschaft über die Unterlegenheit der Frauen in sozialer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht;
- Förderung der Bildung und Weiterbildung der Frauen, damit sie nicht selber die Vorstellung ihrer untergeordneten Stellung verinnerlichen;
- Verbreitung einer stärkeren Wahrnehmung ihrer aktiven Rolle in der Gesellschaft;
- Anspornung der Männer, sich über diese männliche Herrschaft Fragen zu stellen, um ihre Mechanismen abzubauen;
- Verstärkung der Gesetzesbestimmungen, die Gleichberechtigung der Geschlechtern festlegen;
- Zunahme der Vertretung der Frauen in den Institutionen (Parität).

3) Die **Geschichte der Frauen**, ihre individuellen und kollektiven Aktionen, bekannt machen, insbesondere:

- das Vorhaben, den Friedensnobelpreis 2005 an „Tausend Frauen", eine von Hongkonger Vereinen getragene Initiative, zu verleihen;
- Weiterführung der Kampagne „Women Say No to War" gegen den Irak-Krieg;
- Durchführung von verschiedenen Kampagnen zu aktuellen Themen oder Gesellschaftsprojekten.

4) Das grundlegende Recht der Frauen durchsetzen, selber über ihren eigenen Körper- im physischen sowie geistigen Sinne - zu verfügen und **selber Entscheidungen über ihre Lebensweise** zu treffen: in der Bildung, bei der Arbeit und in anderen Aktivitäten, aber auch im Bereich der Sexualität und Fortpflanzung (Recht auf Verhütung, Wahl der Fortpflanzung, Recht auf Abtreibung usw.). Der Körper der Frau wird nämlich verschiedensten Unterdrückungen und Gewalttaten ausgesetzt.

5) Die theoretischen Ausarbeitungen, die von konkreten weiblichen Erfahrungen ausgehen, weiterführen, um die männliche Herrschaft zu kontern, die **Perspektiven der Frauen** in verschiedenen gesellschaftlichen Fragen zu erweitern und neue Horizonte für Theorie und Praxis zu eröffnen, insbesondere in der Bevölkerungsfrage (Kairoer Bevölkerungskonferenz von 1994) und in der Umweltfrage (Erdgipfel von Rio 1992, wo die Frauen das Recht, in einer intakten Umwelt leben zu dürfen, gefordert haben).

6) Eine Datenbank und eine Webseite über die **Beziehung der Frauenfrage mit Imperialismus und Neoliberalismus** erstellen.

9. Für eine demokratische Regelung der Medien und für kulturelle Vielfalt

1) Das Recht auf Bildung

Voraussetzung für die Wahrnehmung des Rechts auf Kultur, des Rechts auf aktive und passive Information ist die Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Dieses Recht, auch wenn es offiziell überall anerkannt wird, bleibt in zahlreichen Ländern ohne Folgen, insbesondere für die Mädchen. Es ist folglich eine vordringliche Aufgabe für alle sozialen Bewegungen, auf die Regierungen Druck auszuüben, damit sie ihre elementarsten Aufgaben in diesem Bereich erfüllen.

2) Das Recht, informiert zu werden und zu informieren:

Initiativen in Richtung der großen Medien

Das Recht, informiert zu werden und zu informieren, steht im Widerspruch zur allgemeinen Logik des Mediensystems. Durch seine weltweit wachsende Konzen-tration ist es nicht nur selber direkt impliziert und Nutznießer der neoliberalen Globalisierung, sondern auch Träger dieser Ideologie.
Man muss also Schritt für Schritt kämpfen, um diesem „Bewußtsein(miss)bildungsunternehmen", welches die neoliberale Weltordnung als unausweichlich oder gar wünschenswert hinstellt, Sand ins Getriebe zu streuen.
Um dies zu erreichen, müssen in allen Ländern, im Rahmen einer internationalen Koordination, Kampagnen geführt werden:

- für Gesetzesinitiativen gegen die Medienkonzentration;
- für Gesetzesinitiativen, die die Unabhängigkeit der Redaktionen von den BesitzerInnen und AktionärInnen garantieren;
- für Gesetzesinitiativen, die die Schaffung von Journalistengesellschaften da, wo sie noch nicht existieren, fördern und ihnen reelle Macht zugestehen;
- für die Erziehung zu Medienkritik im Schulsystem und in den Massenorganisationen.

Alternative Medien fördern

Die alternativen und gemeinnützigen Medien in allen Formen (gedruckte Medien, Radio, Fernsehen, Internet) spielen jetzt schon eine wichtige Rolle im Kampf um eine pluralistische Information, die nicht dem Diktat der Finanzwelt und der transnationalen Unternehmen unterworfen ist.
Deshalb muss man von den Regierungen verwaltungsmäßige und finanzielle Ausnahmeregelungen für diese Medien fordern.
Ein Gremium der alternativen Medien könnte die weltweit fortschrittlichsten Gesetzesregelungen herausfinden.
Dem Beispiel der BesitzerInnen und DirektorInnen der großen Medien folgend, wäre es notwendig, jedes Jahr ein weltweites Treffen der Verantwortlichen der alternativen Medien zu organisieren, eventuell im Rahmen der Weltsozialforen.

Das Monopol der **Bildinformation** weltweit darf nicht den Fernsehprogrammen der Nordhemisphäre überlassen werden. Die großen internationalen Fernsehsender des Nordens, wie z. B. CNN, haben lange Zeit ein faktisches Monopol genossen und ein Weltbild vermittelt, das den Interessen der dominanten Mächte entsprach.
In der arabischsprachigen Welt hat es **Al-Jazeera** mit großer Professionalität ermöglicht, die einseitige Vision der Nahostkonflikte zu überwinden.
Die Einführung von **Telesur** ermöglicht es seit kurzem Lateinamerika, sich nicht nur mit den Augen der US-amerikanischen Medien zu sehen.
Die **Gründung eines afrikanischen Programms** würde eine ähnliche Funktion erfüllen und alle Kräfte müssen aufgewendet werden, damit sie eines Tages das Licht der Welt erblicken kann.

3) Das Recht, sich in der eigenen Sprache auszudrücken

Für alle „Off-Shore-Eliten" unseres Planeten ist der Gebrauch der englischen Sprache eines der ersten Erkennungszeichen. Es besteht eine logische Verbindung zwischen der freiwilligen oder resignierenden Unterwerfung unter die US-amerikanische Supermacht und der Annahme ihrer Sprache

als einzigem Instrument der weltweiten Verständigung. Chinesisch, romanische Sprachen - wenn man die Verständigung in dieser großen Sprachfamilie fördert -, und bald auch Arabisch sind genauso berufen, parallel zum Englischen diese Rolle zu erfüllen. Es ist eine Sache des politischen Willens.
Um gegen das „**All-Englische**“ zu kämpfen, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

- sich im Erziehungswesen soweit als möglich das Ziel zu setzen, zwei Fremdsprachen (und nicht nur Englisch) bis zu einem aktiven und passiven Verständnis (verstehen, sprechen, lesen, schreiben), und eine oder zwei andere Sprachen bis zu einem passiven Verständnis (schriftlich und mündlich verstehen) zu unterrichten;
- im Erziehungswesen das Verständigungsprinzip der romanischen Sprachen (Spanisch, Katalanisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Rumänisch – Sprachen, die in 60 Ländern Landessprache sind) zu praktizieren: Wenn jeder seine eigene Sprache spricht und diejenige des Gesprächspartners versteht, ist die Kommunikation am effizientesten;
- im besonderen Fall Afrikas muss das Unterrichten und die Förderung der nationalen Sprachen zu einer politischen Priorität der afrikanischen Union werden;
- einen internationalen Unterstützungsfonds für die Übersetzung einer größtmöglichen Zahl von Dokumenten in die Sprachen der finanzschwachen Länder einrichten, insbesondere damit diese Sprachen im Internet präsent sein können.

10. Für die Demokratisierung der internationalen Organisationen und die Institutionalisierung einer multipolaren Weltordnung

Die **Vereinten Nationen** sind eine Institution der Völker und in dieser Hinsicht eine Errungenschaft. Aber sie sind auch ein Ort des Kräftemessens zwischen Staaten und das kann sich in gewissen Fällen oder bei manchen Völkern als ambivalent erweisen oder sogar negativ auswirken.
Daher sind Veränderungen notwendig, insofern die hegemoniale Stellung der mächtigsten Länder dazu führt, dass sie die UNO zu ihren Zwecken missbrauchen.

Deshalb werden folgende **Maßnahmen** vorgeschlagen:

1) Den „UNO-Raum“ demokratisieren;

2) Die Institution UNO „reformieren“, um Ungleichheiten im Kräfteverhältnis der Staaten zu begrenzen;

3) Auf die bei der UNO vertretenen Regierungen einwirken und dazu in jedem Land ein Überwachungsgremium schaffen, das für Transparenz der Aktivitäten der jeweiligen Regierung im Kreise der UNO, ihrer spezifischen Organisationen und der Bretton Woods-Institutionen (IWF, Weltbank, WTO) sorgt;

4) Spezialorganisationen wie die FAO und die WHO neu finanzieren, um zu verhindern, dass sie von transnationalen Firmen abhängig werden;

5) Sicherstellen, dass Soziale Bewegungen und NGOs im Kreise der internationalen Institutionen tatsächlich und umfassend vertreten sind;

6) Internationale Gerichtshöfe, insbesondere für Wirtschaftsdelikte, ins Leben rufen und verhindern, dass sie durch die dominierenden Mächte instrumentalisiert werden. Gleichzeitig Tribunale der Öffentlichkeit schaffen, um alternative Formen der Rechtsprechung zu fördern.

7) Zur Demokratisierung der Vereinten Nationen müssten die Befugnisse der Generalversammlung erweitert werden und der Sicherheitsrat demokratisiert werden, um das Monopol der Vetomächte zu brechen.

8) Sich für eine UNO einsetzen, die eine Regionalisierung mit echten Befugnissen in allen Kontinenten ermöglicht. Es geht insbesondere darum, ein nahöstliches Sozialforum zu organisieren, welches die fortschrittlichen Kräfte der Länder dieser Region zusammenbringt, um Alternativen zum US-amerikanischen Projekt eines „Großen Nahen Ostens“ zu erarbeiten;

9) Innerhalb der UNO den Respekt der nationalen Souveränität verteidigen, insbesondere den Machenschaften des IWF, der Weltbank und der WTO gegenüber;

10) Eine Generalversammlung der Völker einberufen, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

Erstunterzeichner des Aufrufs: *Forum für ein anderes Mali, Dritt-Welt-Forum, weltweites Forum für Alternativen, ENDA http://www.enda.sn/ Weitere Unterzeichner: MST, CUT (Brasilien) u.v.m*

***Originaltext des Aufrufs:* http://www.liberationafrique.org/article.php3?id_article=1070**
***Text auf Arabisch, Englisch und Spanisch unter:* http://www.forumtiersmonde.net/fren/**
Dieser Aufruf fasst die Ergebnisse der zehn Arbeitsgruppen auf dieser Tagung, *s. http://www.fsmmali.org/article107.html?lang=fr).*
***Liste der TeilnehmerInnen an der Tagung:* http://monthlyreview.org/nfte0306.htm**

Übersetzung*: coorditrad@attac.org, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen: Josefine Duport, Angelika Gross, Annette Heiss, Jürgen Janz, Michèle Mialane, Katharina Stalder, und die Redaktion von „Sand im Getriebe“, 12.3.2006*



Berichte, Einschätzungen über die Weltsozialforen in Bamako und Caracas:
http://www.attac.de/wsf2006/index.php
http://www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/wsf06/

Programm des Weltsozialforums in Karachi, 24.3.- 29.3.:
http://www.wsf2006karachi.org/index.html
Europäisches Sozialforum: http://www.fse-esf.org/

Caracas Aufruf

der Versammlung der Sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforum in Caracas am 29.1.2006

In den letzten Jahren haben die Massenbewegungen gegen den Neoliberalismus und den Imperialismus auf dem amerikanischen Kontinent und anderen Teilen der Welt eine Legitimitätskrise des neoliberalen Systems und seiner Institutionen hervorgerufen. Die jüngsten Beispiele dafür sind das Scheitern der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) in Mar del Plata und des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden.

Wir leben in einer Zeit, in der militärische Interventionen von Seiten der Regierungen der Vereinigten Staaten, von Europa und ihren Verbündeten an der Tagesordnung sind. Ihr Ziel ist es, die Reichtümer des Planeten zu kontrollieren und auszubeuten oder Befreiungsprozesse zu unterbinden und den Völkern ihre Souveränität, ihr Selbstbestimmungsrecht, zu verweigern - teilweise mit dem Einverständnis der lokalen Eliten.

In der letzten Zeit haben wir in Lateinamerika eine Explosion von Mobilisierungen gegen den Freihandel, die Militarisierung, die Privatisierungsprozesse und für die Verteidigung der natürlichen Ressourcen und der Ernährungssouveränität gesehen. Diese Mobilisierungen haben in einigen Ländern dazu geführt, dass politische Alternativen, die in der Hitze der Massenmobilisierungen entstanden sind, an die Regierung gelangten. Das jüngste Beispiel dieses Prozesses ist der Wahlsieg von Evo Morales in Bolivien. Er ist Ergebnis des Kampfes gegen die Wasserprivatisierung, der Kämpfe der Bauern, der Indigenen, der Arbeiter und der Aufstände, die sich in Bolivien seit dem Jahr 2000 entwickelt haben.
Transnationale Konzerne wie Repsol (ein spanisch-argentinisches Erdölunternehmen – Anm. d. Ü.) und andere haben angekündigt, ihre vorgesehenen Investitionen in Bolivien zurückzunehmen, um die Politik der neuen Regierung zu beeinflussen - vor allem die der Wiederaneignung der natürlichen Ressourcen.
Deshalb ruft diese Versammlung die Gewerkschaften der Arbeiter und die sozialen Bewegungen der Länder, in denen diese Unternehmen operieren, auf, die Erpressung zu verhindern und diese Konzerne einer dauerhaften Beobachtung zu unterziehen, um die Souveränität des bolivianischen Volkes zu garantieren und seiner Regierung die freie Ausübung ihrer politischen Entscheidungen zu ermöglichen
Angesichts der Regierungsübernahme durch politischen Alternativen, die mit den Massenbewegungen verknüpft sind, müssen wir als soziale Bewegungen unsere politische und programmatische Eigenständigkeit beibehalten und die soziale Mobilisierung voran treiben, um in der Verfolgung unserer Ziele voranzukommen und Druck auszuüben gegen jegliche Anpassung dieser Regierungen an das neoliberale Modell.

Schließlich werden wir, die auf dem Sozialforum in Caracas versammelten sozialen Bewegungen, **vier** zentrale Kampagnen für 2006 lostreten, um das neoliberale Modell, den Imperialismus und den Krieg weiterhin zu bekämpfen.

1. Internationaler Tag der Mobilisierung gegen die Besatzung des Irak am 18. März

Gegen Krieg und Besatzungen: Keine weiteren Kriege! Frieden ist die einzige Lösung.
Wir fordern den sofortigen und unbedingten Abzug der ausländischen Truppen aus dem Irak und ein Ende der Privatisierung seiner Energieressourcen.
Wir lehnen die Besatzung von Territorien durch ausländische Truppen ab und fordern daher ein Ende der israelischen Besatzung in Palästina und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates.
Wir stellen uns den Besatzungsdrohungen gegen Syrien, Iran und gegen lateinamerikanische Länder durch den „Plan Colombia" entgegen. Wir wenden uns gegen Militärbasen und gegen die Verwendung des wirtschaftlichen Boykotts als Kriegsmittel, wie ihn die USA gegen Kuba betreibt.
Wir verlangen die Abrüstung und die Vernichtung von Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen.
Wir fordern den Respekt der Menschenrechte und der Bürgerrechte, und ein Ende von Folter, Entführungen, illegalen Verhaftungen und Geheimgefängnissen.
Wir rufen alle auf, am globalen Protesttag gegen die Besatzung des Iraks am 18. März auf die Straße zu gehen als Teil der globalen Kampagne, die solange aufrecht erhalten wird bis die ausländischen Truppen aus dem Irak abgezogen sind.
Wir rufen auch auf zur Konferenz gegen die Vorherrschaft der USA und die Besatzung des Irak, die in Kairo, Ägypten, vom 24.-27. März stattfinden wird.

2. Gegen den Abschluss der Doha- Runde der Welthandelskonferenz (WTO)

Nach der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong, die die Bewegungen trotz großer Anstrengungen nicht zum Scheitern bringen konnte, eröffnet die Ministererklärung der WTO den Weg, um die Verhandlungen zur Liberalisierung des Handels der Doha- Runde zum Abschluss zu bringen.
Die vereinbarte Erklärung war Ergebnis der Einschüchterungstaktik der EU und der USA einerseits und der entscheidenden Rolle der brasilianischen und indischen Regierung andererseits, die einen möglichen Posten in den Machtstrukturen der WTO im Blick haben.
Trotzdem ist nicht alles verloren. In den folgenden drei Monaten muss die WTO komplexe Verhandlungen führen und wir, als soziale Bewegungen, müssen Kampagnen und gemeinsame Aktionen realisieren, die Druck auf die Regierungen ausüben, um die Ergebnisse von Hongkong zu revidieren und die WTO beim nächsten Treffen der Generalversammlung im Mai 2006 aus der Bahn zu werfen.

3. Gegen den G8 Gipfel in St. Petersburg in Russland (Juli 2006)

Wir unterstützen den Aufruf der sozialen Bewegungen und Organisationen Russlands und rufen die Bevölkerung, sowie alle sozialen Bewegungen und Organisationen dieses Landes auf, die Prinzipien des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit mit uns zu teilen, Widerstand zu leisten, und gemeinsam mit uns am Gegengipfel der Völker gegen denG8 Gipfel in St. Petersburg im Juli teilzunehmen. (Kontakt: alternativity@tochka.ru)

4. Gegen den Gipfel der Weltbank und des IWF, September 2006

Die Versammlung der sozialen Bewegungen schließt sich dem Aufruf der Versammlung der Völker des Südens an, sich anläßlich des Jahrestreffens der IWF und der Weltbank im September 2006 zu einem internationalen Aktionstag vor den Hauptniederlassungen dieser Institutionen in den verschiedenen Ländern zu organisieren.

Dieser internationale Aktionstag wird die Illegitimität der Auslandsschulden der Länder des Südens anprangern sowie deren Ablehnung und Nicht-Zahlung verteidigen. Wir werden in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Tatsache einfordern, dass die Völker des Südens Gläubiger einer immensen historischen, sozialen und ökologischen Schuld sind und Rückerstattung und Wiedergutmachung einfordern.

Übersetzung Lucia Schnell, Helga Heiderich, SiG-Redaktion.
Quelle (Spanisch):
http://www.attac.org.es/portalattac/index.php?option=com_content&task=view&id=117

Walden Bello*

Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin

*Rede auf der Konferenz über **Globalisierung, Krieg und Intervention**, die von der deutschen Sektion der **IPPNW** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) organisiert wurde (Frankfurt/M 14. – 15. Januar 2006.)*

Da sich über **dem Iran Kriegswolken zusammenbrauen**, kommt das Thema, das an dieser Konferenz im Brennpunkt steht, gerade zur rechten Zeit: Großmacht-Militäreinmischungen in die Angelegenheiten souveräner Staaten aus «humanitären Gründen».

«Humanitäre Intervention» ist, einfach umrissen: Eine militärische Aktion, die dazu dient, Verletzungen der Menschenrechte zu verhindern oder zu beenden, die gegen eine souveräne Regierung gerichtet ist und ohne ihr Einverständnis stattfindet. Während als Hauptbegründung für den Einmarsch der Vereinigten Staaten in den **Irak** angegeben wurde, dass dieser Massenvernichtungswaffen besitze, so war eine wichtige Nebenbegründung ein Regimewechsel aus humanitären Gründen. Als klar wurde, dass es in Wirklichkeit keine MVW gab, rechtfertigte die Bush-Regierung den Eingriff nachträglich mit humanitären Gründen: es sei das Ziel gewesen, eine repressive Diktatur abzuschaffen und eine demokratische Herrschaft einzusetzen. Der Schauprozess Saddams wegen Menschenrechtsverletzungen ist ein Teil dieser nachträglichen Bemühungen, den Einmarsch zu legitimieren.

Irak: Sackgasse humanitärer Intervention

Der Irak zeigt, wie gefährlich die humanitäre Begründung ist. Sie lässt sich leicht zur Rechtfertigung jeglicher Verletzung nationaler Souveränität zu rechtfertigen, um die Interessen einer externen Macht zu fördern. Wohl war unter Saddam Hussein das irakische Volk Opfer systematischer Unterdrückung, und viele Leute wurden hingerichtet oder eingekerkert. Und doch stößt uns, jedenfalls die meisten von uns im globalen Süden, Washingtons Gebrauch der humanitären Begründungslogik für den Einmarsch im Irak ab. Die meisten von uns würden sagen, dass die systematische Verletzung der Menschenrechte, auch wenn wir die Verletzung dieser Rechte unter jedem Regime verurteilen, keinen hinreichenden Grund zur Verletzung der staatlichen Souveränität durch Einmarsch oder Destabilisierung darstellt. **Ein repressives Regime oder einen Diktator abzusetzen ist Sache der Bürger eines Landes.** Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich darauf hinweisen, dass die antifaschistische Bewegung auf den Philippinen nicht einmal während der dunkelsten Tage der Marcos-Diktatur daran dachte, die Vereinigten Staaten anzufragen, ob sie die Aufgabe für uns übernehmen würden.

Nun mag für einige Leute im Norden, die zu Staaten gehören, die den Rest der Welt beherrschen, **nationale Souveränität** ein Kuriosum sein. Für uns im Süden dagegen ist die Verteidigung dieses Prinzips **eine Angelegenheit von Leben und Tod**, eine zwingenden Bedingung für die Realisierung unserer kollektiven Bestimmung als Nationalstaat in einer Welt, in der die Mitgliedschaft in einem Nationalstaat eine grundlegende Bedingung für den ungehinderten Zugang zu den Menschenrechten, politischen Rechten und wirtschaftlichen Rechten ist. Ohne einen souveränen Staat als Rahmen sind unser Zugang und unsere Nutznießung dieser Rechte gefährdet.

Solange Nationalstaaten die entscheidenden politischen kollektiven Gebilde der Menschen sind, solange wir also in einer westfälischen Welt leben — und ich möchte betonen, dass wir nicht in einer nachwestfälischen Welt leben —, solange müssen wir unsere nationale Souveränität aggressiv verteidigen. Und zwar absolut, denn der **Imperialismus** ist nun einmal so, dass er es als **Präzedenzfall** für andere, in der Zukunft liegende Fälle benützt, wenn man ihm einmal den kleinen Finger gibt.

Übertreiben wir vielleicht ein wenig? Nein. Die Tragödie des Iraks ist ausschließlich dem Antrieb der amerikanischen Rechten anzulasten, die Macht der USA weit außerhalb der Reichweite aller möglichen Rivalen oder Rivalengruppen zu halten. Der Weg zum Irak wurden allerdings von den Handlungen liberaler Demokraten geebnet, exakt derselben Clintonianer, die jetzt die Regierung Bush anklagen, sie habe die USA in einen Krieg ohne Ende gestürzt. Mit anderen Worten: der Weg zum Irak wäre ohne die humanitäre Intervention in Jugoslawien in den Neunzigern viel schwieriger gewesen. Wie es ein konservativer Schriftsteller so schön formulierte, hat George W. Bush, als er in den Irak einmarschierte, einfach die *«Doktrin des ‹demokratischen Engagements› der ersten Bush-Regierung und die der ‹demokratischen Ausbreitung› der Regierung Clinton noch einen Schritt weiterentwickelt. Man könnte sie ‹demokratische Transformation› nennen.»* [1]

Kosovo, Realpolitik und Intervention

Die Intervention im Kosovo wurde, nebst der Landung von US-Truppen in Haiti im Jahr 1994, um Jean Bertrand Aristide an die Macht zu bringen, als klassische humanitäre Intervention bezeichnet. Aber wir können es nicht zulassen, dass der militärische Eingriff im Kosovo eine Wiederholung oder Nachahmung findet. Ich möchte hier die Gründe dafür darlegen.

Erstens half er maßgeblich mit, die Glaubwürdigkeit der **Vereinten Nationen auszuhöhlen**, dass die USA, im Wissen, dass sie den Segen des Sicherheitsrates nicht erhalten würden, die NATO als Rechtsdeckung für den Krieg missbrauchten. Die **NATO** wiederum war das **Feigenblatt** für einen Krieg, der zu 95% von US-Kräften durchgeführt wurde.

Zweitens war die humanitäre Argumentation zweifellos die Motivation einiger Befürworter, aber die Operation nützte **schließlich primär Washingtons geopolitischen Interessen**. Das bleibende Resultat des Kosovo-Luftkriegs war nicht ein stabiles und sicheres Netz von Balkanstaaten, sondern die **Ausweitung der NATO**. Das überrascht nicht, denn darum ging es in dem Luftkampf hauptsächlich. Milosevics Schachzüge sowohl in der früheren Bosnien-Krise als auch im Kosovo, zogen gemäß Andrew Bacevich *«die Relevanz der NATO und, in der Folge, den Führungsanspruch der USA in Europa in Frage.»* [2] Wenn die USA Slobodan Milosevic nicht in den Griff bekommen hätten, hätten sie die NATO-Erweiterungspläne nicht stützen können. Für die Regierung Clinton füllte eine solche Erweiterung das Sicherheitsvakuum in Osteuropa und institutionalisierte die US-Hegemonie im post-sowjetischen Europa. Aus Washingtons Perspektive würde, nach Meinung eines Analytikers: *« die NATO-Erweiterung einen institutionellen Rahmen legen, um die aktuellen lokalen Umwälzungen in Ost- und Zentraleuropa zu kontrollieren. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Allianz wäre per se ein «Ansporn» für diese Länder, interne Reformen anzustreben. Eine darauf folgende Integration in die Allianz, so sagte man voraus, würde jene institutionellen*

Reformen mit einschließen. Die Mitgliedschaft würde eine breite Palette organisatorischer Anpassungen nach sich ziehen, etwa die Standardisierung militärischer Abläufe, Schritte auf eine Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften, sowie gemeinsame Planung und Ausbildung. Durch die Durchmischung der erweiterten Allianz mit neuen Mitgliedern und die Beteiligung an ihren Operationen würde die NATO deren Fähigkeit verringern, auf alten Methoden zurückzufallen, und sie würde die Liberalisierung von Übergangsregierungen verstärken. Wie ein NATO-Vertreter bemerkte: ‹Wir bandeln sie in die NATO-Kultur ein, sowohl politisch als auch militärisch, damit sie wie wir zu denken und —mit der Zeit — wie wir zu handeln beginnen.» [3]

Ein **Hauptaspekt** der NATO-Erweiterungspolitik war es **sicherzustellen**, dass die westeuropäischen Staaten **weiterhin militärisch von den Vereinigten Staaten abhängig bleiben.** Die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, eine unabhängige europäische Initiative im Balkan durchzuziehen, wurde von Washington via NATO-Luftkrieg gegen Serbien schnell zum eigenen Vorteil umgesetzt, um die geopolitische Aussage zu bekräftigen, dass Sicherheit in Europa ohne amerikanische Garantie unmöglich sei.

Drittens löste der Luftkrieg bald darauf das aus, was er eigentlich offensichtlich beenden sollte: eine Erhöhung von Menschenrechtsverletzungen und die Verletzungen internationaler Verträge. Die Bombardierung provozierte die Serben im Kosovo, ihre Schlächterei und die Deportierung albanischer Kosovaren zu beschleunigen und fügte zugleich dem serbischen Volk maßgeblichen indirekten Schaden zu, indem Elektrizitätsnetze, Brücken und Wassereinrichtungen angegriffen wurden — was Artikel 14 des Protokolls von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 verletzt, das Angriffe auf *«Objekte, die zum Überleben der Zivilbevölkerung unabdingbar sind»*, verbietet. [4]

Und **schließlich** stellte der Kosovo, wie bereits angemerkt, einen starken **Präzedenzfall** für künftige Verletzungen des Prinzips nationaler Souveränität dar. Die arrogante Art, in der die Clinton-Regierung die Missachtung nationaler Souveränität mit Bezug auf angeblich «vorrangige» humanitäre Anliegen rechtfertigte, wurde Teil der Moral und des juristischen Waffenarsenals, das von Leuten einer anderen Partei, nämlich den Republikanern, in Afghanistan und dem Irak angewendet wurde. Wie der rechtsradikale Denker Philip Bobbitt es sah, dienten die Aktionen der Regierung Clinton im Kosovo und auf Haiti als *«Präzedenzfälle»*, die *«die zunehmend auftretende Regel bestärken, wonach Regime die populäre Grundlage ihrer der Souveränität verlieren, wenn sie demokratische Einrichtungen abschaffen, wenn sie die grundlegendsten Menschenrechte verweigern, wenn sie Massenterror gegen ihre eigenen Leute ausüben, wenn sie, ohne provoziert worden zu sein, ihre Nachbarn angreifen. Sie gefährden dadurch die Souveränitätsrechte, einschließlich das inhärente Recht, diejenigen Waffen zu wählen, die ein Regime wählen mag.»* [5]

Vom Kosovo nach Afghanistan

Als die Invasion in Afghanistan 2001 stattfand, gab es im Norden relativ wenig Opposition gegen den US-Einmarsch zur Vertreibung der Taliban-Regierung. Washington profitierte von der Sympathie zu den USA, die durch die Geschehnisse des 11. September entstanden war, und von dem Image der Taliban-Regierung, dass sie der Al Kaida Unterschlupf gewährte. So wurde die Option von Verhandlungen mit den Taliban verworfen und durch die Invasion Afghanistans das internationale Recht aus dem Fenster geworfen. Zu all dem gab es von europäischen Ländern nur wenig Protest. Aber zur Stärkung ihrer Position benutzte die Bush Administration nicht nur die Begründung, die Täter des 11. September vor Gericht zu bringen. Sie stellten ihren Einmarsch in Afghanistan als notwendigen Akt der humanitären Intervention dar, um das repressive Taliban Regime abzusetzen,– ebenso berechtigt wie die Präzedenzfälle von Haiti und dem Kosovo. Durch die Anrufung der humanitären Begründung haben schließlich auch andere NATO-Länder wie Kanada, Deutschland und die Niederlande bewaffnete Kontingente geschickt. In diesem Zusammenhang muss auch hervorgehoben werden, dass viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs)- einschließlich viele liberale Organisationen - die US-Intervention aus den gleichen Gründen unterstützt haben.

Wie bei der Luft-Kampagne im Kosovo, sind auch in **Afghanistan** schon bald die Fallstricke der humanitären Intervention offenkundig geworden.

Erstens, es setzte sich sofort eine **Logik der Macht** durch. Die Jagd auf Bin Laden führte zu dem Imperativ, die US Militärpräsenz in Südostasien zu etablieren und zu konsolidieren, was die strategische Kontrolle sowohl des erdölreichen Nahen Ostens, wie des energiereichen Zentralasiens erlauben sollte. Hinzu kommt, dass Afghanistan vom Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, nach der Beschreibung eines Analysten, als *"ein Labor zum Nachweis der Theorie über die Fähigkeit weniger Bodentruppen im Zusammenspiel mit der Luftwaffe, entscheidende Schlachten zu gewinnen"* benutzt wurde.[6] Die Hauptfunktion der Afghanistan Invasion, wie es sich herausstellte, war zu demonstrieren, dass das Diktat der Powell Doktrin über die Notwendigkeit des massiven Truppeneinsatzes für eine Intervention veraltet war – eine Ansicht, von der Skeptiker noch überzeugt werden mussten, bevor sie selber dazu bereit waren, das zu übernehmen, was als das strategische Ziel der Bush Regierung auftauchte: die Invasion des Irak.

Zweitens, die Kampagne führte sehr bald zu dem, was ihre Vorreiter angeblich eliminieren wollten: den **Terror gegenüber der Zivilbevölkerung.** Das US-Bombardement konnte in vielen Fällen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden – nichts Überraschendes, da die Taliban in vielen Landesteilen bedeutende Unterstützung von der Bevölkerung erhielten. Das Ergebnis war eine hohe Anzahl ziviler Opfer; eine Schätzung von Marc Herrold brachte die Zahl der Ziviltoten zwischen 3.125 und 3.620, vom 7. Oktober bis zum 31. Juli 2002. [7]

Drittens, die Kampagne führte zu einer politischen und humanitären Situation, die in vielfacher Hinsicht **schlimmer** war **als unter der Talibanherrschaft**.
Eine der fundamentalen Funktionen einer Regierung besteht darin, für ein Minimum an Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Die Taliban, trotz all ihrer rückständigen Praktiken auf anderen Gebieten, waren in Afghanistan in der Lage, das erste sichere politische Regime nach über 30 Jahren zu gestalten. Im Gegensatz dazu, hat das darauf folgende ausländische Besatzungsregime diesen Test auf erbärmliche Weise nicht bestanden. Einem Bericht des Zentrums für strategische und internationale Studien (Center for Strategic and International Studies) zufolge, "hat sich die Sicherheitslage seit Beginn des Wiederaufbaus im Dezember 2001 eher verschlechtert, besonders im Sommer und im Herbst 2003."[8] Derartig schlecht ist die Grundsicherheit für die Bevölkerung, dass in einem Drittel des Landes ein Zutrittsverbot für die Mitarbeiter der Vereinten Nationen ausgesprochen wurde und die meisten NGOs aus den meisten Teilen des Landes abzogen wurden. Die von Washington eingesetzte Regierung von Hamid Karzai übt keine große Autorität außerhalb Kabuls und der einen oder anderen Stadt aus, was den UN-Generalsekretär Kofi Annan dazu brachte zu sagen *"ohne funktionierende staatliche Institutionen, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung im ganzen Lande dienen, wird die Autorität und die Legitimität der neuen Regierung von kurzer Lebensdauer sein."*[9]

Noch schlimmer, Afghanistan ist ein **Drogenstaat** geworden. Die Taliban waren in der Lage den Mohnanbau erheblich zu verringern. Seit sie 2001 vertrieben wurden, ist die Mohnproduktion hochgeschossen, erbrachte 2004 eine Rekordernte und für Afghanistan die zweifelhafte Ehre, fast 80 Prozent des Weltbedarfs an Heroin zu decken. Nun sind circa 170.000 Afghanen Opium- und Heroinkonsumenten, 30.000

davon Frauen. [10]

Regierungsbeamte sind in 70 Prozent des Rauschmittelverkehrs verwickelt und ungefähr ein Viertel der kürzlich gewählten 249 Parlamentsmitglieder haben Kontakte zum Drogenhandel. Eine Schätzung aus einer Studie, die für die unabhängige Forschungs- und Auswertungsstelle Afghanistans (Afghanistan Research and Evaluation Unit) durchgeführt wurde, besagt, dass mindestens 17 neu gewählte Abgeordnete selbst Drogenschieber sind, 24 weitere in Verbindung zu kriminellen Banden stehen, 40 Befehlshaber bewaffneter Gruppen sind und sich 19 ernsten Anschuldigungen wegen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen stellen müssen.[11] Für diese Leute, die das politische Leben Afghanistans beherrschen, ist, laut Kofi Annan *"die Unsicherheit ein Geschäft"* und *"Erpressung eine Lebensweise."[*12]

Kann man wirklich ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, dass dieses Leben im Vergleich zur Talibanherrschaft eine Verbesserung ist? Viele Afghanen würden das verneinen, weil die Taliban mindestens in der Lage waren, eine Sache zu gewährleisten: grundlegende physische Sicherheit. Nun wird dieses Argument für die Ober- und Mittelschicht im Norden nicht überzeugend sein, die in sicheren Stadtteilen oder in eingezäunten Gemeinden leben. Aber sprechen Sie mit den armen Menschen überall: Sie legen großen Wert darauf, ihre Wellblechgemeinden von Verbrechern und Drogenhändlern zu befreien.

Oh ja, wie steht es um die Auswirkung der humanitären Hilfe der NGOs? Nun gut, **auf den Fersen der US-Truppen ist eine wahrhaftige Armee von NGOs** der verschiedensten Arten gefolgt, alle bemüht dem afghanischen Volke zu helfen mit Hunderten von gut begründeten Projekten. Jedoch, wie bei der südostasiatischen Tsunamikatastrophe und bei der durch den Hurrikan Katrina hervorgebrachten Katastrophe in den USA, ist das Geldsammeln für die "Afghanistan-Hilfe" schnell zu einer profitablen Operation geworden, die die humanitätsbezogenen Arbeitsplätze zu den attraktivsten der lokalen Wirtschaft hat werden lassen. Wie positiv diese Projekte gewesen sind, ist eine andere Geschichte, da, wie bei der militärischen Kampagne, es viele schlecht ausgedachte und schlecht durchgeführte Projekte gab mit dem Haupteffekt, Verstimmung in der lokalen Bevölkerung zu schüren.

Die Argumente gegen humanitäre Intervention

Die humanitäre Intervention, die in den 1990ern in Elitekreisen der USA und Europas populär war, hat sich einen schlechten Namen gemacht, besonders im Süden. Kosovo, Afghanistan und Irak unterstreichen die bitteren Erfahrungen der humanitären Intervention. Zur Wiederholung:

1. Humanitäre Intervention hält sich selten an die dominierende Begründung, die Geopolitik wird schnell zur treibenden Kraft einer militärischen Operation.

2. Humanitäre Intervention führt zu dem, wogegen ihre Vorantreiber angeblich ausgezogen sind: sie entfacht die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der menschenrechtsbezogenen internationalen Abkommen.

3. Humanitäre Intervention schafft eine sehr gefährliche Präzedenz für zukünftige Verletzungen des Prinzips der nationalen Souveränität. Kosovo ebnete den Weg nach Afghanistan und beide führten zu der Tragödie des Irak.

Das alles bedeutet nicht, dass Staaten und die internationale Zivilgesellschaft von moralischen und diplomatischen Mitteln keinen Gebrauch machen sollten, um repressive Regimes, wie die Taliban, zu isolieren. Wenn man sicher sein kann, dass ihre Schlagkraft eher von den Regimes als von der Bevölkerung gespürt wird, sind auch Wirtschaftssanktionen unter bestimmten Umständen zulässig und nützlich. **Sanktionen** spielten eine positive Rolle gegen die Apartheid in Südafrika, sie wirkten sich aber im Irak negativ auf die normale Bevölkerung aus. Dies ist allerdings ein Thema für eine andere Diskussion.

Wir müssen aber immer die Leine ziehen, wenn es zur Gewaltanwendung von einem Staat gegen einen anderen kommt. Regimewechsel durch Anwendung von Gewalt ist nicht nur falsch. Es hat weitreichende destabilisierende Konsequenzen für das gesamte internationale Staatensystem. Wenn die Hegemonialmacht es einmal geschafft hat, das grüne Licht von bedeutenden Anderen in einem Fall zu bekommen, kann man sicher sein, dass sie immer wieder darauf zurückgreifen wird, getrieben durch den Imperativ der Machterweiterung und der angehäuften Vorteile innerhalb des internationalen Systems. Man beginnt mit einem Haiti oder einem Kosovo und man gelangt in den Irak.

In den internationalen Beziehungen wird eine Unterscheidung zwischen "Status quo Mächten" und "revisionistische Mächten" gemacht." **Status quo Mächte** versuchen die Struktur und die Aufteilung der relativen Macht innerhalb des Systems zu bewahren. **Revisionistische Mächte** versuchen die Struktur und die Aufteilung der relativen Macht zu verändern. Ironischerweise ist die heutige USA eine revisionistische Macht – d.h., sie versucht, eine Machtbalance zu ihren Gunsten zu erreichen, die noch größer ist als die, die sie schon heute genießt. Weil sie die früheren "humanitären Interventionen" im Kosovo und in Afghanistan mitgetragen haben, müssen viele Staaten und auch Organisationen der Zivilgesellschaft einen Teil der Verantwortung dafür mit übernehmen, dass sie diese hemmungslose Hegemonialmacht geschaffen haben.

Wir müssen diese gefährliche Doktrin der humanitären Intervention mit aller Kraft delegitimieren, um zu **verhindern**, dass sie in Zukunft wiederum von einigen Großmächten gegen Kandidaten wie den **Iran** oder **Venezuela** angewendet wird. Wie bei seinem Gegenstück, dem Konzept des "liberalen Imperialismus", gibt es bei dem Konzept der "humanitären Intervention" nur eine Handlungsmöglichkeit: es zu verwerfen.

[1] Philip Bobbitt, "Better than Empire" <http://www.gavinsblog.com/mt/archives/00895.html>
[2] Andrew Bacevich, American Empire: the Reality and Consequences of US Diplomacy (Cambridge: Harvard University Press, 2002), S. 163.
[3] G. John Ikenberry, "Multilateralism and US Grand Strategy," in Stewart Patrick and Shepard Foreman, Hrsg, Multilateralism and US Foreign Policy (Boulder: Lynne Reiner, 2002), S. 134-135.
[4] Michael Mandelbaum, "A Perfect Failure," Foreign Affairs, Sept-Okt 1999, S. 6.
[5] Bobbitt, ibid.
[6] Richard Clarke, zitiert in Seymour Hersh, "The Other War," New Yorker, May 12, 2004 http://www.newyorker.com/fact/content/?040412fa_fact.
[7] Herrold, zitiert in Michael Mann, Incoherent Empire (London: Verso, 2003), S. 130
[8] Amy Frumin, Morgan Courtenay, and Rebecca Linder, The Road Ahead: Issues for Consideration at the Berlin Donor Conference for Afghanistan, March 31-April 1, 2004) Washington: CSIS, 2004), S. 22.
[9] Secretary General, United Nations, The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security, A58/742/S2004/230, S. 4.
Zitiert in Secretary General, United Nations, The Situation in Afghanistan…, S. 16.
[10] "Ron Moreau and Sami Yousafzai, "A Harvest of Treachery," Newsweek, S.. 30.
[11] Ibid.
[12] Quoted in Secretary General, United Nations, The Situation in Afghanistan..., S.. 16.

Übersetzung:: Dominik WEZEL, Helga HEIDRICH, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org und die Redaktion

**Walden Bello ist Exekutivdirektor des Bangkoker Forschungs- und Analyseinstituts Focus on the Global South und Professor der Universität der Philippinen in Diliman.*

Originaltext:
http://www.focusweb.org/content/view/818/26/

Stoppt den Krieg gegen den Iran, bevor er beginnt!

Online-Petition der Internationalen Kampagne http://stopwaroniran.org/petition.shtml

Mit Bischof Thomas Gumbleton, Howard Zinn, Harold Pinter, Bischof Filipe C. Teixeira, George Galloway, Ramsey Clark, Tony Benn und anderen

Mit großer Sorge beobachten wir die wachsende Bedrohung durch einen neuen Krieg der USA, diesmal gegen die Bevölkerung des Iran.

Die Medien sind voller Berichte über eine angebliche atomare Bedrohung durch den Iran und Spekulationen über die Notwendigkeit einer Militäraktion der USA. Diese Berichte erinnern an die Meldungen über „Massenvernichtungswaffen “ in den Monaten vor dem **Irak-Krieg**. Bei der Einleitung der Invasion im Irak behauptete die Bush-Regierung, dass der Irak umfangreiche Vorräte an Massenvernichtungswaffen besitze, und dass er in der Lage sei, innerhalb von 45 Minuten einen atomaren, chemischen und biologischen Angriff auf die USA zu beginnen. Präsident Bush erklärte, die USA müssten sofort angreifen und könnten „den endgültigen Beweis - den rauchenden Revolver – nicht abwarten, der als Rauchpilz kommen könnte.“ Wir alle wissen jetzt, dass diese **Propagandakampagne** eine totale Fabrikation war, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nun erleben wir Berichte, die nur allzu ähnlich sind, **um eine Militäraktion gegen die Bevölkerung des Iran zu rechtfertigen**. Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, ist Vorspiel für ein einseitiges Vorgehen.

Genau wie im Fall des Irak hält keine der Behauptung der US-Regierung einer unvoreingenommenen Prüfung stand. Iran hat sich, weit über die Anforderungen des Atomwaffensperrvertrags hinaus, den eindringlichsten und erniedrigendsten Inspektion unterworfen. Keine der Inspektionen erbrachte irgendwelche Beweise, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm entwickelt.

Es gibt nur eine einzige Regierung, welche **Atomwaffen gegen zivile Bevölkerung** eingesetzt hat, und gleichzeitig unterhält dieses Land das größte Lager an Massenvernichtungswaffen der Welt. Am gefährlichsten und unglaublich ist, dass dieses Land gerade jetzt eine neue Generation von taktischen Atomwaffen entwickelt, die es beabsichtigt, einzusetzen und nicht nur damit zu drohen. Dieses Land sind natürlich die **Vereinigten Staaten von Amerika**. Sollte nicht jede wirkliche Diskussion über die Gefahren atomarer Waffen die Waffenbestände des Pentagon und die Geschichte der Aggressionen und Interventionen der USA mit einbeziehen?

Iran hat seitens der USA schwer zu leiden gehabt. Wir erinnern an den von den USA betriebenen Sturz der demokratisch gewählten Regierung von Dr.M. Mossadegh und die **Rückkehr des Schahs** auf den Pfauenthron, „die stolzeste Leistung der **CIA**“. 25 Jahre lang regierte der Schah den Iran mit eiserner Faust und zum Nutzen der US-Ölgesellschaften, bevor das iranische Volk unter schrecklichen Verlusten an Menschenleben seine Tyrannei durch den Einsatz von Millionen stürzte. In den letzten 27 Jahren haben US-Sanktionen das Recht des Iran auf Entwicklung schwer beeinträchtigt und der Bevölkerung großes Leid gebracht.

Es ist entscheidend wichtig, dass sich jetzt alle Stimmen gegen die Verwüstungen eines neuen Krieges im Mittleren Osten erheben. Wir dringen auf ein unverzügliches Ende der von Washington betriebenen Kampagne der Sanktionen, der Feindseligkeit und der arglistigen Täuschung gegen die Bevölkerung des Iran. Wir widersetzen uns jeglicher neuen Aggression gegen den Iran. Wir brauchen Mittel für menschliche Bedürfnisse nicht endlose Kriege für imperiale Herrschaft.

Keinen Krieg gegen den Iran - für eine politische Lösung!

Eine gemeinsame Aktion des Bundesausschuss Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden

Die USA scheinen entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen.

Diesmal könnte es Washington gelingen, die EU vor ihren Kriegskarren zu spannen, wenn sich nicht die Bürgerinnen und Bürger dagegen zur Wehr setzen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit einen neuen Krieg ab. Selbst wenn Teheran Atomwaffen anstrebte, die wir ebenso ablehnen, könnte der Iran auf absehbare Zeit niemanden mit Atomwaffen bedrohen, ungeachtet aller verbaler Attacken des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die wir scharf verurteilen. Eine friedliche politische Lösung ist also durchaus möglich.Die Vereinigten Staaten nutzen jedoch die iranischen Atomanlagen nur als Anlass für viel weiter reichende Ziele:

- Der Iran soll zu einer unbedeutenden Macht zurückgebombt werden, um Amerikas Vormachtstellung im Mittleren Osten weiter auszubauen. Deshalb ist zu befürchten, dass außer Atomanlagen auch die Infrastruktur des Landes, wie 1991 im Irak, wichtige Versorgungseinrichtungen wie Ölraffinerien und militärische Ziele bombardiert werden sollen.
- Durch Chaos und Zusammenbruch der Versorgung sollen Revolten der iranischen Bevölkerung mit all ihren ethnischen Minderheiten provoziert und das Islamische Regime durch ein US-freundliches ersetzt werden. Nachdem sie in Afghanistan und Irak militärisch präsent sind, zielen die USA auf die vollständige Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten im gesamten Mittleren Osten.

Die US-Regierung scheut wegen eigener Hegemonialinteressen nicht davor zurück, den Weltfrieden zu gefährden und einen Flächenbrand in der Region zu riskieren. Ein Krieg gegen Iran hätte fatale Konsequenzen nicht nur für die Völker im Mittleren und Nahen Osten, sondern auch für Europa. Neue ethnische Konflikte, Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, Verwicklung Saudi-Arabiens und Syriens sind sehr wahrscheinlich. Es muss auch mit der Blockade der Öltransportrouten und rasant steigenden Ölpreisen gerechnet werden. Nur Arbeitslosigkeit und Attentate hätten Konjunktur.

Nach den vielen Lügen Washingtons zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen den Irak braucht die US-Regierung für einen Krieg gegen Iran die moralische Legitimation, wenn nicht gar die Unterstützung der EU-Staaten. Diese Legitimation und Unterstützung darf es nicht geben!

Wir rufen daher Alle auf, sich mit Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen den geplanten Angriffskrieg der USA zu wehren. Wir, als ein Teil des weltweiten Protestes, wenden uns auch gegen die Drohung mit Krieg als dem sogenannten "letzten Mittel". Krieg ist der große Terror. Wir wollen jedoch Deeskalation, Nichtangriffsgarantien und Gewaltverzicht.

Von der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin fordern wir mit Nachdruck:

- Unterlassen Sie jegliche Droheskalation, die unweigerlich in einen Krieg einmündet. Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Setzen Sie sich auch innerhalb der EU hierfür ein.
- Treten Sie ein für die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort - wie in der IAEO-Resolution vom 04.02.2006 hervorgehoben - eine Atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt. Unternehmen Sie dafür schon jetzt erste Schritte.
- Treten Sie dafür ein, dass Atomwaffenstaaten ihre Verpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags endlich erfüllen.

ErstunterzeichnerInnen:

Aachener Friedenspreis e.V., Franz Alt, Bundesausschuss Friedensratschlag, Andreas Buro, Angelika Claussen, Hans-Peter Dürr, Ulrich Gottstein, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW - dt. Sektion, der Vorstand), Heiko Kauffmann, Kooperation für den Frieden, Mohssen Massarrat, Oskar Negt, Netzwerk Friedenskooperative, Bernhard Nolz, Horst-Eberhard Richter, Horst Schmitthenner, Hans Christoph von Sponeck, Mani Stenner, Peter Strutynski, Frank Uhe, Reinhard Voss, Peter Wahl, Konstantin Wecker.

http://www.friedenskooperative.de/themen/iran20.htm

Ron Paul (Texas)

Das Ende der Dollar-Hegemonie

Rede vor dem US-Repräsentantenhaus am 15.2.2006

Vor hundert Jahren wurde die Angelegenheit „Dollar-Diplomatie“ genannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 entwickelte sich diese Politik weiter, hin zu einer „Dollar-Hegemonie“. Aber nach all diesen Jahren des großen Erfolgs nähert sich unsere Dollar-Herrschaft ihrem Ende.

Es wird zu Recht allgemein behauptet, dass diejenigen, welche das Gold besitzen, die Gesetze machen. In früheren Zeiten war allgemein akzeptiert, dass ein fairer und ehrlicher Handel den gegenseitigen Austausch wirklicher Werte erfordert.

Die Geschichte des Geldes

In den Anfängen war der einfache Tauschhandel von Gütern üblich. Später wurde entdeckt, dass Gold eine universelle Anziehungskraft erfährt und den geeigneten Ersatz für den umständlichen, beschwerlichen Tauschhandel darstellte. Gold erleichterte nicht nur den Austausch von Gütern und Dienstleistungen, sondern diente als Wertaufbewahrungsmittel für diejenigen, welche den Wert für schwerere Zeiten aufbewahren wollten.

Obwohl sich das Geld naturgemäß auf den Handelsmärkten entwickelte, maßten sich Regierungen, deren Macht wuchs, die monopolartige Kontrolle über das Geld an. In manchen Zeiten garantierten Regierungen die Qualität und Reinheit des Goldes, aber mit der Zeit lernten Regierungen, mehr auszugeben als sie einnahmen. Neue oder höhere Steuern zogen das Missfallen der Leute auf sich, sodass es nicht lange dauerte, bis Könige und Kaiser lernten, wie sie ihre Währungen gezielt entwerten konnten – indem sie den Goldgehalt der Münzen reduzierten und dabei glaubten, ihre Untertanen entdeckten den Betrug nicht. Doch die Leute bemerkten immer recht schnell diese Machinationen und protestierten energisch.

Dies verstärkte den Druck auf führende Gesellschaften, durch die Eroberung anderer Länder mehr Gold zu aquirieren. Die Bevölkerung wurde daran gewöhnt, über ihre Verhältnisse zu leben und erfreute sich an „Brot und Spielen“ *(circuses and bread)*. Die Finanzierung dieser extravaganten Lebensweise durch die Eroberung fremder Länder schien eine logische Alternative dazu zu sein, selbst härter zu arbeiten und mehr zu produzieren. Nebenbei bemerkt – die Eroberer-Nationen schafften nicht nur Gold nach Hause, sondern ebenso Sklaven. Die Besteuerung der eroberten Territorien bildete ebenfalls einen Anreiz, Imperien *(empires)* aufzubauen. Dieses Herrschaftssystem funktionierte eine ganze Zeit lang recht gut, aber der moralische Verfall der Bevölkerung des Imperiums führte zu einem zunehmende Unwillen selbst zu arbeiten. Da die Zahl der ausplünderbaren Völker/Länder begrenzt war, war das Ende der jeweiligen Imperien gesetzt. Konnten sie sich nicht länger das notwendige Gold beschaffen, zerfiel ihre Militärwesen, ihre militärische Kraft. Wie gesagt, in jenen Zeiten machten diejenigen, welche das Gold besaßen, die Gesetze und lebten vorzüglich.

Dieses generelle Gesetz hatte durch die Jahrhunderte Bestand. Wenn Gold als Wertmedium benutzt wurde, bei gleichzeitig geschütztem, ehrlichem Handel, gediehen die produktiven Nationen. Aber immer wenn wohlhabende Nationen – solche mit mächtigen Streitkräften und Gold – nach einem Imperium strebten und nach günstigen Gelegenheiten, die Wohlfahrt zu Hause zu unterfüttern, scheiterten sie.

Die genannten Prinzipien gelten auch heute noch – aber der Prozess ist ein deutlich anderer: Gold ist nicht länger das Geld des „Reichs“, an seine Stelle trat das Papier. Heute gilt: „Derjenige, der das Geld druckt, setzt die Regeln, herrscht“, zumindest vorläufig. Obwohl Gold nicht mehr im Gebrauch ist, sind die Ziele die gleichen geblieben: fremde Länder zur Produktion zwingen und das eigene Land mit militärischer Überlegenheit ausstatten und das Gelddrucken kontrollieren.

Seitdem Geld zu drucken der Fälscherei gleichkommt, muss der Herausgeber der internationalen Leitwährung immer das Land mit dem militärischen Apparat sein, das die Kontrolle dieses Systems ausüben kann. Dieses großartige System scheint *das* System schlechthin zu sein, um fortwährend dem Land Wohlstand zu verschaffen, das die Weltleitwährung herausgibt. Das einzige Problem ist, wie immer, dass ein so geartetes System den Charakter der Bevölkerung des Fälscherlandes korrumpiert – ebenso wie zu den Zeiten, als Gold das universelle Zahlungsmittel war und durch die Eroberung anderer Länder akquiriert wurde. Diese Verhältnisse zerstören den Anreiz zu sparen und zu produzieren, währenddessen sie die Verschuldung und den Rückgang des Wohlstandes befördern.

Der Druck, im eigenen Land die Währung gezielt abzuwerten, rührt sowohl von den korporierten Wohlfahrtsempfängern als auch von denen her, die Almosen als Entschädigung für das Notwendigste und für die ihnen von anderen zugefügten Ungerechtigkeiten verlangen. In beiden Fällen wird die persönliche Verantwortlichkeit für das eigene Handeln verweigert.

Wenn Papiergeld nicht mehr angenommen wird, oder wenn das Gold zu Ende geht, sind Wohlstand und politische Stabilität verloren. Das Land geht in einem solchen Fall vom Zustand des Über-die-Verhältnisse-Lebens in den Zustand des Unter-den-Verhältnissen-Lebens über, solange bis die ökonomischen und politischen Systeme an die neuen Regeln angepasst sind – Regeln, welche nicht diejenigen erlassen haben, die sich der nun funktionslosen Notenpresse bedienten.

Die Geschichte des Dollars

Die „Dollar-Diplomatie“, eine von William H. Taft und seinem Staatssekretär Philander C. Knox etablierte Politik, wurde entworfen, um die US-Geschäfts-Interessen in Lateinamerika und dem Fernen Osten zu befördern. McKinley brach deswegen 1898 einen Krieg mit Spanien vom Zaun, und Teddy Roosevelts logisch daraus folgende Anwendung der Monroe-Doktrin ging dem aggressiven ersten Schritt Tafts voraus, den US-Dollar und diplomatischen Einfluss einzusetzen, um ausländische US-Investitionen zu sichern. Diese Politik wurde allgemein als „Dollar-Diplomatie“ bezeichnet. Das hervorstechende Merkmal von Roosevelts Politik war, dass unsere Politik allein durch den offenen Anschein gerechtfertigt werden konnte, dass sich ein Land unseres Interesses durch europäische Kontrolle politisch oder finanziell in Gefahr befand. Wir deklamierten öffentlich nicht nur das Recht, sondern die offizielle Verpflichtung der US-Regierung, unsere Geschäftsinteressen gegen die Europäer zu verteidigen.

Diese neue Politik folgte der Kanonenboot-Politik des späten 19. Jhdts. auf dem Fuße, d.h. wir konnten nun unseren Einfluss „kaufen“, bevor wir zur Androhung offener Gewalt Zuflucht nehmen mussten.

Unterdessen war die „Dollar-Diplomatie“ von Howard William Taft klar formuliert, die Setzlinge des US-Empires gesteckt. Und sie waren dazu bestimmt, unter der fruchtbaren Sonne eines Landes zu gedeihen, das seine Liebe und seinen Respekt für das republikanische Vermächtnis der Verfassungs-Väter verloren hatte. Und sie gediehen in der Tat. Es dauerte nicht lange, bis die „Dollar-Diplomatie“ zur „Dollar-Hegemonie“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mutierte.

Dieser Übergang war nur mit Hilfe eines dramatischen Wechsels in der Währungspolitik und durch einen Funktionswechsel des Dollars möglich.

1913 schuf der Kongress das Federal Reserve System. Bis 1971 wurde das Prinzip des soliden Geldes systematisch unter-

graben. In den Jahren 1913-71 hielt die FED *(Federal Reserve Board = US-Zentralbank)* es für den einfacheren Weg, die Geldmenge ohne größeren Widerstand des Kongresses nach Belieben auszudehnen, um Kriege zu finanzieren oder die Wirtschaft zu manipulieren, wobei spezielle Geschäftsinteressen, welche die Regierung stark beeinflussten, profitierten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich die Dominanz des Dollars enorm. Wir erlitten keine Kriegszerstörungen wie andere Länder und unsere Safes waren mit dem Gold der Welt gefüllt. Aber die Welt entschied sich nicht, zur Disziplin des Goldstandards zurückzukehren; die Politiker applaudierten. Die Notenpresse laufen lassen, um Rechnungen zu bezahlen, war viel populärer als Steuern zu erheben oder unnötige Ausgaben zu vermeiden. Ungeachtet der kurzfristigen Vorteile waren Ungleichgewichte für die kommenden Jahrzehnte vorprogrammiert.

Das **Bretton Woods Abkommen von 1944** zementierte den Dollar anstelle des Britischen Pfunds als überragende Weltreserve-Währung. Aufgrund unserer politischen und militärischen Stärke und weil wir eine große Menge des Weltgoldes besaßen, akzeptierte die Welt bereitwillig unseren Dollar als Weltreservewährung; ein Dollar war definiert als 35ster Teil einer Unze Gold. Der Dollar galt quasi als reines Gold und war für alle ausländischen Zentralbanken in dem vorig genannten Verhältnis in physisches Gold umtauschbar. Den amerikanischen Staatsbürgern war nach wie vor der Besitz von Gold verboten. Der oben erwähnte Gold-Tausch-Standard musste von Anfang an scheitern.

Die USA verhielten sich im Weiteren so wie die meisten vorhergesagt hatten: Sie druckten mehr Dollarscheine als durch Gold gedeckt waren. Über 25 Jahre lang duldete die Welt diesen Zustand ohne groß zu fragen – bis Frankreich und andere Länder Ende der 1960er verlangten, dass wir unser Versprechen wahr machten und eine Unze Gold zahlten für jeweils 35 Dollar, die sie beim US-Schatzamt ablieferten. Das Ergebnis war ein ungeheurer Goldabfluss, der den schlecht konstruierten Pseudo-Gold-Standard aufhob. Das Ganze endete am 15. August 1971, als Nixon das „Goldfenster" schloss und die weitere Auszahlung auch nur einer der restlichen 280 Millionen Unzen Gold verweigerte. Bei Lichte besehen erklärten wir damit unseren Bankrott und jeder konnte erkennen, dass ein anderes Weltwährungssystem gefunden werden musste um die Märkte zu stabilisieren.

Post-Bretton-Woods

Erstaunlicherweise wurde ein neues System ersonnen, welches den USA erlaubte, die Notenpresse für die Weltreservewährung ohne jede Einschränkung laufen zu lassen – ja sogar nicht einmal mit dem Anspruch der Goldkonvertibilität oder dergleichen. Obwohl diese neue Politik noch viel fehlerhafter war, machte sie den Weg für eine sich noch weiter ausdehnende Dollar-Hegemonie frei.

Nachdem sie registriert hatten, dass die Welt etwas Neues und Revolutionierendes entwickeln wollte, vereinbarte die Elite der Geldmanager, besonders nachhaltig unterstützt von den US-Behörden, ein Abkommen mit der OPEC, den Preis für Erdöl weltweit ausschließlich in Dollar festzusetzen. Dies verhalf dem Dollar zu einem besonderen Platz unter den Weltwährungen und sicherte den Dollar im Endeffekt mit Öl ab. Im Gegenzug versprachen die USA, die diversen Öl-Scheichtümer gegen drohende Invasionen oder innere Aufstände zu schützen. Dieses Arrangement setzte den Aufstieg der radikalen islamischen Bewegung unter denen in Gang, die uns unseren Einfluss in der Region übel nahmen. Das Abkommen verlieh dem Dollar eine künstliche Stärke, verbunden mit unglaublichen finanziellen Vorteilen für die Vereinigten Staaten. In dem Maße, wie der Dollareinfluss gedieh, erlaubte uns dies, unsere Geldinflation zu exportieren, und zwar über große Preisnachlässe beim Öleinkauf und beim Import anderer Güter.

Dieses Post-Bretton-Woods-System war wesentlich fragiler als das zwischen 1945 und 1971. Obwohl das Dollar/Öl-Abkommen hilfreich war, war es nicht annähernd so stabil wie der Pseudo-Goldstandard von Bretten Woods. Zweifellos war es weniger stabil als der Goldstandard des späten 19. Jahrhunderts.

Während der 1970er kollabierte der Dollar beinahe, als der Ölpreis sprunghaft anstieg und der Goldkurs auf 800$ pro Unze hoch schoss. 1979 waren Zinssätze von 21 Prozent erforderlich, um das gesamte System zu retten. Der Druck auf den Dollar in den 1970ern reflektierte – trotz der Vorteile, die ihm zukamen – die grob fahrlässige Staatsverschuldung und die Währungsinflation während der 1960er. Die Märkte ließen sich von Lyndon B. Johnsons Gerede nicht an der Nase herumführen, wir könnten uns sowohl „Kanonen als auch Butter" (guns and butter) leisten.

Wieder einmal war der Dollar gerettet und dies führte in die Phase der tatsächlichen Dollar-Hegemonie, die von Anfang der 1980er bis in die heutige Zeit andauert. Durch ein unglaubliches Zusammenspiel der Zentralbanken und internationalen Geschäftsbanken wurde der Dollar allgemein so akzeptiert als handle es sich um Gold.

Bei verschiedenen Gelegenheiten antwortete der FED-Vorsitzende Alan Greenspan vor dem Banken-Komitee des Repräsentantenhauses auf meine Kritik an seiner zuvor vertretenen günstigen Beurteilung des Goldes, er und die anderen Zentralbanker hätten das Papiergeld – d.h. das Dollar-System – dahin entwickelt, dass es wie Gold reagiere. Jedes Mal widersprach ich heftig und wies darauf hin, wenn sie eine solche Heldentat vollbracht hätten, hätten sie sich einfach über die geschichtliche Erfahrung der Wirtschaft hinweggesetzt, die besagt, dass das Geld einen wirklichen Wert zu repräsentieren habe. Dem stimmte Greenspan dann selbstgefällig und selbstsicher zu.

In den vergangen Jahren machten Zentralbanken und verschiedene Finanzinstitutionen, alle interessiert an der Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Dollar-Standards ohne Deckung, kein Geheimnis daraus, große Mengen Gold auf dem Markt zu verkaufen bzw. zu verleihen, während die sinkenden Goldpreise eine Reihe von Fragen aufwarfen, ob solch eine Politik klug sei. Diese Kreise stimmten nie einem Fixing des Goldpreises zu, vielmehr ist ihr Glaube reichlich belegt, falls der Goldpreis falle, erzeuge das ein gewisses Vertrauen des Marktes in ihre erstaunliche Fähigkeit, Papier in Gold verwandeln zu können.

Papiergeld ohne Deckung

Geschichtlich betrachtet deutet der Anstieg des Dollars auf ein zunehmendes Misstrauen in Papierwährungen hin. Dieser Sachverhalt war vor einiger Zeit sichtbar, als das US Schatzamt in den 1960ern eine Unze Gold für 35 $ verkaufte, ein Versuch, die Welt von der Solidität des Dollar und dass er hart sei wie Gold, zu überzeugen. Ja selbst während der Großen Depression waren die ersten Amtshandlungen Roosevelts, die freie Markt-Preisbildung von Gold zu unterbinden – ein Zeichen des faul gewordenen Währungssystems – und den US-Bürgern den Besitz von Gold zu verbieten. Ökonomische Gesetzmäßigkeiten begrenzten diese Anstrengung, so in den frühen 1970ern, als US-Schatzamt und IWF versuchten, den Goldpreis dadurch zu halten, indem sie Tonnen Gold in den Markt pumpten, um den Enthusiasmus derjenigen zu dämpfen, die nach einem sicheren Hafen im Fall des Dollar-Verfalls suchten, nachdem der Goldbesitz für Privatleute wieder erlaubt worden war.

Der neuerliche Versuch, zwischen 1980 und 2000 die Märkte über den wirklichen Wert des Dollar zu täuschen, erwies sich als erfolglos. In den letzten fünf Jahren verlor der Dollar gegenüber Gold mehr als 50% an Wert. Man kann nicht alle Leute die ganze Zeit täuschen, selbst nicht mit der Macht der gewaltigen Notenpresse und des Geldschöpfungssystems der FED.

Trotz all der beschriebenen Unzulänglichkeiten des deckungslosen Papier-Geld-Systems dehnte sich der Einfluss des Dollars aus. Die Resultate schienen vorteilhaft zu sein, jedoch die großen Verzerrungen im Gesamtsystem blieben. Fast nach Vorschrift scheuen sich die Politiker in Washington die Probleme, die aus den zu Tage getretenen Verschleierungen resultieren, anzugehen, wobei sie gleichzeitig die zugrunde liegende

fehlerhafte Politik nicht verstehen und mit ihr nicht umgehen können. Protektionismus, feste Wechselkurse, Strafzölle, politisch motivierte Sanktionen, Subventionen für Konzerne, internationales Handelsregime, Preiskontrollen, Zins- und Einkommenskontrollen, hyper-nationalistische Vorurteile, die Drohung mit Gewalt und sogar Krieg – zu all dem wird Zuflucht genommen, um die Probleme zu lösen, die künstlich durch ein zutiefst mit Fehlern behaftetes Währungs- und Wirtschafts-System hervorgerufen worden sind.

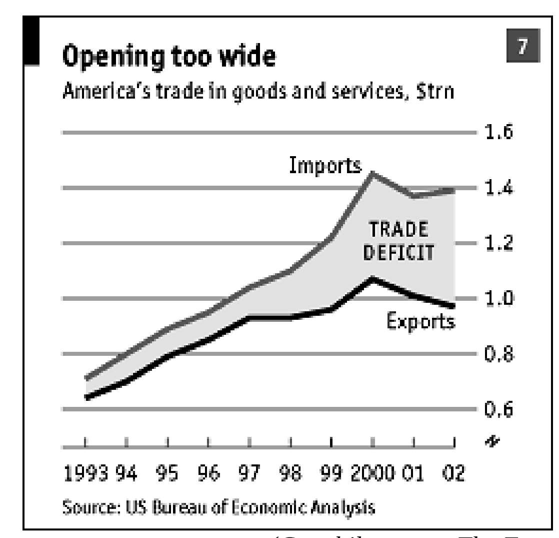
Die Welt beherrschen, ohne produktiv zu arbeiten

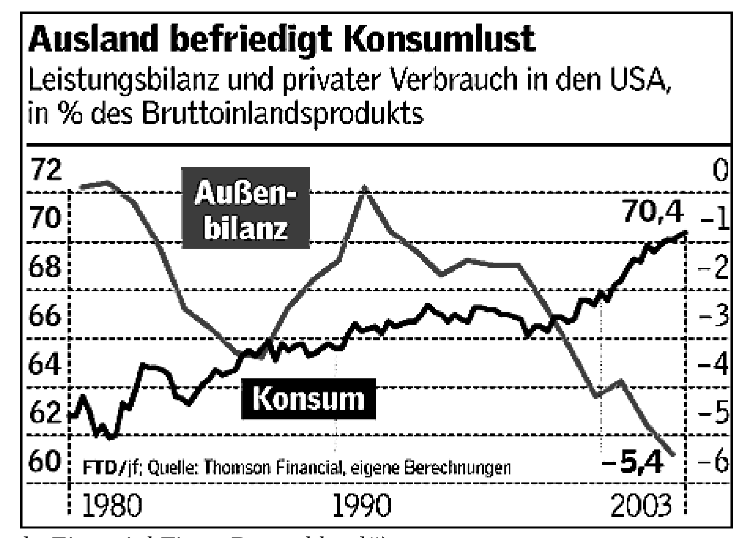
Auf kurze Sicht können die Herausgeber nicht gedeckter Papierwährungen erhebliche Profite akkumulieren. Auf längere Sicht bedroht dies das Land, welches die Weltleitwährung stellt. In diesem Fall sind das die USA. Solange andere Länder unsere Dollars in reale Wirtschaftsgüter eingetauscht haben, kamen wir gut raus. Diesen Vorteil wollen viele im Kongress nicht wahrhaben, wenn sie China wegen seines Handelsbilanzüberschusses gegenüber uns anklagen. Dies führte zur Auslagerung vieler industrieller Arbeitsplätze ins Ausland, gleichzeitig wurden wir mehr von anderen abhängig und weniger selbstversorgungsfähig. Das Ausland hortet unsere Dollars zu Gunsten seiner hohen Sparquote und verleiht uns diese netterweise zu niedrigen Zinsen, um unseren exzessiven Konsum zu finanzieren.

Das scheint vordergründig das große Geschäft für alle Beteiligten zu sein, aber die Zeit wird kommen, in der unsere Dollars – wegen ihrer Abwertung – weniger freudig entgegengenommen oder gar vom Ausland zurückgewiesen werden. So könnte eine ganz neue Situation entstehen, die uns dazu zwingt, den Preis für das Über-unsere-Verhältnisse- und Über-unsere-Produktionsfähigkeit-Leben zu bezahlen. Der Sinneswandel hat, was den Dollar betrifft, bereits begonnen, aber das Schlimmste steht noch bevor.

Das Abkommen mit der OPEC zu Beginn der 1970er verlieh dem Dollar eine künstliche Stärke als der herausragenden Welt-Reserve-Währung. Das Abkommen schuf eine weltweite Nachfrage nach Dollarnoten und saugte Unmengen jährlich neu gedruckter Scheine an. Allein im letzten Jahr wuchs die Geldmenge M3 um über 700 Milliarden Dollar. (3)
Die künstliche Nachfrage nach unserem Dollar, verknüpft mit unserer militärischen Macht, hat uns in die einzigartige Position versetzt, die Welt beherrschen zu können, ohne selbst produktiv zu arbeiten, zu sparen und unseren Konsum oder unsere Verschuldung zu begrenzen. Das Problem ist, so kann das nicht weitergehen.
Die Preisinflation erhebt ihr hässliches Haupt und die Blase an der NASDAQ-Börse, welche von schnellem Geld provoziert wurde, ist geplatzt. Genauso geht der Immobilienblase die Luft aus. Die Goldpreise haben sich verdoppelt und ein Ende der Bundesausgaben ist nicht in Sicht, bei Null politischem Willen, sie zu zügeln. Das letztjährige Handelsdefizit lag bei über 728 Mrd. Dollar. Ein Zwei-Billionen-Dollar-Krieg tobt, und es werden Pläne lanciert, den Krieg auf den Iran und möglicherweise Syrien auszudehnen. **Die einzige Kraft, die dies verhindern kann, ist die weltweite Abkehr vom Dollar.** *(Hervorhebung d. Übers.)* Diese wird kommen und schlimmere Bedingungen als 1979/80 hervorrufen, die 21%ige Zinsraten erforderten, um korrigierend einzugreifen. Aber in der Zwischenzeit wird alles nur Erdenkliche getan, um den Dollar zu schützen. Wir teilen dieses Interesse mit denjenigen, welche unsere Dollars horten, um die Farce fortzusetzen.

Greenspan meinte in seiner ersten Rede nach dem Ausscheiden aus der FED, die Goldpreise seien so hoch wegen der Terror-Angst, nicht jedoch wegen der Besorgnis bezüglich der Währung oder weil er während seiner Amtszeit eine ausufernde Geldschöpfung betrieben habe. Gold müsse in Verruf gebracht werden und der Dollar gestützt, so Greenspan. Sollte der Dollar von den internationalen Märkten ernsthaft angegriffen werden, unternähmen die Zentralbanken und der IWF sicher alles in ihrer Macht Stehende, um die Dollarmengen vom Markt abzusaugen in der Hoffnung, dessen Stabilität wieder herzustellen. Letztendlich werden sie dabei scheitern.





(Graphiken aus „The Economist“ und „Finanzial Times Deutschland“)

Der Irak-Krieg und der Dollar

Am wichtigsten ist, dass die Dollar-Öl-Beziehung aufrechterhalten wird, um ihn als überragende Währung zu sichern. Jeder Angriff auf diese Beziehung wird machtvoll beantwortet werden – so wie es immer schon geschehen ist.
Im November 2000 verlangte **Saddam Hussein** für das irakische Öl Euros. Seine Arroganz bedrohte den Dollar; seine nicht vorhandene militärische Macht stellte hingegen nie eine Bedrohung dar. Auf der ersten Kabinetts-Sitzung der neuen Administration 2001 – so wird von Finanzstaatssekretär Paul O'Neill berichtet – war der wichtigste Tagesordnungspunkt, wie wir Saddam Hussein aus dem Amt jagen könnten – obwohl es keinerlei Anzeichen gab, in welcher Weise er uns bedrohte. Diese hohe Besorgnis bezüglich Saddam Hussein überraschte und schockierte O'Neill.
Inzwischen ist allgemein bekannt, dass sich die unmittelbaren, ersten Reaktionen der Bush-Administration nach 9-11 darum drehten, wie man Saddam Hussein mit den Anschlägen in Verbindung bringen könne, um eine Invasion in den Irak und den Sturz seiner Regierung zu rechtfertigen. Obwohl keinerlei Anzeichen irgendeiner Verbindung Husseins mit 9-11, keinerlei Anzeichen für den Besitz von Massenvernichtungswaffen vorlagen, wurde durch Verdrehung der Tatsachen, durch eine Flut von Fehlinterpretationen die Unterstützung der Öffentlichkeit

und des Kongresses erzeugt, der Sturz Saddam Husseins sei gerechtfertigt.
Es fand keine öffentliche Diskussion darüber statt, dass wir Saddam Hussein beseitigen wollten, weil er mit der Auspreisung des Öls in Euro die Integrität des Dollars als Weltreservewährung angriff. Viele glauben heute, das sei der eigentliche Grund für unsere Besessenheit gegenüber dem Irak. Ich zweifle daran, dass dies der einzige Grund war, aber er hat wohl eine bedeutende Rolle in unserem Kalkül, Krieg zu führen, gespielt. Innerhalb kürzester Zeit nach dem Sieg wurde sämtliches irakisches Öl wieder in Dollar gehandelt, der Euro war verbannt.

Im Jahre 2001 verkündete der Botschafter **Venezuelas** in Russland, sein Land steige bei der Auspreisung aller Ölverkäufe auf Euro um. Innerhalb eines Jahres gab es einen Staatsstreich gegen Chavez, den, so wird berichtet, unsere CIA unterstützte.
Nachdem diese Versuche, den Euro zu pushen und den Dollar als Weltreserve-Währung zu verdrängen auf heftigen Widerstand gestoßen waren, kehrte sich der starke Wertverlust des Dollar gegenüber dem Euro um. Diese Ereignisse mögen eine wichtige Rolle dabei gespielt haben, die Dollar-Herrschaft aufrechtzuerhalten.
Es ist sehr deutlich geworden, dass die US-Administration mit denen sympathisiert hatte, die sich zum Sturz von Chavez verschworen hatten, und sie war über das Scheitern der Sache ziemlich in Verlegenheit gebracht worden. Die Tatsache, dass Chavez demokratisch gewählt worden war, hatte keinen Einfluss darauf, welche Seite wir hier unterstützten.

Der Iran und der Dollar

Nun startet ein neuer Angriff auf das Petrodollar-System. **Iran,** ein anderes Mitglied der „Achse des Bösen“, hat bekannt gegeben, dass es im März dieses Jahres eine Ölbörse eröffnen wird. Wer hätte erraten, dass das Öl in Euro und nicht in Dollar ausgepreist werden soll.
Die meisten US-Amerikaner haben vergessen, wie im Laufe der Zeit unsere Politik gegenüber dem Iran systematisch und ohne Not einen unüberbrückbaren Graben zwischen unseren Ländern aufgerissen hat. 1953 half die CIA, den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mossadeqh zu stürzen und installierte die Schah-Diktatur, die mit den USA befreundet war. Die Iraner schäumten darob immer noch vor Wut, als die US-Geiseln 1979 gefangen genommen wurden. Unsere Unterstützung von Saddam Hussein bei der Invasion des Irans in den frühen 1980ern war kontraproduktiv und trug augenscheinlich auch nicht viel zugunsten unserer Beziehungen zu Saddam Hussein bei. Dass die US-Regierung 2001 verkündete, der Iran sei Teil der „Achse des Bösen“, verbesserte ebenfalls nicht gerade unsere Beziehungen. Dass bei den jüngsten Bedrohungsszenarien wegen einer aufkommenden iranischen Nuklearmacht ignoriert wird, dass der Iran von Atommächten umgeben ist, kommt anscheinend nicht bei denen an, welche den Iran fortgesetzt provozieren. Wenn man sich vor Augen hält, was die meisten Muslime als unseren Krieg gegen den Islam wahrnehmen und zusätzlich diese neueste Geschichte, dann verwundert es nicht, dass der Iran es bevorzugt, den USA zu schaden, indem er die Stellung des Dollar unterminieren will. Der Iran hat - wie der Irak – Null Fähigkeit uns anzugreifen. Aber dies hielt uns nicht davon ab, Saddam Hussein als einen modernen Hitler zu modellieren, der sich anschickt die Welt zu erobern. Nun scheint der Iran – besonders nach dem er seine Pläne, Öl in Euro auszupreisen, wahr gemacht hat – Ziel eines Propagandakriegs zu sein, ähnlich demjenigen, den wir gegen den Irak vor unserem Einmarsch geführt haben.

Die Rechnung für unsere aggressiven Interventionen

Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Verteidigung der Vorherrschaft des Dollars der einzige Beweggrund für den Krieg gegen den Irak war bzw. für die Agitation gegen den Iran ist. Obwohl die wirklichen Gründe für den Kriegseintritt komplex sind, wissen wir aber, dass die offiziell verkündeten gelogen waren, wie z.B. die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Irak, Saddam Husseins Verbindung mit den Anschlägen des 11. September. Die Bedeutung des Dollars ist offensichtlich, aber das verringert nicht den Einfluss der Pläne zur Restrukturierung des Mittleren Ostens, die vor Jahren von den Neokonservativen gemacht wurden. Um diesen Krieg voranzutreiben, spielten der Einfluss Israels wie auch der der Christlichen Zionisten eine Rolle. Der Schutz „unserer“ Ölvorräte hat unsere Politik im Mittleren Osten seit Jahrzehnten beeinflusst.

Wahr ist aber auch, dass es unmöglich ist, in altem Stil, d.h. mit höheren Steuern, Sparen, größerer Wertschöpfung durch die US-Amerikaner, die Rechnungen für unsere aggressiven Interventionen zu bezahlen. Ein großer Teil der Kriegskosten des Golfkriegs 1991 wurde von vielen unserer willigen Alliierten bezahlt. Heute ist das nicht mehr der Fall. Heute ist – mehr denn je – die Dollar-Hegemonie, d.h. die Funktion des Dollars als Weltreserve-Währung, notwendig, um unsere aufwendigen Kriegsexpeditionen zu finanzieren. Dieser nicht enden wollende 2-Billionen-$-Krieg muss auf die eine oder andere Weise bezahlt werden. Die Dollar-Hegemonie stellt uns dafür die Werkzeuge zur Verfügung.
Größenteils sind sich die wirklichen Opfer dessen nicht bewusst, wie *sie* diese Rechnungen bezahlen. Die Lizenz, Geld quasi aus dünner Luft zu drucken, ermöglicht es uns, die Rechnungen durch Preisinflation zu begleichen. Unter dieser Inflation leiden die US-Bürger ebenso wie der Durchschnittsbürger in Japan, China oder in anderen Ländern. Diese Inflation ist die „Steuer“, mit der die Rechnungen für unsere militärischen Abenteuer bezahlt werden. Das geht so lange, bis dieser Betrug aufgedeckt wird und ausländische Produzenten entscheiden, sich nicht in Dollars auszahlen zu lassen bzw. diese nicht länger für die Bezahlung der von ihnen erworbenen Güter vorrätig zu halten. Es wird alles Mögliche unternommen, um zu verhindern, dass den breiten Massen dieser Betrug des Währungssystems, unter dem sie zu leiden haben, enthüllt wird. Falls die Ölmärkte den Dollar durch den Euro ersetzen, würde das unmittelbar unsere Möglichkeiten einengen, ohne weitere Einschränkungen die Weltreserve-Währung zu drucken.
Es ist ein unbestreitbarer Vorteil für uns, wertvolle Güter einzuführen und dafür im Wert verfallende Dollars zu exportieren. Die Exportnationen sind in ihrem Wachstum von unseren Käufen abhängig geworden. Diese Abhängigkeit macht sie zu unseren Verbündeten im fortgesetzten Betrug, und ihre Teilhabe an diesem hält den Wert des Dollar künstlich hoch. Sollte dieses System noch über lange Zeit funktionierten, müssten die US-Bürger nie mehr arbeiten. Genau wie die Römer könnten auch wir „Brot und Spiele“ genießen. Aber denen ging schlussendlich das Gold aus und Roms Unvermögen, die eroberten Länder weiter auszuplündern, führte zum Zusammenbruch seines Imperiums.

Das wird auch uns geschehen, wenn wir diese nicht Pfade verlassen. Obwohl wir fremde Länder nicht besetzen, um sie direkt auszuplündern, haben wir trotzdem unsere Truppen in 130 Ländern stationiert. Der Zwang, unsere Militär-Macht im ölreichen Mittleren Osten räumlich zu verteilen, ist kein Zufall. Aber im Gegensatz zu früheren Zeiten erklären wir uns nicht zum unmittelbaren Eigentümer der Naturschätze anderer Länder, bestehen jedoch darauf, dass wir kaufen können, was wir wollen, und dass wir mit unserem Papiergeld dafür bezahlen können. Jedes Land, das unsere Herrschaft herausfordert, geht ein großes Risiko ein.
Unser gesamtes wirtschaftliches System hängt davon ab, dass das gegenwärtige Dollar-Recycling-System Bestand hat. Wir leihen uns jährlich 700 Mrd. Dollar von unseren „großzügigen Wohltätern“, welche dafür hart arbeiten und unsere Dollarnoten für ihre Produkte annehmen. Weiters borgen wir uns all die Gelder aus, die wir für die Sicherung des Empires brauchen (Verteidigungsbudget: 450 Mrd. Dollar) und noch mehr. Die Militärmacht, welcher wir uns „erfreuen“, wird zu *der* „Deckung“ unserer Währung. Es gibt keine anderen Länder, die uns auf militärischem Gebiet Paroli bieten, weshalb die Welt keine andere Wahl hat, als die Dollars, welche wir zum „Gold von

Heute“ deklarieren, zu akzeptieren. Das ist auch der Grund, weshalb Länder, die dieses System herausfordern – wie der Irak, Iran oder Venezuela, zum Ziel unserer Umsturzpläne werden.

Törichter Militarismus

Komischerweise hängt die Dollar-Vorherrschaft von unserer militärischen Stärke ab und umgekehrt. Solange das Ausland unsere Dollars im Tausch für reale Güter akzeptiert und unseren extravaganten Lebensstil und Militarismus finanziert, kann der Status Quo weiter bestehen, unbeschadet der wachsenden Auslandsschulden und des Zahlungsbilanzdefizits.

Die wirkliche Bedrohung kommt von unseren politischen Gegnern, die uns militärisch zwar nicht die Stirn bieten, aber auf wirtschaftlichem Gebiet herausfordern können. Deswegen wird die neue Herausforderung seitens des Iran für so ernst gehalten. Die eindringlichen Argumente, Iran bedrohe die Sicherheit der USA, sind ebenso plausibel wie die erfundenen Vorwürfe gegen den Irak. Noch leisten diejenigen, welche sich gegen die Irakkrieg engagiert hatten, diesem Marsch in die Konfrontation keinen Widerstand.

Augenscheinlich hat der Hurrapatriotismus der Promotoren des Präventivkriegs die Öffentlichkeit und den Kongress überzeugt. Erst nach Verlusten an Menschenleben und zu hoch gestiegenen Unkosten protestieren die Leute gegen diesen törichten Militarismus.

Befremdlich ist, dass der Kongress und die Leute dem Ruf nach einer völlig unnötigen und gefährlichen Konfrontation mit dem Iran folgen, obwohl der großen Mehrheit das Irak-Desaster wohlbekannt ist.
Aber andererseits: Unser Versagen, Osama bin Laden zu finden und sein Netzwerk zu zerstören, hielt uns auch nicht davon ab, den Irak mit Krieg zu überziehen – ohne jede Verbindung mit 9-11.
Unser Interesse an der Öl-Dollar-Preisbindung hilft bei der Erklärung unserer Bereitschaft, all das zu vergessen und Saddam Hussein wegen seiner Frechheit eine Lektion zu erteilen.
Und wieder einmal ertönt der dringende Ruf nach Sanktionen und Gewaltmaßnahmen gegen den Iran genau zu dem Zeitpunkt, in dem dieses Land eine neue Ölbörse errichten will, auf der Öl in Euro gehandelt werden soll.

Leute zu zwingen, Papiergeld ohne realen Wert zu akzeptieren, klappt nur kurze Zeit.
Auf lange Sicht führt das zu ökonomischen Erschütterungen im Inland und weltweit und muss letztlich mit einem Preis bezahlt werden.
Das wirtschaftliche Gesetz, dass ehrlicher Handel eine solide Währung von wirklichem Wert erfordert, kann nicht außer Kraft gesetzt werden. Das Chaos, welches unser 35jähriges, weltweites Experiment mit einer deckungslosen Papierwährung nach sich zieht, wird eine Rückkehr zu einem Geld mit realem Wert erzwingen. Dieser Tag rückt näher, wenn die Erdöl produzierenden Staaten für ihr Öl Gold oder einen vergleichbaren Wertträger anstatt Dollars und Euros verlangen.

Je früher, desto besser.

Übersetzung: Martin Zeis, Ulrich Morgenthaler,

<u>Anmerkungen (M.Z.):</u>
(1) Originaltext der Rede (auch zum Anhören) unter URL:http://www.house.gov/paul/congrec/congrec2006/cr021506.htm
(2) Ron Paul ist Mitglied des US-amerikanischen Kongresses und arbeitet in verschiedenen Finanzausschüssen mit. Nähere Infos zu seiner Person vgl. Kongress-Website: <http://www.house.gov/paul/bio.shtml>
(3) Zur Geldmenge M 3: Mit der Geldmenge M 3 sind hier gemeint: alle US-Dollar-Bar-Bestände in Banknoten und Münzen, plus die laufenden $-Girokontenbestände plus alle $-Einlagenzertifikate (z.B. $-Staatsanleihen) und alle $-Geldmarkt-kontenbestände <u>unter</u> $100.000, plus alle größeren Guthaben <u>über</u> $100.000 (u.a. die Eurodollar-Reserven, größere übertragbare $-Wertpapierbestände, und die Dollar-Devisenbestände der meisten nicht-europäischen Länder.)
Die US-Zentralbank (FED) hat beschlossen, vom 23. März 2006 an diese Geldmenge M 3 nicht mehr zu veröffentlichen, d.h. den wichtigsten, zuverlässigen Indikator für die weltweit umlaufende Menge an Dollars unter Verschluss zu halten (vgl.: http://www.federalreserve.gov/releases/h6/discm3.htm). Diese von der internationalen Finanzwelt scharf kritisierte Entscheidung hat zur Folge, dass die Transparenz über die Entwicklung der international umlaufenden Dollarmenge verloren geht, im Klartext: dass das uferlose Drucken und in den Weltfinanzmarkt-Pumpen von Dollarnoten/-zertifikaten durch die FED zumindest einige Zeit verborgen werden kann.

Krassimir Pedrov

Die iranische Ölbörse: Todesstoß für den US-Dollar?

Für Krassimir Petrov haben die aktuellen außenpolitischen Spannungen mit dem Iran einen handfesten ökonomischen Hintergrund. Die geplante iranischen Ölbörse könnte den unausweichlichen Kollaps des Dollars auslösen und hat damit das Potential, der Sargnagel für das amerikanische Imperium zu werden. Der Autor erwartet weiter, dass die US-Zentralbank unter ihrem neuen Vorsitzenden Ben Bernanke die drohende Finanzkrise mit der Notenpresse bekämpfen wird. Nach einer hyperinflationären Phase sieht er Gold als neue, alte Weltwährungsreserve.

Die iranische Ölbörse

…Die iranische Regierung hat schlußendlich die ultimative “nukleare” Waffe entwickelt, die über Nacht das Finanzsystem zerstören kann, auf dem das amerikanische Imperium aufgebaut ist. Diese Waffe ist die iranische Ölbörse, die laut Plan im März 2006 starten soll. Die Börse wird auf einem Euro-Öl-Handelssystem basieren, was natürlich die Bezahlung in Euro impliziert. Dies stellt eine viel größere Bedrohung für die Hegemonie des Dollars dar als seinerzeit Saddam, weil es jedermann ermöglicht, Öl für Euro zu kaufen und zu verkaufen und damit den US-Dollar völlig zu umgehen. Es ist wahrscheinlich, daß fast jeder das Euro-Öl-System übernehmen wird:
- Die **Europäer** bräuchten keine Dollar mehr zu kaufen und zu halten, um Öl zu kaufen, sondern würden stattdessen mit ihrer eigenen Währung bezahlen. Die Einführung des Euro für Öltransaktionen ließe die europäische Währung den Status einer Reservewährung einnehmen, was den Europäern auf Kosten der US-Amerikaner zum Vorteil gereichen wird.
- Die **Chinesen** und **Japaner** werden mit besonderem Eifer die neue Börse annehmen, weil es ihnen erlaubt, ihre enormen Dollarreserven drastisch zu reduzieren und mit Euro zu diversifizieren, womit sie sich gegen die Abwertung des Dollars schützen können. Einen Teil ihrer Dollar werden sie auch in Zukunft halten wollen; einen zweiten Teil ihrer Dollarreserven werden sie vielleicht sofort auf den Markt werfen; einen dritten Teil werden sie für spätere Zahlungen verwenden, ohne diese Dollarbestände je wieder aufzufüllen, denn sie werden dafür ihre Eurobestände erhöhen.

- Die **Russen** haben ein inhärentes ökonomisches Interesse an der Einführung des Euro – der Großteil ihres Handels ist mit europäischen Ländern, mit ölexportierenden Ländern, mit China und mit Japan. Die Einführung des Euro würde mit sofortiger Wirkung den Handel mit den ersten beiden Blöcken abdecken, und im Laufe der Zeit den Handel

mit China und Japan erleichtern. Darüber hinaus verabscheuen die Russen offensichtlich das weitere Halten von an Wert verlierenden Dollar, weil sie seit kurzem wieder auf Gold setzen. Die Russen haben außerdem wieder ihren Nationalismus belebt, und falls die Übernahme des Euros die US-Amerikaner umbringen kann, werden sie ihn mit Freude übernehmen und selbstgefällig den Amerikanern beim Sterben zu schauen.

- Die **arabischen** erdölexportierenden Länder werden den Euro begierig übernehmen, um auf diese Weise den Anteil ihrer steigenden Mengen an den an Wert verlierenden Dollars zu senken. Wie die Russen handeln sie vornehmlich mit europäischen Ländern, weswegen sie die europäische Währung sowohl wegen ihrer Stabilität als auch als Schutz gegen Währungsrisiken präferieren, ganz zu schweigen von ihrem Jihad gegen den ungläubigen Feind.

Nur die **Briten** befinden sich in der Zwickmühle. Sie haben bereits seit Ewigkeiten eine strategische Partnerschaft mit den USA, aber sie verspüren auch eine natürlich Anziehungskraft zu Europa. Bislang hatten sie viele Gründe, sich an die Seite des Siegers zu stellen. Wenn sie allerdings ihren alten Verbündeten fallen sehen, werden sie dann standhaft hinter ihm stehen oder ihm den Gnadenstoß versetzen? Wir sollten nicht vergessen, daß im Augenblick die beiden führenden Ölbörsen die New Yorker NYMEX und die in London ansässige „International Petroleum Exchange“ (IPE) sind, auch wenn beide de facto im Besitz der US-Amerikaner sind. Es ist wahrscheinlicher, daß die Briten mit dem sinkenden Schiff untergehen werden, denn andernfalls würden sie ihrem nationalen Interesse an der Londoner IPE zuwiderhandeln und sich ins eigene Knie schießen. Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß das gesamte Gerede über die Gründe für die Beibehaltung des Britischen Pfund die wahre Ursache verkennt; es ist sehr wahrscheinlich, daß die Briten dem Euro nicht beitraten, weil die Amerikaner sie zu diesem Verzicht drängten: ansonsten hätte die IPE den Euro übernehmen müssen, was den Dollar und Englands strategischen Partner tödlich verwundet hätte.

Unabhängig davon wie die Briten entscheiden, sollte die iranische Ölbörse erfolgreich starten, sind in jedem Fall die Eigeninteressen der bedeutenden Mächte – die der Europäer, Chinesen, Japaner, Russen und Araber – so gelagert, daß diese Länder den Euro auf schnellstem Wege übernehmen werden und damit das Schicksal des Dollars besiegeln. Die USA können es niemals erlauben, daß das passiert und, falls notwendig, werden sie auf eine Vielzahl an Strategien zurückgreifen, um die Inbetriebnahme der Börse zu stoppen oder zu behindern:

- **Sabotageakte** gegen die Börse – das könnte ein Computervirus sein, eine Attacke gegen ein Netzwerk, gegen die Kommunikationseinrichtungen oder gegen den Server, verschiedenartige Angriffe auf die Serversicherheit oder eine Attacke nach dem Muster von 9/11 gegen das Haupt- oder ein Nebengebäude.
- ein **Staatsstreich** – die mit Abstand beste langfristige Strategie, die den US-Amerikanern zur Verfügung steht.
- **Verhandlung** von akzeptablen Konditionen – eine andere exzellente Lösung für die US-Amerikaner. Gewiß ist ein Staatsstreich die bevorzugte Strategie, weil dieser die Nichtinbetriebnahme der Börse garantiert und daher die amerikanischen Interessen nicht mehr gefährdet wären. Falls jedoch ein Sabotageversuch oder ein Staatsstreich scheitern sollte, dann sind Verhandlungen eindeutig die zweitbeste verfügbare Option.
eine gemeinsame **UN Kriegsresolution** – das wird ohne Zweifel schwierig zu erreichen sein, angesichts der nationalen Interessen der anderen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates. Die hitzige Rhetorik über das iranische Atomwaffenprogramm dient zweifelsohne der Vorbereitung dieser Vorgehensweise.
- **Unilater Angriff mit Atomwaffen** – das ist aus denselben Gründen, die mit der nächsten Strategie, dem unilateralen totalen Krieg verbunden sind, eine fürchterliche strategische Wahl. Die US-Amerikaner werden wahrscheinlich für ihren schmutzigen nuklearen Job auf Israel zurückgreifen.
- **Unilateraler totaler Krieg** – das ist offensichtlich die schlechteste strategische Wahl. Erstens, weil die US-amerikanischen Streitkräfte von zwei Kriegen bereits erschöpft sind. Zweitens, weil sich die Amerikaner damit weiter von den anderen mächtigen Nationen entfremden. Drittens, weil Länder mit bedeutenden Dollarreserven entscheiden könnten, still und leise Vergeltung zu üben, indem sie ihre eigenen Berge an Dollars auf den Markt werfen, um auf diese Weise die USA von der weiteren Finanzierung ihrer militärischen Ambitionen abzuhalten. Und schließlich hat der Iran strategische Allianzen mit anderen mächtigen Staaten, die bei einem Angriff auf Seiten des Irans in den Krieg eintreten könnten; angeblich hat der Iran solche Allianzen mit China, Indien und Rußland, besser bekannt als die „Shanghai Cooperative Group“, auch bekannt als „Shanghai Coop“ und einen separaten Pakt mit Syrien.

Welche strategische Option auch immer gewählt wird, von einem rein ökonomischen Standpunkt aus gesehen, wird die iranische Ölbörse, sollte sie jemals den Betrieb aufnehmen, von den bedeutenden Wirtschaftsmächten rasch angenommen werden und so den **Untergang des Dollars einläuten**. Der kollabierende Dollar wird die US-amerikanische **Inflation** dramatisch anheizen und einen starken Druck auf die **Erhöhung der Zinsen** am langen Ende auslösen. An diesem Punkt wird sich die FED zwischen Scylla und Charybdis wiederfinden – zwischen **Deflation** und **Hyperinflation** – sie wird entweder dazu gezwungen sein, die „klassische Medizin“ – Deflation – einzunehmen, indem sie die **Zinssätze erhöht** und die FED wird so eine größere Wirtschaftskrise, den Kollaps des Immobilienmarktes und eine Implosion des Anleihen- und Aktienmärkte, sowie des Marktes für Derivate, kurz den totalen Zusammenbruch des Finanzsystems, auslösen. Alternativ kann sie den Weg der Weimarer Regierung wählen und gezielt entwerten, indem sie die langfristigen Zinsen festschraubt, die Helikopter aufsteigen läßt und das Finanzsystem in Liquidität ertränkt, inklusive dem bailing out von zahlreichen LTCMs und der damit einhergehenden **Hyperabwertung** der Wirtschaft.
Die österreichische Theorie des Geldes, des Kredits und des Konjunkturzyklus lehrt uns, daß es keine Alternative zu Scylla und Charybdis gibt. Früher oder später muß sich das Geldsystem in die eine oder andere Richtung bewegen und die FED damit zu einer Entscheidung zwingen. Ohne Zweifel wird der Oberbefehlshaber Ben Bernanke, ein renommierter Kenner der „Great Depression“ und ein versierter Black Hawk-Pilot, die Inflation wählen. „Helicopter Ben“, der Rothbards „America’s Great Depression“ nicht kennt, hat trotzdem die Lehren aus der „Great Depression“ und der vernichtenden Kraft der Deflation gezogen. Der Maestro [Alan Greenspan, Anm. d. Ü.] klärte ihn über das Allheilmittel für jedes einzelne Problem des Finanzsystems auf – die gezielte Entwertung, egal was auch passieren mag. Er hat sogar die Japaner seine geniale und unkonventionelle Methode gelehrt, wie sie die deflationäre Liquiditätsfalle bekämpfen sollen. Wie sein Mentor träumte er vom Kampf gegen einen **Kondratieff-Winter**. Um eine Deflation zu vermeiden, wird er auf die Notenpresse zurückgreifen; er wird alle Hubschrauber von den 800 amerikanischen Militärbasen im Ausland zurück beordern; und falls notwendig wird er alles, was ihm über den Weg läuft, monetarisieren. Seine endgültige Leistung wird die Zerstörung der amerikanischen Währung durch eine Hyperinflation sein und aus ihrer Asche wird die nächste Reservewährung der Welt emporsteigen – das barbarische Relikt Gold.

Krassimir Petrov *erhielt seinen Ph. D. in Volkswirtschaftslehre von der Ohio State University und unterrichtet im Augenblick Makroökonomie, International Finance und Ökonometire an der “American University” in Bulgarien.*

Dieser Beitrag erschien ursprünglich unter dem Originaltitel "The Proposed Iranian Oil Bourse" am 18. Jänner 2006 unter http://www.energybulletin.net/print.php?id=12125

Alexis Passadakis

Weichenstellung für Verarmung

Bei der WTO-Konferenz in Hongkong stritten Nord und Süd um mehr Liberalisierung

Nimmt man das Verhandlungsergebnis der 6. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO genauer unter die Lupe und verzichtet auf die Schablone, ob nun die Industrie- oder die Entwicklungsländer in Hongkong "gewonnen" haben, dann markiert die Ministererklärung eine weitere Weichenstellung in Richtung massiver Liberalisierung zu Gunsten transnationaler Konzerne.

Vor allem für die des Nordens, aber auch für weltmarktorientierten Industrien im Süden: Mit der **Einbindung Brasiliens und Indiens in die Kerngruppe der WTO**-Verhandlungsmaschinerie erlangen nämlich Exportinteressen des Südens einen stärkeren Stellenwert in der WTO. Diese Einbindung läuft folglich nicht darauf hinaus, dass auf der Folie des Nord-Süd-Antagonismus Elemente eines alternativen Weltwirtschaftssystems einen Platz auf der Agenda erhalten. Auch wenn die Proteste als lokaler bzw. regionaler Mobilisierungserfolg zu werten sind, waren sie zu schwach, um ein markantes Signal zu setzen.

Die Welthandelsorganisation konnte es dieses Mal fast niemandem Recht machen. Als die Abschlusszeremonie am 18.12.05 beendet, die Ministererklärung durchgewinkt worden war und der WTO-Generaldirektor verkündet hatte, dass die Organisation nach langem Stocken wieder "back on track" sei, herrschte Wut und Trauer bei den Protestierenden, die Regierungsdelegationen blickten aus unterschiedlichen Gründen frustriert auf nicht Erreichtes und die Konzernvertreter machten sich ihrer schrillen Empörung Luft, dass es bzgl. Marktzugang noch nicht zu "substantiellen Ergebnissen" gekommen sei. Angst vor weiteren Verarmungsspiralen auf der einen Seite, auf der anderen Tristesse royale.

Letztlich haben die dominierenden AkteurInnen in der Welthandelsorganisation jedoch ihr selbst gestecktes Ziel in Hongkong erreicht. Nachdem mit dem Abbruch der Verhandlungen in Cancùn im September 2003 viele die WTO als multilaterales Verhandlungsforum kurz vor dem Scheitern stehen sahen, konnte mit der Ministerkonferenz von Hongkong in allen Verhandlungsbereichen **Pflöcke für eine weitere Liberalisierungsagenda** eingeschlagen werden.

Nach Cancùn und Seattle: WTO wieder stabilisiert

Einen Durchmarsch erzielten die VerhandlerInnen der Industriestaaten in Bereich Zollsenkungen bei nicht-agrarischen Gütern (non-agricultural market access - **NAMA)**, d.h. vor allem bei Industriegütern, Forst- und Fischereiprodukten.

Festgelegt wurde die "Schweizer Formel", die dafür sorgt, dass höhere Zölle stärker gesenkt werden, als niedrige. Dies bedeutet, dass vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer mit ihren höheren Durchschnittszöllen besonders harte Einschnitte werden hinnehmen müssen. Zwar wird es innerhalb der Formel eine Unterscheidung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern geben, wie diese konkret aussehen wird, soll bis zum 30. April 2006 verhandelt werden. Klar ist jedoch, dass vielen Regionen des Südens weitere De-Industrialisierung bevorsteht.

Die schärfsten Auseinandersetzungen in den Hinterzimmern des Kongresszentrums und der Luxushotels gab es um das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen **(GATS**). Im diesem Verhandlungsbereich vertritt die EU-Kommission massive Exportinteressen, z.B. im Namen der Finanzwirtschaft, des Einzelhandels sowie Telekommunikations- und Tourismusunternehmen. In Absprache mit den USA hatte die EU einen Textentwurf zu einer weit reichenden Revision des Verhandlungsverfahrens vorgelegt, der zu einer Beschleunigung und Ausweitung der Liberalisierungen führen soll. Ein Gegenvorschlag der Entwicklungsländergruppe G90 kam nicht zum Zuge. So konnte sich die Delegation der Europäischen Union in der Abschlusserklärung in einem zentralen Punkt durchsetzen: Plurilaterale Verhandlungen sollen künftig den verhältnismäßig flexiblen bilateralen Prozess nach und nach ersetzen. Zusätzlich wurde ein strikter Zeitplan verankert.

Allerdings trat **nicht nur die EU**, sondern insbesondere **auch Indien** mit einer offensiven GATS-Position auf den Plan. Der Hintergrund: Einige indische Stadtregionen haben sich in den vergangenen Jahren zum "back-office" der Welt entwickelt. Immer mehr indische Unternehmen vertreiben weltweit Dienstleistungen - von der Analyse medizinischer Daten über Softwareentwicklung bis hin zu Call-Centern. Über den Unternehmensverband NASSCOM bestimmt dieser Wirtschaftssektor zunehmend die indische Handelspolitik. Demgegenüber sieht sich die Mehrheit der Entwicklungsländer durch die GATS-Agenda mit ihrer Fähigkeit zur Regulierung von Dienstleistungsunternehmen im sozial- und entwicklungspolitischen Sinne bedroht.

Sollte es nach dem zweimaligen Verhandlungsabbruch bei Ministerkonferenzen in Seattle (1999) und Cancùn (2003) die Hoffnung gegeben haben, dass es auf der Folie des Nord-Süd-Antagonismus durch die Herausbildung von schlagkräftigen Süd-Allianzen zu einer strukturellen Veränderung oder gar einem Scheitern des WTO-Regimes kommt, so erledigte sich diese mit dem Juli-Paket von 2004.

Damals hat in Genf ein Allgemeiner Rat (General Council) der WTO ein Rahmenabkommen geschlossen, das der angeschlagenen Verhandlungsmaschinerie wieder ein wenig Dampf machte. Spätestens seit Hongkong läuft die WTO-Maschine wieder auf vollen Touren. Zwei Länder mit stark exportorientierten Kapitalfraktionen haben nun ihren Platz im Zentrum des WTO-Verhandlungsprozesses neben insbesondere der EU und den USA gefunden: Indien und Brasilien.

Die **indische Regierung** opfert buchstäblich die kleinbäuerliche Landwirtschaft den Interessen der exportorientierten Dienstleistungsunternehmen in den urbanen Zentren. Fast 50% der indischen bäuerlichen Haushalte sind verschuldet. Die Folge dieser Verschuldung sind jährliche Tausende von Selbstmorden. "Die WTO tötet Bauern", sagte Kishan Bir Chaudhary, Vorsitzender einer BäuerInnen-Organisation "und die indische Regierung mit ihrer WTO-Politik führt die Morde aus."

In **Brasilien** dominieren das Agrarbusiness und einige wenige industrielle Zweige die Handelspolitik.

Mit der veränderten Rolle Indiens und Brasiliens durch die "neuen Geographie des Handels" stehen die Chancen schlecht, dass mittels des Nord-Süd-Antagonismus Wege hin zu einem alternativen Weltwirtschaftssystem, möglicherweise jenseits der WTO gesucht werden. Es waren lediglich zwei Staaten, die bei der Konsens ausstellenden Abschlusszeremonie Bedenken ("reservations") und zwar hinsichtlich des GATS und NAMA artikulierten: **Kuba und Venezuela.** Es bedarf offenbar massive - revolutionärer oder revolutionsartiger - Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, bis diese einen Niederschlag in der globalen Handelspolitik finden.

Farbenfrohe Proteste von Bauern und Hausangestellten

Die Proteste auf den Straßen um die "Rote Zone" des festungsartigen Konferenzgebäudes waren farbenfroh, energetisch und in ihren Forderungen durchweg radikal: Die WTO muss weg! Die Mobilisierung wurde im Wesentlichen von zwei Netzwerken getragen: der **lokalen *Hong Kong People's Alliance* (HKPA)** und dem globalen **KleinbäuerInnen-Netzwerk *Via Campesina*.** Dementsprechend beruhte die soziale Basis der Proteste im Wesentlichen einerseits auf zugereisten WTO-GegnerInnen aus ländlichen Gebieten Südkoreas, Indonesiens, Malaysias und Thailands und andererseits philippinischen und indonesischen Hausangestellten aus Hongkong selbst. Verantwortlich für die zahlreichen Gegenaktivitäten waren straff organisierte transnationale Organisationen, wie die **philippinische MigrantInnen-Organisation *Migrante International*** mit Sektionen in 21 Ländern oder nationale und regionale Gruppen aus agrarischen Räumen, die über *Via Campesina* transnational vernetzt sind.

Der **Mobilisierungserfolg ist ambivalent** zu beurteilen; mit jeweils ca. 5.000 (maximal 10.000) TeilnehmerInnen waren die vier "Großdemonstrationen" im Laufe der sechstägigen Verhandlungswoche eindeutig zu schwach, um durch Masse einen politischen Eindruck auf das Verhandlungsgeschehen zu hinterlassen. Dafür waren die Bedingungen allerdings auch sehr ungünstig, denn der kleinen Sonderverwaltungszone Hongkong fehlt politisches Hinterland, und die Bevölkerung ist auf Grund der ökonomischen Rolle der Stadt als zentrale Drehscheibe für den Handel in Südost-Asien grundsätzlich pro Freihandel eingestellt.

Allerdings kann es die *Hong Kong People's Alliance* aus lokaler Perspektive als Erfolg verbuchen, dass sie trotz dieser Bedingungen im Vorfeld der Ministerkonferenz mit **sehr vielen Infoveranstaltungen** im öffentlichen Raum präsent sein konnten.

Die **Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen** im Mobilisierungsprozess liefert zudem eine gute Ausgangsbasis für kommende soziale Auseinandersetzungen in Hongkong. Dies ist nicht unbedeutend in einer Region, die in den vergangenen Jahren zu einem immer dynamischeren Zentrum massiver gesellschaftlicher Umwälzungen durch den globalisierten Kapitalismus geworden ist. So haben linke Netzwerke und (alternative) Medien in Hongkong auch eine wichtige Funktion als Sprachrohr für die steigende Flut sozialer Kämpfe in der VR China.

Es gelang allerdings kaum, die Proteste außerhalb des klimatisierten, turmartigen Kongressgebäudes in die deutsche Öffentlichkeit zu bringen. **Stimmen aus dem Süden wurden hier zu Lande nur wenig wahrgenommen.** Nur eine Hand voll deutscher Organisationen war mit mehr oder wenig deutlicher Kritik vertreten. Breitere Aufmerksamkeit erhielten lediglich die konfrontativen Aktionen der koreanischen Bauern, die Polizeiketten aus dem Weg räumend versuchten, das Convention Centre zu erreichen, während ihre Frauen rhythmisch dazu trommelten. Gender-Antagonismen durchziehen das Feld der Anti-WTO-Aktionen auch insofern als dass die philippinischen und indonesischen Hausmädchen - obwohl sie einen entscheidenden Anteil an dem Demonstrationsgeschehen hatten - kaum sichtbar wurden. Die koreanischen Bauern haben, wie bereits in Cancùn 2003 den Verdienst, den Protesten ein Gesicht gegeben zu haben. Gut wäre es, wenn das nächste Mal ein anderes an der Reihe wäre.

Deutsche Exportschlager: Armut und Arbeitslosigkeit

Ebenfalls an der Reihe wäre, dass sich Kritik und Protest in Deutschland neben der Kommentierung von (möglichen) Verhandlungsergebnissen stärker auf die Rolle der Bundesregierung im WTO-Prozess fokussieren würden: Welche gesellschaftlichen Kräfte machen in der BRD Welthandelspolitik und mit welchen Konsequenzen? Schließlich ist die Europäische Union innerhalb des WTO-Verhandlungsrahmens neben den USA die Hardlinerin. Und innerhalb der EU artikuliert **die deutsche Bundesregierung mit die aggressivsten Positionen**. So unterstützten Wirtschaftsminister Glos und Landwirtschaftsminister Seehofer die Kommission dabei bis zuletzt das Enddatum für den Auslauf der Exportsubventionen zurückzuhalten. Insbesondere aber liegt das deutsche Hauptinteresse in weit reichenden Liberalisierungen bei NAMA und GATS. Dies ist auch kein Wunder, ist doch der "Exportweltmeister" BRD extrem vom Weltmarkt abhängig. Für das Jahr 2002 wurde z.B. ein Exportüberschuss von 126 Mrd. US-Dollar erzielt. Deutschland exportierte 2003 Güter im Wert von ca. 760 Mrd. Euro (ungefähr doppelt so viel wie noch 1989) und damit mehr als jedes andere Land.

Mit diesem Export von Waren geht allerdings auch die Ausfuhr von etwas anderem einher: Arbeitslosigkeit und Armut. Um diesen enormen Exportüberschuss zu erzielen, müssen konkurrierende ProduzentInnen anderswo platt gemacht bzw. am besten gleich ihre Entstehung verhindert werden. Die Marktöffnungspolitik der WTO ist dazu ein passables Mittel. Transnationale Konzerne mit ihren Firmensitzen in Deutschland erhalten dank WTO verbesserten Zugang in andere Wirtschaftsräume und können dort ihre ökonomische und politische Macht ausspielen. Der gesellschaftliche Konsens aber über diese Rolle Deutschlands in der Weltwirtschaft ist tief verankert - bis weit in die Gewerkschaften hinein. Diese waren dementsprechend mit ganzen zwei VertreterInnen vor Ort und entsprechend leichtgewichtiger Kritik an der Bundesregierung im Handgepäck.

Der **Zeitplan** für die weiteren Verhandlungen ist eng. Schon im März dieses Jahres soll in Genf ein General Council der WTO tagen, der zu einem "Hongkong II" werden könnte. Denn die Runde soll bis zum Sommer 2007 endgültig abgeschlossen werden, da dann die Sonderverhandlungsvollmacht des US-Kongresses für den Präsidenten ausläuft und wohl kaum erneuert werden wird. EU-Handelskommis-sar Mandelson deutete an, dass es die Kommission bevorzöge, eher bis 2010 zu verhandeln, als ein Abkommen "geringer Qualität" zu akzeptieren. In diesem Fall wäre genügend Zeit, die Kräfteverhältnisse hier und da besser mehr als weniger zu verändern.

WEED, *attac*-AG Welthandel & WTO
Erschienen in A & K, Januar 2006



25./26.3.2006, Rostock

1. Aktionskonferenz

zum G8-Gipfel 2007

www.heiligendamm2007.de

Alain Gresh
Palästina - allein gelassen
Zur EU-Politik gegenüber Palästina

(…) Der folgende Text zieht Bilanz über die **Kehrtwende**, die die internationale Gemeinschaft, vor allem **die Europäische Union,** in Hinsicht auf eine Lösung des Konfliktes vollzogen hat.
Leise und kaum bemerkbar haben führende europäische Politiker und Medien im Lauf der letzten Jahre die Art und Weise geändert, mit der sie das palästinensische Drama und die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes angehen. Während des gesamten so genannten „Osloer Friedensprozesses" war es klar, das die Lösung nur erreichbar wäre durch Verhandlungen, die alle Problembereiche umfassen würde: den Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, darin eingeschlossen der Ostteil Jerusalems, die Errichtung dauerhafter Grenzen zwischen dem palästinensischen Staat und Israel sowie eine annehmbare Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. Diese Streitpunkte standen auf der Tagesordnung der Verhandlungen von Camp David (Juli 2000) wie der von Taba (Januar 2001).
Der Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000, deren blutige Unterdrückung durch die israelische Armee ab den ersten Tagen – Monate vor den ersten Selbstmordattentaten – die Eskalation der Gewalt, die Wahl Ariel Sharons zum Premierminister, die Vervielfachung der Attentate gegen israelische Zivilisten und schließlich die Wiederaufnahme der totalen Kontrolle über die besetzten Gebiete durch die israelische Armee haben die letzten Jahre gekennzeichnet. **Vom Standpunkt des Internationalen Rechts sind jedoch die grundlegenden Probleme geblieben**, wie man auch die Strategie und die Taktik der palästinensischen Autonomiebehörde einschätzen mag: das Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem bleiben besetzte Gebiete, Israel bleibt eine **Besatzungsmacht** und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates bleibt der Schlüssel zum Frieden.

Verheimlichte Kriegsverbrechen

Wenn man jedoch die Erklärungen von führenden europäischen Politikern liest, wenn man das aktuelle Geschehen in den Medien verfolgt, so stellt man eine **Umkehr der Betrachtungsweise** fest: Von jetzt ab ist es Sache der Palästinenser, d.h. Sache der Besetzten, ihren guten Willen zu beweisen. Die Hinweise der **Europäischen Union** auf die Verpflichtungen des einen und des anderen Lagers verbergen schlecht ihren Schulterschluss mit dem israelischen Premierminister und dessen Vorstellungen: jeder Schritt vorwärts auf dem Weg zum Frieden hängt von der palästinensischen Autonomiebehörde ab; sie muss Reformen durchführen, sie muss die bewaffneten Gruppen auflösen und sie muss beweisen, dass sie mit Israel in friedlicher Koexistenz leben will.

Diese Übernahme der Vorstellungen des israelischen Premierministers ist auch in den **Medien** sehr spürbar; sie neigen dazu, die wirkliche Politik Israels vor Ort zu ignorieren, ihren repressiven und internationales Recht widersprechenden Charakter zu unterschätzen und die begangenen Kriegsverbrechen zu verheimlichen.
(…) Die Räumung des **Gazastreifens** während des Sommers 2005 war in dieser Hinsicht ein erbauliches Beispiel. Wochenlang haben die internationalen Medien ihre Scheinwerfer auf die einige tausend evakuierten Siedler gerichtet und sich lang und breit über deren Leiden sowie über die weinenden Soldaten ausgelassen, die die Räumung durchführen mussten. Wenige Journalisten haben daran erinnert, dass die „Besiedlung" nach den Normen des Internationalen Strafgerichtshofes ein Kriegsverbrechen darstellt; dass viele dieser Siedler Fanatiker sind und bereit, auf palästinensische Zivilisten das Feuer zu eröffnen; dass Zehntausende Palästinenser aus Gaza im Laufe der letzten Jahre vertrieben wurden, ohne dass dies zu einer auch nur leisesten Gefühlsregung im Westen geführt hätte.
Schlimmer noch, die Räumung von Gaza wurde als eine bedeutsame „Geste" von Ariel Sharon präsentiert. Sie hat ihm ermöglicht, sein Ansehen in den Vereinigten Staaten und in Europa zu stärken und hat ihm die Türen für einen offiziellen Staatsbesuch mit allen Ehren in Frankreich geöffnet. Dennoch **bleibt Gaza,** und daran erinnern die Vereinten Nationen, **ein besetztes Gebiet,** die israelischen Truppen fallen dort häufig ein – die israelische Regierung hat sogar unlängst beschlossen, auf palästinensischem Gebiet eine „Sicherheitszone" zu errichten und vertreiben damit ein Teil der Bevölkerung…
Auch die Drohung, den Strom für den gesamten Gazastreifen abzustellen, stellt eine Kollektivstrafe dar, die der Genfer Konvention widerspricht. Die amerikanische Organisation Human Rights Watch wies in einem Kommuniqué vom 23. Dezember 2005 darauf hin, dass eine solche Maßnahme eine Verletzung des Kriegsrechts darstelle, genauso wie die Maßnahme Tel Avivs, die zwischen dem 24. September und dem 12. November den 5000 palästinensischen Arbeitern verbot, israelisches Gebiet zu betreten und damit die Leiden der Bevölkerung noch verstärkte, die zu 68 % unter der Armutsschwelle lebt (1).

Die Siedlungen breiten sich aus

Mustafa Barghuti, der im Januar 2005 bei den Präsidentschaftswahlen zur Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Mahmoud Abbas antrat und rund 20 Prozent der Stimmen erhielt, veröffentlichte kürzlich einen Artikel mit dem Titel *"Die Wahrheit, die ihr nicht hören wollt" (2).* Darin zieht er Bilanz über die Situation vor Ort im Westjordanland und in Gaza, eine Bilanz - weit entfernt von der israelischen Version, „die in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit steht", weit entfernt auch von dem Bild, das die meisten westlichen Medien vermitteln können. So **breiten sich die Siedlungen schnell weiter aus**. *"Die Gesamtbevölkerung der Siedler beträgt jetzt 436.000: 190.000 in Jerusalem und 246.000 im Westjordanland. Nur 8.475, d.h. 2 Prozent dieser Gesamtzahl an illegalen Siedlern wurden aus Gaza und aus der Region um Dschenin evakuiert. Zu gleicher Zeit ist die Bevölkerung der Siedlungen im Westjordanland massiv um 15.800 gestiegen".*
Er erzählt auch vom **Alltagsleben im Schatten der Mauer**, die zum Beispiel eine Stadt wie Qalqilya total umschließt und die nur ein einziges Tor hat, zu dem die israelischen Soldaten den Schlüssel haben. *„Man braucht eine Erlaubnis, um durch das Tor zu kommen und es ist praktisch unmöglich, diese Erlaubnis zu erhalten. Selbst wenn man es schafft, muss man noch mit den speziellen Öffnungszeiten zurecht kommen. In der Region um Jayous darf man das Tor zu folgenden Zeiten passieren: zwischen 7h40 und 8h morgens, zwischen 14h und 14h15 und zwischen 18h45 und 19h. Insgesamt sind das 50 Minuten pro Tag und manchmal vergisst die Armee das Tor zu öffnen und die Schüler, die Lehrer, die Bauern, die Kranken und alle übrigen müssen warten ohne zu wissen wie lange".*
Die Folgen der Errichtung der Mauer für die Stadt Jerusalem wurden durch einen aktuellen **Bericht der Missionschefs der Europäischen Union** in Ost-Jerusalem bestätigt (3). Dieser Text zeigt unter anderem gewisse Richtlinien der israelischen Politik in der Heiligen Stadt auf:
- Die Umzäunung des Ostteils von Jerusalem, weit entfernt von der beim Waffenstillstand von 1967 vorgesehenen «Grünen Linie», ist fast vollendet;
- Private Betreiber und die israelische Regierung errichten neue illegale Siedlungen innerhalb von Ost-Jerusalem und rund um den Stadtteil herum;
- Ohne (fast unmöglich zu erhaltende) Baubewilligung errichtete palästinensische Häuser werden zerstört;
- Die Siedlung Maaleh Adoumim soll weiter

ausgedehnt werden, was die vollständige Einkreisung der Stadt durch jüdische Siedlungen zur Folge hätte und das Westjordanland in zwei von einander getrennte Gebiete teilen würde.
Die Missionschefs der Europäischen Union weisen weiter darauf hin, dass „die Maßnahmen Israels in Jerusalem einen Bruch seiner mit der Unterzeichnung der Roadmap eingegangenen Verpflichtungen bedeuten sowie internationales Recht verletzen“. Ergebnis dieser Feststellung? Die europäische Union hat mutigerweise beschlossen, **diesen Bericht nicht zu veröffentlichen**...

Die Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Staat

Amira Haas, die ständige Korrespondentin der Tageszeitung Ha'aretz in den besetzten Gebieten, bekannt durch ihre mutigen Reportagen, kommentierte den Sieg der **Hamas** bei den Gemeindewahlen im Dezember 2005 im Westjordanland so: *„Der Sieg des Hamas bei den Lokalwahlen blühte auf einem fruchtbaren Boden. Die Leute haben die Lügen einfach satt, die sie dreizehn Jahre lang (seit der Unterzeichnung des Osloer Vertrages) ständig gehört haben: dass Oslo Frieden bedeute; dass die Schaffung einer palästinensischen Autonomiebehörde ein Sieg und ein Symbol sei und alle Niederlagen zunichte machen würde; dass die Autonomiebehörde ein Staat sei (4).“*
Damit will die Journalistin aber die Hamas keineswegs weiß waschen. Ihrer Meinung nach beruht die Propaganda der Hamas auf **drei Lügen**: die islamistische Bewegung behauptet, dass der Gazastreifen „befreit“ wurde, wo es sich doch um das Resultat einer einseitigen israelischen Entscheidung handelt; dass diese Räumung das Resultat des „bewaffneten Kampfes“ sei, wo doch *„die Selbstmordattentate die öffentliche Meinung in Israel nur empfänglicher für die unterschiedlichsten Formen der Kontrollübernahme im Westjordanland gemacht haben“*; dass die Parlamentswahlen im Januar 2006, an denen die Hamas sich beteiligen will, sich von den 1996er Wahlen fundamental unterscheiden würden, wo sie doch im selben Rahmen – dem des Osloer Vertrags – stattfinden werden.
Die Aufrufe zur Demokratisierung der Palästinensischen Autonomiebehörde erscheinen auch sinnlos. Bei den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2005 war es klar, dass die **Europäische Union nur einen Sieger wünschte, nämlich Mahmoud Abbas**: die zahlreichen Versuche der Fatah auf die Wahlkommission Druck auszuüben wurden daher von den internationalen Beobachtern nicht angeprangert und auch nicht von den Medien aufgegriffen (5). Von nun an droht Javier Solana, Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, der palästinensischen Autonomiebehörde die Unterstützung Brüssels zu entziehen, falls die Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 gewinnen sollte. Kurz gesagt: das Europa der Fünfundzwanzig akzeptiert das Wahlergebnis nur unter der Bedingung, dass die von ihr gewünschten Kandidaten gewinnen...
Warum soll man sich noch wundern, wo die **Europäische Union ja ihre Beziehungen mit Israel verstärkt**, dass sie viel eher bereit ist, Druck auf die Autonomiebehörde auszuüben als die Sanktionen auszuführen, die gemäß ihrem Assoziierungsabkommen mit Israel für den Fall von Menschenrechtsverletzungen vorgesehen sind - und Menschenrechtsverletzungen sind in den besetzten Gebieten alltäglich. Dass sie die führende Politiker Israels empfängt um sie zur Fortsetzung ihrer Politik zu „ermutigen“, obgleich dieser Weg zur direkten Annexion eines Großteils des Westjordanlandes und von Ost-Jerusalem führt. Es ist bedauerlich, dass **Frankreich** seine selbständige und deutliche Politik zu Gunsten der Rechte der Palästinenser aufgegeben hat. Frankreich empfängt wieder Ariel Sharon und nimmt die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und in Sicherheitsfragen mit Israel wieder auf (6). Zahlreiche Minister, unter ihnen Nicolas Sarkozy, geben sich in Israel die Klinke in die Hand. Zwei französische Firmen bauen die Straßenbahn, die das Zentrum Jerusalems mit zwei im Osten der Stadt gelegenen jüdischen Siedlungen verbindet und leisten damit einen Beitrag zur israelischen Besatzungspolitik. Diese Strategie – Zeichen einer engeren Anpassung an die Politik der USA im Nahen Osten, vom Irak bis Afghanistan – widerspricht der über Jahrzehnte von der französischen Politik verfolgten Linie im israelisch-palästinensischen Konflikt.
Der durch das Osloer Abkommen eröffnete „Friedensprozess“ ist gestorben und begraben. Möglich, dass er einen Weg zur Regelung (der palästinensischen Frage) hätte darstellen können, dass Chancen verpasst wurden. Wie es auch sei: man kann das Rad nicht mehr zurückdrehen. Soll man auf die Verwirklichung der **Roadmap**, auf den Sieg des Zentristen Ariel Sharon im nächsten März hoffen? **Nein** denn die Gleichung bleibt nach wie vor dieselbe: die Palästinenser leben **weiterhin unter der Besatzung**, ihr Alltag ist unerträglich, ihre Hoffnungen auf Unabhängigkeit werden verhöhnt.
Es ist illusorisch anzunehmen, dass die israelische Regierung in kommender Zeit den Kurs ändern wird, ohne dass von internationaler Seite beständig **Druck ausgeübt wird, das Internationale Recht und nichts als das gesamte Internationale Recht anzuwenden.** Der palästinensische Widerstand und die Mobilisierung des pazifistischen Teils der israelischen öffentlichen Meinung müssen durch internationale Sanktionen unterstützt werden.
Wie es Moustapha Barghouti verlangt: *„Eine Möglichkeit, diese Situation zu korrigieren ist, das zu tun, was im Falle Süd-Afrikas getan wurde: Sanktionen auferlegen. Ein wichtiger Aspekt wäre, die militärischen Verbindungen mit Israel, dem viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt zu lösen. Wir brauchen eine **Bewegung militärischer Nicht-Zusammenarbeit**, die sich auf eine Rückführung von Investitionen auf diesem Gebiet konzentriert und die die **Wirtschaftsbeziehungen mit Israel** von der Einhaltung des Internationalen Rechts und der Anwendung der internationalen Resolutionen abhängig macht“*. Eine in diesem Sinne starke Bewegung ist in der angelsächsischen Welt entstanden. Das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel gibt Brüssel kraftvolle Mittel in die Hand, denn es sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, dieses Abkommen im Falle einer Nichtbeachtung des Artikels 2 aufzuheben: *„Die Beziehungen zwischen den Unterzeichnern wie auch alle Bestimmungen des vorliegenden Abkommens fußen auf dem Respekt der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien, welche ihre Innen- und Außenpolitik leitet und ein wesentliches Element dieses Abkommens bildet."*
Aus diesem Grunde hatte am 10. April 2002, gerade als im Westjordanland die Operation "Rempart" lief, eine starke Mehrheit des europäischen Parlaments die Kommission und den Rat aufgefordert, **das „Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel auszusetzen“**. Vergeblich...
Wäre es nicht an der Zeit, auf die Maßnahme zurückzukommen, welche es der Europäischen Union ermöglichte, ihre Politik in Einklang mit ihren Verlautbarungen zu bringen, das Internationale Recht zum Durchbruch zu verhelfen und eine aktive Rolle im Nahen Osten zu spielen?

(1) http://hrw.org/english/docs/2005/12...

(2) Al-Ahram Weekly, Kairo, 1. – 7. Dezember 2005. http://www.zmag.de/artikel.php?id=1698

(3) http://www.juedische-stimme.de/

(4) Haaretz.com, 21. Dezember 2005.

(5) Eine ausgezeichnete Analyse von Roger Heacock befindet sich in: " Les élections palestiniennes" , Confluences Méditerranée, n°55 Herbst 2005, L'Harmattan.

(6) Im Dezember 2005 haben sich der israelische Minister für öffentliche Sicherheit Gideon Ezra und der israelische Polizeichef Moshe Karadi auf Einladung von Sarkozy vier Tage in Paris aufgehalten, um -laut Ha'aretz- die französische Polizei zu beraten, wie man mit Aufständen umgehen kann, wie sie in den französischen Vororten stattgefunden haben.

Von Jürgen JANZ und Josefine DUPORT übersetzt, coorditrad@attac.org
Erschienen auf der Webseite von Le Monde Diplomatique Frankreich , 3. 1.2006
http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/palestine/
***Anm der SiG-Redaktion**: Alain Gresh ist der Autor des Textes „Die Position der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zu Palästina“, den ATTAC Frankreich im Dezember 2002 verabschiedet hat (in Sand im Getriebe Nr 14 erschienen)*

New Profile: Eine Organisation von Kriegsdienstverweigerern in Israel

Wir sehen, dass

- die israelische Gesellschaft und ihre Medien eine Welt aufzeigen, in der Gewalt legitim ist und mit der politische Probleme gelöst werden können. Es scheint in Ordnung zu sein, den Staat in die Hände von Soldaten zu geben.
- das israelische Gesetz das universelle Menschenrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht anerkennt (aber Frauen und orthodoxe Männer unter Umständen ausnimmt).
- es in so einer Welt klar ist, dass die Entscheidungsträger meist Ex-Offiziere sind, alles jüdische Männer. Frauen, Immigranten, Palästinenser, Behinderte, sozial Schwache und andere Minderheiten haben wenig zu sagen.

Die israelische Gesellschaft erschafft ein Weltbild, in der Krieg immer unausweichlich war, ist und sein wird. Krieg ist eine nötige und akzeptable Art der Konfliktlösung.

New Profile entscheidet sich gegen Krieg.

New Profile will die israelische Gesellschaft verändern

- von einer militaristischen zu einer zivilen Gesellschaft
-von einer diskriminierenden und unterdrückenden zu einer gleichberechtigten Gesellschaft
- von einer besetzenden Nation zu einem respektvollen Nachbarn

New Profile möchte Israels militärisches Profil durch ein humanistisches und gleichberechtigtes ersetzen.

Wir möchten das Erziehungswesen und die Politik beeinflussen,

- in dem wir ein Schulsystem ändern, das unkritischen Gehorsam lehrt und den Kriegsdienst glorifiziert
- die unkritische Akzeptanz der Armee durch die Gesellschaft kritisieren
- uns für das Lehren von Gewaltprävention und gewaltfreier Konfliktlösung einsetzen
- das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete und ein Ende der Unterdrückung der palästinensischen Menschen fordern.

New Profile engagiert sich um

- die militärische Kultur in Israels Politik, Gesellschaft und Kultur zu verringern
- die Denkweisen zu ändern, die uns in einen Krieg nach dem anderen stürzen und die Besatzung der palästinischen Gebiete rechtfertigen
- humanistische Erziehung und unabhängiges kritisches Denken zu fördern
- die Unterdrückung von Frauen und anderer Gruppen in der Gesellschaft zu beenden
- das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen für Alle zu erreichen
- diejenigen zu unterstützen, die den Kriegsdienst verweigern
- feministisch-demokratische Prinzipien zu realisieren

Unsere Arbeitsmethoden und Strukturen

New Profile wurde 1998 gegründet. Seine Mitglieder sind Frauen und Männer aus allen Altersschichten.(…)

Was wir konkret tun

- Zusammenarbeit mit Lehrern um die Auswirkungen von militarisierter Erziehung zu verringern; Zusammenarbeit mit Schulen, die sich gegen militaristische Inhalte einsetzen; Workshops, Studientage, Arbeitsgruppen und Konferenzen um das Bewusstsein über die Rolle des Militarismus in Israel zu stärken
- Anfertigung und Verteilung von frauenrechtlichen Publikationen und Positionen über Militarismus in Israel
- Verbreitung von Anti-Militarismus Gedanken sowohl in den generellen als auch den alternativen Medien
- Zusammenarbeit mit Jugendgruppen
- Nationales Netzwerk zur Unterstützung von jungen Menschen, die den Kriegsdienst verweigern; Rechtliche und moralische Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer

http://www.newprofile.org/showdata.asp?pid=534&language=ge

S.auch http://oznik.com/web_masters.html



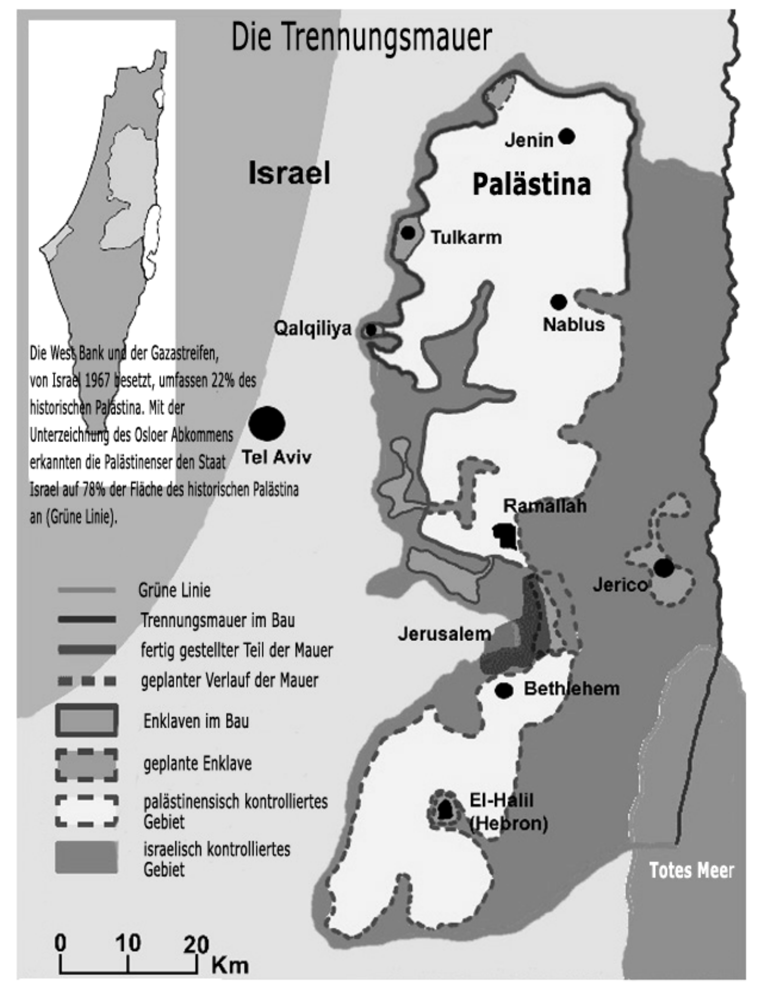
Kein Zugang zum Krankenhaus, Adham Shakr, 11, Azzoun, http://stopthewall.org/photos/1070.shtml)

*„Die **Mauer** schneidet bis 25 km in die West Bank hinein. Ihr Bau hat schon dahin geführt, dass 9,5 % der West Bank annektiert wurden. Das für die Siedlungen enteignete Land sind weitere 8 % des Landes der Westbank, während der Bau der östlichen Mauer im Jordantal Israel erlauben wird, weitere 28,5 % der Westbank zu annektieren.“*

Die Mauer wird in sehr großer Eile gebaut, ohne sich um das Rechtsgutachten des ICJ(Internationaler Gerichtshof) zu kümmern. „(M.Barghuti)

Karte rechts: http://www.palaestina.org/landkarten/landkarten.php?name=landkarten#

Geschichte der Mauer: http://www.gush-shalom.org/media/seperationmap_eng.swf



Uri Avnery Mit Hamas an einen Tisch!

Wie zwei sehr müde Ringkämpfer, die einander umklammert halten und nicht in der Lage sind, sich voneinander zu trennen, so kleben die israelische und palästinensische Gesellschaft aneinander. Die palästinensischen Wahlen in dieser Woche fanden im Schatten der israelischen Wahlen statt. Die israelischen Wahlen – in genau zwei Monaten – werden im Schatten der palästinensischen Wahlen stattfinden. Was kann man nach dem Sieg der Hamas tun?

Es ist nicht einfach, Wahlen unter Besatzung abzuhalten, wenn der Besatzer offen gegen eine der großen Parteien kämpft, Kandidaten verhaftet oder sogar tötet, bedeutende Führer im Gefängnis festhält und überall Sperren errichtet. Und wie erwartet, wenn eine dumme Militärmaschine sich in politische Angelegenheiten einmischt, sind die Ergebnisse genau das Gegenteil von den beabsichtigten: die Erklärungen und Aktionen der israelischen Regierung gegen die Hamas haben ihr nur geholfen.
Ich sprach mit einem der Fatah-Führer über die Aktionen der israelischen Regierung gegen Hamas im besetzten Ost-Jerusalem, wo Wahlveranstaltungen verboten, Kandidaten verhaftet und Wahlplakate abgerissen wurden. Der Mann lachte: »Was denken Sie? Dass Hamas-Anhänger Wahlveranstaltungen und Wahlposter brauchen, um zu wissen, wen man wählen soll? All dies erhöht ja nur die Anziehungskraft der Hamas.« Die Ergebnisse zeigen, dass er recht hatte.

Es muss ganz klar gesagt werden: Diese Wahlen sind eine große Errungenschaft für die palästinensische Gesellschaft, ein Ehrentitel für ein Volk, das unter der Besatzung leidet, dessen unabhängiger Staat noch ein Traum ist. Jeder sollte vor ihr den Hut ziehen!

In Israel waren in dieser Woche die palästinensischen Wahlen im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Ehud Olmert, der seine Stellung als stellvertretender Ministerpräsident ausbauen möchte, um sich selbst als Führer für Sicherheit darzustellen, berief eine Konferenz des üblichen Haufens von Generälen und Shin-Bet-Typen ein, die auf eine Situation immer nur durch die Zielvorrichtung ihrer Waffen schauen und durch ihren üblichen Mangel an politischer Weitsicht glänzen. Was sollte man tun, wenn ... Wie sich verhalten, wenn ...

Was kam dabei heraus? Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, wenn sie Hamas einschließt. »Man kann von uns nicht verlangen, mit einer Gruppe zu verhandeln, die auf die Zerstörung Israels zielt« etc. etc. Das ist Unsinn mit Tomatensoße, wie man auf hebräisch sagt. Oder in diesem Fall: Unsinn mit Blut.

Israel muss mit jeder palästinensischen Führung verhandeln, die vom palästinensischen Volk gewählt wurde. Wie bei jedem anderen Konflikt in der Geschichte wählt man nicht die Führung des Gegners – einmal, weil der Gegner nicht damit einverstanden wäre, und dann – genauso wichtig –, weil ein Abkommen mit solch einer Führung nicht halten würde. Je umfassender die Führung ist, um so besser. Wenn ein Abkommen erreicht wird, ist es entscheidend wichtig, dass alle Sektionen der palästinensischen Bevölkerung daran gebunden sind. Und wesentlich ist es, gerade die extremsten Faktionen mit einzuschließen. Hätte sich Hamas nicht dafür entschieden, an den Wahlen teilzunehmen, dann hätte sie dazu gezwungen werden müssen.

Eine Gruppe, die bereit ist, mit Israel zu verhandeln, erkennt allein dadurch den Staat Israel an. Und wenn sie nicht bereit ist zu verhandeln, taucht dieses Problem gar nicht erst auf. Das ist logisch. Aber Generäle und Politiker sind keine Professoren der Logik – was wissen sie schon über Verhandlungen und Abkommen?

Auf der palästinensischen Seite: Allein die Tatsache, dass Hamas an den Wahlen teilnimmt, die ihre Grundlage im Oslo-Abkommen haben, beweist, dass das palästinensische politische System sich in Richtung Frieden bewegt. Obwohl der Hamas-Sieg wie ein Rückschlag für den Frieden aussieht, kann das wirkliche Ergebnis ganz anders aussehen. Es kann die extreme Bewegung moderater machen und absichern, dass jedes Abkommen stabiler und dauerhafter sein wird.
Auf der israelischen Seite: Die Spaltung des Likud, die Schaffung von Kadima, und der Führungswechsel in der Arbeitspartei zeigen, dass sich das israelische politische System in dieselbe Richtung bewegt.

Nachdem beide Völker ihre neue Regierung aufgestellt haben, werden sie miteinander reden müssen.

(Übersetzung: Ellen Rohlfs)
http://www.jungewelt.de/2006/01-30/025.php?sstr=

Erklärung des Alternativen Informationszentrums (Jerusalem) zu den Palästinensischen Wahlen

Am 25. Januar 2006 führte das palästinensische Volk eine einwandfreie Wahl zur gesetzgebenden Körperschaft durch, frei von signifikanter Gewaltanwendung, Einschüchterung oder Einmischung. Hierzu möchte das AIC seinen Glückwunsch aussprechen. Der einwandfreie Wahlvorgang belegt, dass sogar unter einer Besatzung und angesichts eins immensen internationalen Drucks das palästinensische Volk entschlossen ist, seine demokratischen Rechte auszuüben.

Das AIC glaubt, dass die regierenden Parteien die Ergebnisse der Wahl akzeptieren müssen und friedlich die Macht überreichen sollen. Es ist wichtig in diesen schwierigen Zeiten die nationale Einheit zu wahren und interne Kämpfe zu vermeiden. Falls interne Gewalt ausbrechen sollte, sind ganz gewiss der demokratische Prozess und die Palästinenser die einzigen Leidtragenden.

Wir hoffen auch, dass alle politischen Parteien an der neuen palästinensischen gesetzgebenden Körperschaft teilnehmen werden und dass diese Regierung die Interessen und Bestrebungen des palästinensischen Volkes zum Ausdruck bringt. Die Ergebnisse der Wahl zeigen ein Verlangen nach Wechsel nach einem Jahrzehnt der Fatah-Regierung; Es würde schlecht sein, zehn Jahre Fatah-Hegemonie durch weitere zehn Jahre von Hamas ersetzt zu sehen.

Das AIC glaubt auch, dass die internationale Gemeinschaft davon absehen sollte, irgendwelchen Druck von außen auf die neue palästinensische Regierung ausüben zu wollen. Externe Kräfte müssen den demokratischen Willen des palästinensischen Volkes respektieren. Es gibt keinen Raum für Einmischung von außen von Seiten Israels oder irgendeines anderen Landes aufgrund von Missfallen über das Wahlergebnis.

Übersetzung:
Paul Woods, coorditrad@attac.org
http://alternativenews.dyndns.org/index.php?option=com_content&task=view&id=371&Itemid=1&lang=ISO-8859-1

Anmerkung der SiG Redaktion: Das AIC ist ein Zusammenschluss von Palästinensern und Israelis: www.alternativenews.org
Das AIC tritt für eine „Zusammenarbeit zwischen Palästinensern und Israelis auf der Grundlage der Anerkennung folgender Werte: Soziale und politische Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Anerkennung der unantastbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volks"
Das AIC ist davon überzeugt,, dass eine echte Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Palästinensern und Israelis möglich ist."

"Arbeitszeitverlängerung ist der absolut falsche Weg" Attac unterstützt Streik im Öffentlichen Dienst

Frankfurt 07.02.2006

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat sich mit den streikenden Beschäftigten im Öffentlichen Dienst solidarisch erklärt. "Die geplante Arbeitszeitverlängerung ist der absolut falsche Weg. Angesichts steigender Produktivität und sinkender Erwerbsarbeit müsste die Arbeitszeit verkürzt und nicht verlängert werden", sagte Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis. Durch die geplante Mehrarbeit würden faktisch Stellen gestrichen oder Löhne gekürzt werden. "Bei über fünf Millionen Arbeitslosen ist es ein Unding, noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit und Hartz IV zu treiben."

Die Erklärungen der öffentlichen Arbeitgeber zur Finanznot der Kommunen und Länder sind nach Ansicht von Attac nicht stichhaltig. "Der Reichtum in der Gesellschaft vergrößert sich jedes Jahr", sagte Rätz. "Wenn davon nichts in den öffentlichen Kassen ankommt, ist das kein Naturgesetz, sondern eine Folge der milliardenschweren Steuergeschenke an Konzerne und Gutverdienende."

Auch aus internationaler Sicht sieht Attac die geplante Arbeitszeitverlängerung als Irrweg. Ein Zwang zu längeren Arbeitszeiten beim Exportweltmeister Deutschland, der sich vom öffentlichen Dienst auch in die Wirtschaft fortsetze, erzeuge sofort Druck auf wirtschaftlich schwächere Länder. Diese würden gezwungen, dieser fatalen Logik zu folgen und die Arbeitszeiten ebenfalls auszudehnen. Werner Rätz: "Von Deutschland würde ein falsches Signal ausgehen und eine Spirale der Arbeitszeitverlängerung in Gang gesetzt."

www.arbeitfairteilen.de

S. auch: http://www.verdi.de/nachrichten/

ALTERNATIVER ECOFIN - Konferenz zur EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik

4.-6. April 2006, Wiener Rathaus *http://www.unsereuropa.at/2342.html*

Attac Österreich veranstaltet gemeinsam mit namhaften Partnerorganisationen den ALTERNATIVEN ECOFIN, die EU-kritische Konferenz zur europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik mit fachlich hochkarätiger Besetzung.

Zwei Tage bevor die eigentliche Tagung der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister (ECOFIN) unter viel zu geringer Beachtung der Öffentlichkeit über die Bühne geht, werden die konkrete Programmatik und Umsetzung der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik transparent gemacht und analysiert sowie Alternativen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige EU-Politik aufgezeigt.

ECOFIN: Maastricht-Kriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt, Zinssatzentscheidungen der Europäischen Zentralbank: Der Kern der Europäischen Union ist die Wirtschaftsgemeinschaft. Dies zeigt nicht zuletzt die aktuelle Auseinandersetzung über die Liberalisierung des Binnenmarkts für Dienstleistungen. Eine seriöse und kritische Auseinandersetzung mit der EU muss daher immer auch eine mit der konkreten Wirtschafts- und Finanzpolitik sein, welche im ECOFIN, im Rat der Wirtschafts- und FinanzministerInnen abgestimmt wird.

MEHR TRANSPARENZ: Die Entscheidungen, die im ECOFIN getroffen werden, erfolgen fernab von öffentlicher Diskussion und Information über Inhalte und Konsequenzen der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen. Dies ist angesichts der direkten Betroffenheit aller BürgerInnen demokratiepolitisch nicht akzeptabel. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs findet der von der EU organisierte ECOFIN (Wiener Hofburg) zwei Tage nach dem ALTERNATIVEN ECOFIN statt.

Ziel der Konferenz ist es die konkrete EU-Agenda und die Entscheidungen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen zum Thema zu machen und Alternativen für ein sozialeres Europa zu vorzustellen und zu diskutieren.

Auftaktveranstaltung: Den Auftakt der Konferenz macht am Dienstagabend, den 4. April, um 18:30 Uhr eine große öffentliche Abendveranstaltung mit dem US-Ökonomen Jeremy Rifkin - Autor von "Der Europäische Traum - Die Vision einer leisen Supermacht".

Konferenz: Bei der zweitägigen Konferenz vom 5. - 6. April werden in Plenarveranstaltungen und Arbeitsgruppen die zentralen Themen der Europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik bearbeitet. Als Ergebnis der Konferenz wird eine gemeinsame Deklaration der OrganisatorInnen für eine alternative EU-Wirtschaftspolitik verabschiedet.

Veranstaltungssprachen: Abendveranstaltung und Eröffnungsplenum werden in Deutsch und Englisch (Simultanübersetzung) abgehalten. Die Arbeitsgruppen finden in deutscher oder englischer Sprache statt - die jeweilige Sprache wird im Programm gesondert ausgewiesen

---

Attac (Hg.)
Das kritische EU-Buch
Warum wir ein anderes Europa brauchen
Deuticke

Vorbemerkungen:
Susan George, Robert Menasse
Deuticke, Februar 2006
320 Seiten, Euro 19,90
ISBN 3-552-06032-4

Die EU steckt in der Krise: Das Vertrauen der Menschen in die Union schwindet. In fast jedem Mitgliedsland formieren sich Anti-EU-Initiativen, die Zahl derer, die dem vereinten Europa skeptisch gegenüberstehen, ist in den Kernländern so hoch wie nie zuvor. Wo die Menschen wählen können, sagen sie nein: Die Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterten klar. Warum steckt der Prozess der europäischen Integration in der Krise? Was ist aus dem einstigen Friedensprojekt geworden – war die EU jemals eines? Immer mehr Menschen erleben, wie die Vision vom Vereinten Europa in der Realität zu einer unsozialen Freihandelszone verkommt. Statt des versprochenen Wohlstands für alle nehmen Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsängste dramatisch zu.

Dieses Buch zeigt, wer die Politik in Brüssel macht – und für wen. Attac hat 20 Autorinnen und Autoren aus mehreren Ländern eingeladen, darunter der Bremer Ökonom und Politologe Prof. Jörg Huffschmid, die holländischen Lobbyismus-Experten Olivier Hoedeman und Erik Wesselius, der Wiener Verkehrsplaner Prof. Hermann Knoflacher, der freie Publizist und Autor Christian Felber (*Schwarzbuch Privatisierung*) und die EU-Journalistin und Autorin Corinna Milborn (*Schmerzenskinder*).

Sie analysieren die großen Probleme, die die Europäische Union in die Krise gebracht haben: vom blinden Standortwettbewerb über die militärische Aufrüstung bis zum europaweiten Sozialabbau. Das Buch zeigt, was schief läuft, welche Alternativen es gibt, und wie eine echte Umwelt-, Sozial- und Friedensunion aussehen könnte.

Rund 350 Menschen ließen bei der Buchpräsentation den Veranstaltungssaal der Hauptbücherei Wien aus allen Nähten platzen. Für Attac-Sprecher Christian Felber ist das symbolhaft für die derzeitige demokratiepolitische Situation: *„Das Bedürfnis der Menschen nach einem Wechsel von einer neoliberalen zu einer sozialen und demokratischen Union ist enorm gestiegen. Die europäische Öffentlichkeit stellt sich selbst her*

Christian Felber *

European dream

Demokratie : Albtraum und Traum in der EU

Zunächst: Die Europäische Union erwuchs aus so etwas wie einem Traum: dauerhafter Friede in Europa, Überwindung aggressiver Nationalismen. Dieser Traum ist es absolut wert, weiter geträumt zu werden.
Die Wirklichkeit sieht derzeit aber anders aus: aus dem Friedensprojekt wird mehr und mehr eine aggressive Freihandelszone, die die Freiheiten des Binnenmarktes und den Wettbewerb über Werte wie Gesundheit, Umwelt, soziale Sicherheit oder Gerechtigkeit stellt. Es gibt eine Währungs- und eine Zollunion, aber keine Kapitalsteuer- und Sozialunion. Mit der Lissabon-Strategie hat die EU die globale Wettbewerbsfähigkeit zum höchsten Ziel erhoben.

Konkurrenz zwischen Staaten oder Wirtschaftsräumen ist aber in jedem Fall fatal: Ist man selbst im Hintertreffen, machen sich Resignation und Depression breit wie derzeit in der EU. Gewänne man den Lissabon-Krieg, zwänge man alle anderen in diese Position: keine kluge Strategie für ein „Friedensprojekt".

Bei einem Weiter-wie-bisher habe ich daher zunächst einen **Albtraum:**
Im Binnenmarkt werden Trinkwasser, Gesundheit und Sozialversicherung liberalisiert. Mit der Dienstleistungsrichtlinie treten 25 Rechtssysteme zueinander in Konkurrenz, die niedrigsten Standards bei Steuern, Umwelt, Sozialem setzen sich durch. Die Konzerne schreiben Rekordgewinne und fusionieren zur Europäischen Elefant-Union. Und der globale Wirtschaftskrieg stiftet weltweit sozialen Unfrieden.

Aber ich habe **auch einen Traum: ein ökologisches, soziales und friedliches Europa.**
Statt im globalen Konkurrenzkampf Sieger sein zu wollen, bemüht sich die EU um globale Kooperation zur Regulierung der Weltwirtschaft: Konzerne bedürfen verbindlicher Sozial-, Umwelt, Menschenrechts- und Steuerstandards.
Die Weichen globaler Abkommen werden stärker zugunsten des Lokalen gestellt.
Eine europäische Strategie für nachhaltige Entwicklung verringert den Ressourcenverbrauch auf global gerechtes Niveau – mithilfe einer Investitionsoffensive in den ökologischen Strukturwandel: biologische Landwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Energieeffizienz und Erneuerbare.
Europaweite Mindeststandards bei Sozialversicherung und Arbeitsrechten werden eingezogen und nach oben weiterentwickelt.
Der Steuerwettbewerb wird durch eine europäische Gewinn-, Kapital- und Vermögensbesteuerung beendet; aus den Mehreinnahmen werden die Transfers in die neuen und ärmeren Mitgliedsstaaten angehoben, der EU-Etat wird kräftig erhöht. Die Europäische Zentralbank erhält den Auftrag, Vollbeschäftigung höher zu bewerten als Geldwerterhalt. „Null Armut", heißt ein neues EU-Programm.
Das Subsidiaritätsprinzip wird gestärkt. Oberösterreich darf legal gentechnikfrei werden, die Mitgliedsländer dürfen die volle ökologische Kostenwahrheit anwenden und in die Straßenmaut einrechnen.
Die Agrarexportförderungen werden eingestellt, die Direktzahlungen auf eine Betriebsgröße von 50 – 100 Hektar begrenzt und an die Kriterien Umweltschutz, Ernährungssouveränität und Beschäftigungsintensität gekoppelt.
Öffentliche Güter – von natürlichen Ressourcen über Trinkwasser, Gesundheit und Bildung bis zu Internet und Software – werden neu definiert, demokratisiert und vom Wettbewerb ausgenommen. Die GATS-Verhandlungen und Binnenmarkt-Liberalisierungen werden gestoppt. Der Konzern-Lobbyismus wird durch strenge Veröffentlichungsvorschriften zurückgedrängt.
Das Europäische Parlament erhält ein volles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht in allen Materien, es darf nicht nur die Kommission wählen, sondern auch einzelne KommissarInnen abwählen.
Geförderte europäische Medien schaffen langsam eine europäische Öffentlichkeit.
Das europäische Volksbegehren wird eingeführt und die Mitglieder des neuen Verfassungskonvents direkt vom Volk gewählt.
Europäische Werte – Sozialmodell, Menschenrechte, Nachhaltigkeit, globale Kooperation – werden mit der Realpolitik in Einklang gebracht. Die Union baut an lokalen Wirtschaftsstrukturen, die nicht auf den Werten Eigennutz und Konkurrenz basieren, sondern auf Gemeinwohl und Kooperation.

**) Christian Felber ist freier Publizist und Mitbegründer von Attac Österreich erschienen in der „Furche" 51-51/05*

Unser Europa ist Anders

Eine Kampagne zum österreichischen EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2006
von Attac Österreich, Amnesty International, Arbeiterkammer Wien, Armutskonferenz, Greenpeace, Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Gewerkschaft der EisenbahnerInnen (GdE) und der Österreichische Bergbauern- und bäuerinnenvereinigung.
www.unsereuropa.at

Die EU betreibt bisher eine Taktik der Liberalisierung und Marktöffnung ohne Rücksicht auf Verluste.
Die österreichische Bundesregierung trägt diesen Kurs wesentlich mit.
Die Europäische Union könnte jedoch auch große Chancen bieten, eine andere Politik im Interesse der Menschen zu gestalten. "Unser Europa" ist sozial, friedlich, ökologisch und vor allem demokratisch.
Auf www.unsereuropa.at finden Sie aktuelle Informationen zur österreichischen Präsidentschaft, grundlegende Informationen zu Geschichte und Struktur der EU sowie Alternativen zum Aktuellen neoliberalen Kurs. Europa hat Zukunft – wenn wir die europäische Politik verändern.